

HOCHSCHULE FÜR ÖFFENTLICHE VERWALTUNG UND FINANZEN
LUDWIGSBURG

**Herausforderungen für eine generationengerechte Gemeindeentwicklung
im ländlichen Raum angesichts des demografischen Wandels
– dargestellt am Beispiel der Gemeinde Kohlberg**

Master-Thesis

zur Erlangung des Grades eines Master of Arts (M.A.)
im Master-Studiengang Public Management

vorgelegt von
Alexandra Stork
Amselweg 4
73230 Kirchheim unter Teck

Studienjahr 2014/2015

Erstgutachter: Prof. Dr. R. Reschl
Zweitgutachterin: I. Mayer

Hyper-Abstract

Der demografische Wandel ist unumkehrbar und bedeutet für kleine, ländliche Kommunen große Herausforderungen. Die vorliegende Arbeit will Wege zur Bewältigung aufzeigen und darstellen, dass ein strategischer Prozess zur Zukunftsfähigkeit der Gemeinde möglich, lohnenswert und unausweichlich ist. Dafür werden Beispiele aus der Praxis mit einem Gemeindeentwicklungsprozess verknüpft und einem Weg gegenüber gestellt, der sich nicht aktiv mit den Handlungserfordernissen auseinander setzt. Grundlegend ist die regionalisierte Bevölkerungsvorausrechnung des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg. Die Gemeinde Kohlberg hat bisher noch keine Maßnahmen ergriffen und sieht jetzt die Notwendigkeit zu handeln. Hierfür werden konkrete Ansatzpunkte vorgeschlagen.

Inhaltsverzeichnis

Hyper-Abstract	II
Inhaltsverzeichnis	III
Abbildungsverzeichnis	VI
Tabellenverzeichnis	VI
Verzeichnis der Anlagen	VII
1. Einleitung	1
1.1. Problemaufriss und Relevanz des Themas	1
1.2. Forschungsfragen und Ziele der Arbeit	2
1.3. Methodenansatz und Aufbau der Arbeit	3
2. Demografischer Wandel	4
2.1. Demografischer Wandel in Deutschland	4
2.2. Einflussfaktoren auf die demografische Entwicklung	5
2.2.1. Fertilitätsrate - sinkende Geburtenraten in Deutschland	5
2.2.2. Mortalitätsrate - steigende Lebenserwartung in Deutschland	7
2.2.3. Wanderungen	8
2.2.4. Globale demografische Entwicklung	10
2.2.5. Entwicklung der Bevölkerungsstruktur Deutschlands in Bezug zur demografischen Situation in Europa	11
2.3. Demografische Entwicklung in Baden-Württemberg	14
2.3.1. Natürliches Bevölkerungswachstum in Baden-Württemberg	14
2.3.2. Wanderungsbewegungen	15
2.3.3. Konsequenzen für die künftige demographische Struktur in Baden- Württemberg	16
2.4. Besonderheiten des ländlichen Raumes in Baden-Württemberg	17
2.4.1. Der ländliche Raum in Baden-Württemberg	17
2.4.2. Bevölkerungsentwicklung im ländlichen Raum	19
2.4.3. Wirtschaftliche Entwicklung im Ländlichen Raum	22
2.4.4. Daseinsvorsorge im Ländlichen Raum	26
2.4.5. Begrenzter Einfluss von Kommunen im ländlichen Raum	27

2.5. Einfluss der demografischen Entwicklung auf die Güterverteilung zwischen den Generationen	29
2.5.1. Ungerechte Lastenverteilung zwischen den Generationen	29
2.5.2. Nachhaltigkeit	32
2.5.3. Entscheidungsfindungsprozesse und Einfluss der Generationen	34
3. Gemeinde Kohlberg	35
3.1. Bevölkerungsstruktur	36
3.1.1. Fertilitätsrate und Mortalitätsrate	37
3.1.2. Wanderungen	38
3.1.3. Familienwanderungen	40
3.2. Wohnsituation	41
3.2.1. Belegungsdichte	41
3.2.2. Bisherige Strategie zur Abdeckung des Wohnbedarfs	42
3.3. Wirtschaftliche Situation, Arbeitsmarkt und arbeitsmarktnahe Infrastruktur	43
3.3.1. Steueraufkommen	43
3.3.2. Wirtschaftsraum Nürtingen	45
3.3.3. Betriebe in Kohlberg	46
3.3.4. Beschäftigungsstruktur am Wohnort	47
3.3.5. Pendler	48
3.4. Erreichbarkeit der Infrastruktur	49
3.4.1. Bildung und Betreuung	50
3.4.2. Verkehr	53
3.4.3. Gesundheit	53
3.4.4. Elektronische Erreichbarkeit	54
3.4.5. Weitere Infrastruktur	55
4. Methodischer Ansatz	58
4.1. Bevölkerungsvorausrechnung des statistischen Landesamtes Baden-Württemberg – Hauptvariante	58
4.2. Entwicklungskorridor der regionalen Bevölkerungsvorausrechnung	59
5. Erhaltungsszenario - Bevölkerungsvorausrechnung des statistischen Landesamtes ohne Wanderungen für die Gemeinde Kohlberg	61

6. Gestaltungsszenario: Handlungsmöglichkeiten von ländlichen Kommunen	63
6.1. Gemeindeentwicklungskonzepte	63
6.2. Erprobte Konzepte der Gemeindeentwicklung für die Praxis	66
6.3. Berücksichtigung der Bedürfnisse verschiedener Altersgruppen	67
6.3.1. Wohnraum	67
6.3.2. Bedürfnisse junger Familien – Kinderbetreuung	68
6.3.3. Versorgung, Betreuung und Pflege für ältere Menschen	69
6.3.4. Gesicherte Nahversorgung	69
6.3.5. Angebote für Jugendliche	70
6.3.6. Öffentlicher Nahverkehr	70
6.3.7. Elektronische Erreichbarkeit	71
6.3.8. Naherholung und Tourismus im Biosphärengebiet Schwäbische Alb	71
6.4. Beispiele aus der kommunalen Praxis	71
6.4.1. Ansiedlung von Familien	72
6.4.2. Kinder- und Jugendgerechte Gemeinde	72
6.4.3. Attraktivität für Senioren	73
6.4.4. Nahversorgung, Gemeinschaft, Engagement	74
6.4.5. Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Identifikation der Bürgerschaft mit der Gemeinde	75
6.4.6. Mobilität	76
6.4.7. Interkommunale Zusammenarbeit	77
6.5. Generationengerechte Gestaltung der Strategie, des Prozesses und der Maßnahmen 78	
6.5.1. Gemeindeentwicklung und Bürgerbeteiligung	79
6.5.2. Minimalkonsens der Verantwortlichen	80
6.5.3. Konkrete Vorgehensweise	81
6.6. Handlungsempfehlungen für die Gemeinde Kohlberg	83
6.6.1. Allgemeine Empfehlungen	84
6.6.2. Kinder und Familien	84
6.6.3. Jugendliche	86
6.6.4. Senioren	86

6.6.5. Schaffung von Synergien: generationenübergreifende Bedürfnisbefriedigung	87
6.6.6. Öffentlicher Nahverkehr	88
6.6.7. Naherholung und Tourismus	88
6.6.8. Interkommunale Zusammenarbeit	88
6.7. Konsequenzen Gestaltungsszenario für Kohlberg	88
7. Gegenüberstellung von Erhaltungs- und Gestaltungsszenario am Beispiel Kohlberg	90
8. Fazit und Ausblick	91
Anlage.....	93
Literatur- und Quellenverzeichnis	95
Erklärung der Verfasserin	101

Abbildungsverzeichnis

<i>Abbildung 1: Geburtenziffer in Deutschland</i>	<i>6</i>
<i>Abbildung 2: Altersstruktur der Bevölkerung weltweit</i>	<i>11</i>
<i>Abbildung 3: Zu- und Fortzüge von und nach Deutschland nach Herkunfts- bzw. Zielgebiet</i>	<i>12</i>
<i>Abbildung 4: Durchschnittliche Kinderzahl je Frau in den Staaten der Europäischen Union 2011</i>	<i>12</i>
<i>Abbildung 5: Vergleich der Betreuungskosten für Unter-3-jährige in Baden-Württembergischen Städten</i>	<i>52</i>
<i>Abbildung 6: Entwicklungskorridor des Bevölkerungsstandes für die Gemeinde Kohlberg bis 2030</i>	<i>60</i>

Tabellenverzeichnis

<i>Tabelle 1: Bevölkerung nach Altersgruppen</i>	<i>4</i>
<i>Tabelle 2: Geborene je 1000 Einwohner/-innen in Deutschland</i>	<i>7</i>
<i>Tabelle 3: Durchschnittliches Sterbealter in Deutschland</i>	<i>7</i>
<i>Tabelle 4: Gestorbene je 1000 Einwohner/-innen in Deutschland</i>	<i>8</i>
<i>Tabelle 5: Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland</i>	<i>9</i>
<i>Tabelle 6: Bevölkerung nach Altersgruppen</i>	<i>36</i>
<i>Tabelle 7: Vergleich der Wanderungssaldi</i>	<i>37</i>
<i>Tabelle 8: Lebendgeborene und Gestorbene</i>	<i>37</i>
<i>Tabelle 9: Entwicklung des Wanderungssaldos</i>	<i>38</i>
<i>Tabelle 10: Vergleich der Wanderungssaldi</i>	<i>39</i>
<i>Tabelle 11: Bildungswanderungen (Anteil der 18- bis 25jährigen, die fortgezogen sind)</i>	<i>39</i>
<i>Tabelle 12: Familienwanderungen – Fort- und Zuzüge der 25- bis unter 50jährigen</i>	<i>41</i>
<i>Tabelle 13: Wohlstandsverdichtung in Kohlberg</i>	<i>41</i>
<i>Tabelle 14: Wohngebäude, Wohnungen, Räume</i>	<i>43</i>
<i>Tabelle 15: Steueraufkommen, das in der Gemeinde Kohlberg verbleibt</i>	<i>43</i>
<i>Tabelle 16 a: Vergleich von Kohlberg mit Erkenbrechtsweiler hinsichtlich des Steueraufkommens, das in der Gemeinde verbleibt</i>	<i>44</i>
<i>Tabelle 16 b: Vergleich von Kohlberg mit Erkenbrechtsweiler hinsichtlich des Steueraufkommens, das in der Gemeinde verbleibt</i>	<i>44</i>
<i>Tabelle 17: Betriebe, Beschäftigte und Umsatz</i>	<i>46</i>

<i>Tabelle 18: Beschäftigungsstruktur</i>	<i>47</i>
<i>Tabelle 19: Anteil der Frauen an den Beschäftigten am Wohnort</i>	<i>48</i>
<i>Tabelle 20: Ein- und Auspendler</i>	<i>48</i>
<i>Tabelle 21: Bevölkerungsvorausrechnung ohne Wanderungen bis 2030 nach Altersgruppen</i>	<i>62</i>
<i>Tabelle 22: verdichtete Bevölkerungsvorausrechnung ohne Wanderungen bis 2030</i>	<i>62</i>
<i>Tabelle 22a: Vorschlag zur Vorgehensweise in der Gemeinde Kohlberg (Teil I)</i>	<i>82</i>
<i>Tabelle 22b: Vorschlag zur Vorgehensweise in der Gemeinde Kohlberg (Teil II)</i>	<i>83</i>
<i>Tabelle 23: Bevölkerungsvorausrechnung mit Wanderungen bis 2030 nach Altersgruppen..</i>	<i>89</i>
<i>Tabelle 24: verdichtete Bevölkerungsvorausrechnung mit Wanderungen bis 2030</i>	<i>89</i>
<i>Tabelle 25: verdichtete Bevölkerungsvorausrechnung mit und ohne Wanderungen bis 2030</i>	<i>90</i>

Verzeichnis der Anlagen

<i>Anlage 1 Fotografien des sanierungsbedürftigen Ortskerns von Kohlberg</i>	<i>100-101</i>
--	----------------

1 Einleitung

Wir werden weniger, wir werden älter, wir werden bunter und wir sammeln uns in den Städten. So könnte man in wenigen Worten zusammenfassen, was landläufig unter dem Phänomen „Demografischer Wandel“ problematisiert wird. Es wurden in Deutschland über viele Jahrzehnte hinweg viel zu wenige Kinder geboren, um die Bevölkerung in ihrer Größe konstant zu halten. Gleichzeitig hat sich durch den Lebensstandard und die Gesundheitsversorgung die Lebenserwartung deutlich erhöht. Die Globalisierung führt zu Einwanderungen, aktuell sind vor allem die hohen Flüchtlingszahlen ein öffentlich deutlich wahrgenommenes Signal für eine Welt, in der es eine große Rolle für uns hier spielt, was an ihrem anderen Ende passiert. Verbunden mit dem sogenannten Trend der „Re-Urbanisierung“ führen diese strukturellen Veränderungen der Bevölkerung zu einer problematischen Lage vor allem im ländlichen Raum in Deutschland. Das Problem entvölkerter Gegenden, in denen es immer unrentabler wird, für immer weniger Menschen die notwendige Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, gibt es nicht nur in Ostdeutschland, sondern auch in Teilen des wirtschaftsstarken Baden-Württemberg.

1.1 Problemaufriss und Relevanz des Themas

„Ländliche Räume sind besonders stark von den Auswirkungen des demografischen Wandels betroffen“¹. Für eine ohnehin schon kleine Bevölkerung, die weite Wege zu überwinden hat, um zu zentralen Versorgungseinrichtungen zu kommen, stellen sich besondere Herausforderungen, wenn sie schrumpft und altert. Dies fängt bei den Einkaufsmöglichkeiten an, geht über die Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, die Gesundheitsversorgung und Pflegemöglichkeiten bis hin zu einer vollkommen veränderten Sozialstruktur und damit auch ganz neuen Herausforderungen an die Infrastruktur. Es stellt sich die Frage, inwiefern in dieser scheinbaren Mangelverwaltung kreatives, innovatives Potenzial erschlossen werden kann, um überhaupt noch zukunftsfähig zu werden. Erst seit August 2014 stellt das statistische Landesamt Baden-Württemberg Daten zur Verfügung, die eine Bevölkerungsvorausrechnung auch für Gemeinden mit

¹ Kirchesch, S. 13

weniger als 5000 Einwohnerinnen und Einwohnern ermöglichen. Diese Datenbasis kann nun herangezogen werden, um den Korridor der heute denkbaren Entwicklungen auch für kleine Gemeinden darzustellen. So ist nun die Bewertung der Herausforderungen des demografischen Wandels für eine konkrete Beispielkommune in der hier erfolgten Weise möglich.

1.2 Forschungsfragen und Ziele der Arbeit

Die vorliegende Arbeit geht der Frage nach, inwieweit der demografische Wandel für eine kleine, ländliche Gemeinde überhaupt zu bewältigen ist. Zugrunde liegt die Hypothese, dass die Ursachen der aktuellen und künftigen Bevölkerungsentwicklung auf anderen Ebenen liegen als diejenigen, die kommunal gestaltbar sind, beispielsweise der individuellen oder der globalen. Gleichzeitig gibt es durchaus Gemeinden, die besser mit den aktuellen Phänomenen zu Recht kommen, deren Bevölkerung zwar altert, aber dennoch nicht schrumpft. Diese Arbeit soll einerseits heraus finden, welche Handlungsmöglichkeiten eine Kommune hat, um der Schrumpfung entgegen zu wirken. Andererseits geht es darum, Lösungen und Strategien aufzuzeigen, wie mit einer älter werdenden Bevölkerung konstruktiv umgegangen werden kann. Ein Ziel ist es zu überprüfen, ob es möglich ist, aus den Herausforderungen des demografischen Wandels Synergien und neue, innovative Lösungen zu schaffen. Es geht darum, der konkreten Kommune Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen, mit der sie aus der scheinbaren Abwärtsspirale von schrumpfender, alternder Bevölkerung und den damit verbundenen Schwierigkeiten in der Daseinsvorsorge umgehen kann. Hierfür soll auch überprüft werden, inwiefern die Bedürfnisse älterer Menschen mit Assistenzbedarf und die Bedürfnisse von Kindern durch ein gemeinsames Angebot befriedigt werden können.

Für diese Arbeit liegt ein konkreter Auftrag aus einer ländlichen Kommune vor. Besonders herausfordernd ist hierbei, dass die Beispielkommune Kohlberg am Rande des Landkreises Esslingen liegt und vom Landesentwicklungsplan 2002 nicht als im ländlichen Raum im engeren Sinne eingestuft wurde. Damit sind manche Fördermöglichkeiten von vornherein ausgeschlossen. Gleichzeitig sind die Entwicklungen in Kohlberg so ungünstig wie sonst nur im ländlichen Raum

im engeren Sinne, die umliegenden Gemeinden hingegen entwickeln sich besser. Es soll heraus gearbeitet werden, mit welchen Maßnahmen Kohlberg seinen vergleichsweise schlechten Entwicklungsstand verbessern kann.

1.3 Methodenansatz und Aufbau der Arbeit

Zunächst wird das Phänomen „Demografischer Wandel“ eingehend dargestellt; dafür werden die drei wichtigsten Einflussfaktoren – Geburtenrate, Sterberate und Wanderungen – analysiert. Als nächste Ebene werden die demografische Entwicklung in Baden-Württemberg sowie die Besonderheiten des ländlichen Raumes näher beleuchtet. Schließlich wird der Zusammenhang zu Nachhaltigkeit und Güterverteilung zwischen den Generationen hergestellt. Als konkretes Beispiel für eine ländliche Kommune dient die Gemeinde Kohlberg. Der Bürgermeister und der Gemeinderat haben für diese Arbeit den Auftrag erteilt, Empfehlungen zu erarbeiten, welche Handlungsansätze die Gemeinde Kohlberg verfolgen könnte, um dem demografischen Wandel zu begegnen. Eine detaillierte Ist-Analyse der Bevölkerungsstruktur, der Wohnsituation, der wirtschaftlichen Situation einschließlich des Arbeitsmarktes sowie der Infrastruktur in Kohlberg basiert weitestgehend auf den Erhebungen des statistischen Landesamtes Baden-Württemberg. Aufgrund dessen Möglichkeiten können verschiedene Varianten für die Bevölkerungsvorausrechnung bis 2030 dargestellt werden. Zwei Szenarien werden dafür entwickelt. Erstens geht es um die Konsequenzen, wenn Kohlberg weitestgehend in der bisherigen Entwicklungslinie fortschreitet. Hierfür wird die vom statistischen Landesamt Baden-Württemberg berechnete sogenannte „untere Variante“ als Vorausrechnung heran gezogen. Für ein zweites Szenario werden der Gemeinde ein Entwicklungsprozess sowie zahlreiche Maßnahmen empfohlen, die sich andernorts bereits bewährt haben. Es wird angenommen, dass ein solches „Gestaltungsszenario“ zu der Variante der Bevölkerungsvorausrechnung des statistischen Landesamtes führt, die vom höchsten Wanderungsgewinn ausgeht, die sogenannte „obere Variante“. Schließlich werden die beiden unterschiedlichen Szenarien einander gegenüber gestellt und in ihren Konsequenzen bewertet.

2 Demografischer Wandel

2.1 Demografischer Wandel in Deutschland

Der sogenannte demografische Wandel beschreibt für die Bundesrepublik Deutschland eine nachhaltige Veränderung in der Bevölkerungsstruktur. Eine höhere Lebenserwartung und niedrige Geburtenraten bewirken, dass es weniger Menschen gibt und dass diese durchschnittlich älter sind.

Tabelle 1 verdeutlicht diese Entwicklung in Zahlen. Lag der Anteil in der Bevölkerung, der jünger als 20 Jahre alt war, 1970 noch bei 30%, ist dieser im Jahr 2013 auf 18,1% gesunken. Gleichzeitig stieg der Anteil der Menschen, die über 60 Jahre alt sind (60 bis 80 und mehr als 80) im gleichen Zeitraum von 20% auf 27,1%. Auch der Anteil der sogenannten „Hochbetagten“, also der über 80jährigen steigt beträchtlich von 2% auf 5,4%.

Parallel zu dieser Entwicklung sinkt die Bevölkerungszahl insgesamt. Markant ist hier das Jahr 2002, in dem die Bevölkerung in Deutschland so hoch war wie nie zuvor und ab dem es einen kontinuierlichen Rückgang der Bevölkerung gab.

im Alter von ... bis unter... Jahren (%)						
Jahr	Insgesamt Anzahl	unter 20	20 bis 40	40 bis 60	60 bis 80	80 und mehr
2013	80 767 463	18,1	24,1	30,7	21,7	5,4
2010	81 751 602	18,4	24,2	31,1	21	5,3
2002	82 536 680	20,7	27,7	27,3	20,3	4,1
2000	82 259 540	21,1	28,6	26,7	19,8	3,8
1990	79 753 227	21,7	31,6	26,3	16,6	3,8
1980	78 397 483	26,8	28,0	25,9	16,7	2,7
1970	79 069 482	30,0	27,6	22,4	18,0	2,0
1960	73 146 809	28,4	28,5	25,7	15,8	1,6
1950	69 346 297	30,4	26,4	28,6	13,6	1,0

Tabelle 1: Bevölkerung nach Altersgruppen²

Zugrunde liegt dieser Entwicklung, dass die Geburtenrate niedriger ist als die Sterberate. So gab es beispielsweise im Jahr 2012 laut Statistischem Bundesamt zwar 673 544 Lebendgeborene. Im Vergleich dazu verstarben aber im gleichen

² Eigene Darstellung nach: Statistisches Bundesamt (Destatis), Bevölkerungsstand, <http://www.destatis.de> [Zugriff 11.10.2014]

Jahr 869 582 Menschen³. Damit liegt die Geburtenrate zwar unter dem Bestanderhaltungsniveau. Dennoch ist dies nur ein Aspekt der Veränderung der Bevölkerungsstruktur in Deutschland: „Die Alterung der Gesellschaft als Ganzes wird wesentlich weniger von den derzeit niedrigen Geburtenraten getrieben als von der rasant steigenden Lebenserwartung“⁴.

2.2 Einflussfaktoren auf den demografischen Wandel

Der demografische Wandel in Deutschland setzt sich wie dargestellt vor allem aus einer niedrigen Geburtenrate und einer höheren Lebenserwartung der Bevölkerung zusammen. Es ist notwendig, die Hintergründe dieser Elemente zu betrachten. Gleichzeitig können in einer globalisierten Gesellschaft einzelne Staaten nicht isoliert agieren. Vielmehr unterliegen sie vielfältigen Einflüssen aus der globalen Umwelt. Daher müssen auch diese weltweiten Faktoren hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Bevölkerungsstruktur in Deutschland mit in die Überlegungen zu einer demografischen Strategie mit einbezogen werden.

2.2.1 Fertilitätsrate - sinkende Geburtenraten in Deutschland

Die Geburtenrate in Deutschland liegt heute für das gesamte Bundesgebiet seit Ende der 1990er Jahre etwa bei 1,4 Kindern pro Frau. Noch zu Beginn der 1960er Jahre lag diese Rate in beiden Teilen Deutschlands bei 2,5 Kindern pro Frau. In der ehemaligen DDR begann der Rückgang 1964, in der ehemaligen Bundesrepublik 1967. Hier war Mitte der 1980er Jahre ein Tiefpunkt mit weniger als 1,3 Kindern je Frau erreicht⁵.

Danach stieg die Geburtenrate wieder an und pendelte sich bei den genannten 1,4 Kindern pro Frau ein. Ein Grund für den Rückgang war auch das höhere Alter der Frauen bei der Geburt, das dann, als es schließlich erreicht wurde, nach 1980 die Geburtenrate wieder leicht ansteigen ließ⁶.

³ Statistisches Bundesamt (Destatis), Bevölkerungsstand, <http://www.destatis.de> [Zugriff 11.10.2014]

⁴ Schwentker / Vaupel, S.7 ff

⁵ Statistisches Bundesamt (Destatis), Geburten, <https://www.destatis.de> [Zugriff 11.10.2014]

⁶ Statistisches Bundesamt (Destatis), Geburten, <https://www.destatis.de> [Zugriff 11.10.2014]

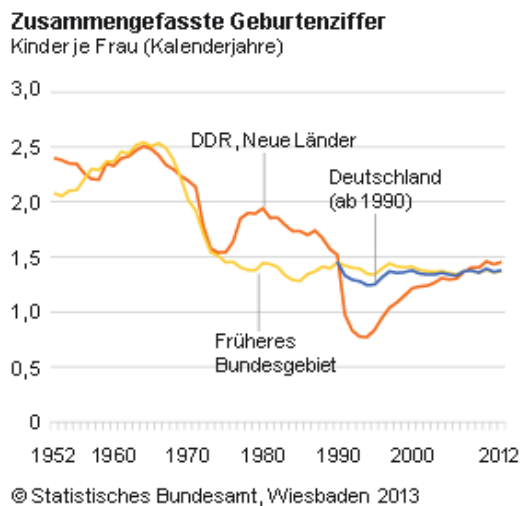


Abbildung 1: Geburtenziffer in Deutschland⁷

Um später Handlungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel abzuleiten, lohnt es sich, einen näheren Blick auf die Entwicklungen der Geburtenrate in Ost- und in West-Deutschland zu werfen. In der ehemaligen DDR wurden ab Anfang der 1970er Jahre verschiedene Maßnahmen ergriffen, um die Geburtenzahl zu erhöhen. Es wurde unter anderem ein sogenannter „Ehekredit“ eingeführt, der jungen Paaren bei der Eheschließung gewährt wurde; die rückzahlungspflichtige Summe reduzierte sich pro Kind und wurde mit der Geburt des dritten Kindes vollständig erlassen. Neben weiteren finanziellen Maßnahmen erfolgten solche zur Ausdehnung des Schwangerschafts- und Wochenurlaubs, zur Bevorzugung bei Vergabe von Wohnraum und zur Verfügbarkeit Krippenplätzen⁸. Die Maßnahmen zeigten Erfolg, die Geburtenrate stieg und lag im Jahr 1980 bei 1,94 Kindern pro Frau. Im Zuge der Veränderungen, die sich durch die Deutsche Einheit für den ostdeutschen Teil der Bevölkerung ergaben, sank die Geburtenrate im Jahr 1994 schließlich einen Tiefpunkt von 0,77 Kindern pro Frau. Seither stabilisiert sie sich kontinuierlich und liegt seit 2008 wieder höher als in den alten Bundesländern⁹. Neben der „pro-Frau-Betrachtung“ der Geburten, gibt es noch die Möglichkeit, die Geborenen ins Verhältnis zur Bevölkerung insgesamt zu betrachten; Daten

⁷ Statistisches Bundesamt (Destatis), Geburten, <https://www.destatis.de> [Zugriff 11.10.2014]

⁸ http://de.wikipedia.org/wiki/Frauen-_und_Familienpolitik_der_DDR#1970er-Jahre [Zugriff 11.10.2014]

⁹ Statistisches Bundesamt (Destatis), Geburten, <https://www.destatis.de> [Zugriff 11.10.2014]

liegen hier vor für Geborene je 1000 Einwohner/-innen. In diesem Maß wird der Rückgang der Geburten besonders sichtbar.

Jahr	
2012	8,4
2002	8,7
1992	10
1982	11
1972	11,4
1962	17,7
1952	15,8

Tabelle 2: Geborene je 1000 Einwohner/-innen in Deutschland¹⁰

Auch die absolute Anzahl an geborenen Kindern sinkt, 2011 waren es in Deutschland 663 000 , bereits 18% weniger als 1998, da waren es noch 785 000¹¹.

2.2.2 Mortalitätsrate - steigende Lebenserwartung in Deutschland

Wenn die Geburtenrate wie dargestellt sinkt, ohne dass es andere, ebenfalls dauerhafte Effekte im Bevölkerungsaufbau gibt, dann schrumpft eine Bevölkerung lediglich. Das ist zwar in Deutschland der Fall. Allerdings leben wie dargestellt immer weniger Menschen, aber diese werden im Durchschnitt immer älter, das heißt, die Lebenserwartung steigt ebenfalls an. Der Indikator dafür ist das durchschnittliche Sterbealter, das in Tabelle X dargestellt ist.

Jahr	Männer	Frauen
2006	72,2	80,4
2008	72,9	80,8
2010	73,5	81,0
2012	74,2	81,3

Tabelle 3: Durchschnittliches Sterbealter in Deutschland¹²

¹⁰ Eigene Darstellung nach: Statistisches Bundesamt (Destatis), Bevölkerungsstand, <http://www.destatis.de> [Zugriff 18.10.2014]

¹¹ Statistisches Landesamt, <http://www.statistik-bw.de/Pressemitt/2013013.asp> [Zugriff 18.10.2014]

¹² Eigene Darstellung nach: Statistisches Bundesamt (Destatis), Bevölkerungsstand, <http://www.destatis.de> [Zugriff 18.10.2014]

Parallel zu den Geburtenraten, die wie oben dargestellt, pro Frau und auch pro 1000 Einwohner/-innen drastisch sinken, können auch die Sterberaten nicht nur im Durchschnitt der Individuen, sondern auch im Verhältnis zur Bevölkerungszahl insgesamt betrachtet werden. Auffällig ist, dass sie relativ konstant bleiben, vor allem verglichen mit den Geburtenraten.

Jahr	
2012	10,8
2002	10,2
1992	10,9
1982	12,1
1972	12,3
1962	11,8
1952	10,9

Tabelle 4: Gestorbene je 1000 Einwohner/-innen in Deutschland¹³

Schwentker und Vaupel¹⁴ betonen, die höhere Lebenserwartung führe keineswegs zu einer „Überalterung“ oder „Vergreisung“ der Bevölkerung. Vielmehr erwarte die Menschen „nicht nur ein längeres Leben, sondern auch ein längeres gesundes Leben“. Sie sprechen von einer rasanten Steigerung der Lebenserwartung, die dazu führe, dass die Bevölkerung in Deutschland alle zehn Jahre mit zweieinhalb zusätzlichen Lebensjahren beschenkt würde.

2.2.3 Wanderungen

Nicht nur die Anzahl der Geburten in einem Land und die Lebenserwartung insgesamt beeinflussen die demografische Entwicklung. Auch Migrationsbewegungen, das heißt Ein- und Auswanderungen, spielen eine große Rolle.

Nach Deutschland gibt es mehr Zuzüge als Menschen, die ihren Wohnsitz hier aufgeben und in ein anderes Land ziehen, die Größenordnungen sind in Tabelle 2

¹³ Eigene Darstellung nach: Statistisches Bundesamt (Destatis), Bevölkerungsstand, <http://www.destatis.de> [Zugriff 18.10.2014]

¹⁴ Schwentker / Vaupel, S. 7 ff

zu sehen. Das positive Wanderungssaldo und rührt insbesondere aus Zu- und Abwanderungen in europäische Länder¹⁵.

Jahr	Zugezogene	Fortgezogene	Saldo
2013	1 226 493	797 886	428 607
2010	798 282	670 605	127 677
2002	842 543	623 255	219 288
2000	841 158	674 038	167 120
1991	1 198 978	596 455	602 523

Tabelle 5: Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland¹⁶

Diese scheinbar positive Entwicklung ist aber nicht ausreichend, zumal erst seit 2010 das Wanderungssaldo wieder ansteigt¹⁷. Deutschland hat aber deutlich aufgeholt; 2009 war das Zuwanderungssaldo noch mit -0,1 negativ, 2010 mit 1,6 positiv und 2011 lag es mit 3,4 in erreichbarer Nähe des Vereinigten Königreiches (3,8) und von Schweden (4,8). „Überholt“ worden waren die Niederlande (1,8 in 2011) und Frankreich (1,2 in 2011). Diese Daten legen nahe, dass die höhere Zuwanderung die demografische Struktur beeinflussen wird. Dies ist bereits seit den 1950er Jahren der Fall, weil es seither eine „mehr oder weniger ausgeprägte Migration nach Deutschland“¹⁸ gibt. Der Mikrozensus 2012 bezifferte den Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland auf 16,3 Millionen, das entspricht einem Bevölkerungsanteil von 20%¹⁹. Das positive Zuwanderungssaldo sowie Migrantinnen und Migranten, die dauerhaft in Deutschland leben und deren Kinder damit ebenfalls mehrere kulturelle Wurzeln haben, führt dazu, dass dieser Bevölkerungsanteil künftig noch zunehmen wird. „Die Gesellschaft wird also nicht nur älter und zahlenmäßig kleiner, sondern immer ‚bunter‘“²⁰.

¹⁵ http://www.demografie-portal.de/SharedDocs/Informieren/DE/Statistiken/Zuzug_Herkunftsgebiet_Fortzug_Zielgebiet.html [Zugriff 25.10.2014]

¹⁶ Eigene Darstellung nach: Statistisches Bundesamt (Destatis), Bevölkerungsstand, <http://www.destatis.de> [Zugriff 11.10.2014]

¹⁷ Die Daten sind nur bedingt miteinander vergleichbar, da ihnen Melderegisterbereinigungen zugrunde liegen, die infolge der Einführung der persönlichen Steuer-Identifikationsnummer durchgeführt worden sind.

¹⁸ von Loeffelholz, S. 37

¹⁹ Statistisches Bundesamt (Destatis), Bevölkerungsstand, <https://www.destatis.de> [Zugriff 18.10.2014]

²⁰ von Loeffelholz, S. 37

Am Beispiel Baden-Württembergs lässt sie die stärkere Zuwanderung in Deutschland seit 2011 (volle Freizügigkeit für Staatsangehörige aus zehn Mitgliedsstaaten, die 2004 der EU beigetreten sind) sehr anschaulich darstellen. Das statistische Landesamt konnte die deutliche Vergrößerung des Zuwanderungssaldos nachweisen; 2009 lag der Wanderungsgewinn noch bei 4.000 Personen, die mehr ins Land zogen als welche, die fortzogen. 2012 lag diese Zahl bei über 65.000 Menschen, 2013 nach vorläufigen Ergebnissen sogar bei etwa 70.000²¹.

Es kommt allerdings nicht nur auf die reinen Zahlen an, sondern auch auf die Bewältigung der Integrationsaufgabe. Erst mit dem sogenannten zweiten Integrationsgipfel der Bundesregierung 2007 haben sich Bund, Länder und Kommunen zu Deutschland als Einwanderungsland bekannt. Zuwanderung muss als Chance und nicht als Bedrohung begriffen werden. Nur dann besteht die Chance, die Potenziale Zugewanderter für den Arbeitsmarkt zu erschließen und die dafür notwendigen Anstrengungen hinsichtlich Bildung und Ausbildung auch tatsächlich anzugehen²².

2.2.4 Globale demografische Entwicklung

Die demografische Entwicklung in Deutschland verläuft anders als die der Weltbevölkerung und ist im Status Deutschlands als westliche Industrienation begründet. Insgesamt wächst die Weltbevölkerung rasant. „Im Jahr 1970 lebten 3,7 Milliarden Menschen auf der Welt, heute [2014] sind es mit rund 7,2 Milliarden fast doppelt so viele“²³. Die Altersstruktur der Kontinente unterscheidet sich ebenfalls deutlich. So liegt die Lebenserwartung bei der Geburt in Europa und Nordamerika 78 bzw. 79 Jahren, in Afrika hingegen nur bei 59 Jahren. Gleichzeitig liegt die Geburtenrate pro Frau im weltweiten Durchschnitt bei 2,5²⁴. Nachfolgende Grafik zeigt die sich aus den unterschiedlichen Geburtenraten und Lebenserwartungen ergebenden Variationen in der Altersstruktur der Bevölkerung weltweit.

²¹ Brachet-Schwarz 1, S. 5

²² Reschl / Rogg 1, S. 3

²³ Deutsche Stiftung Weltbevölkerung, S. 3

²⁴ Deutsche Stiftung Weltbevölkerung, S. 3

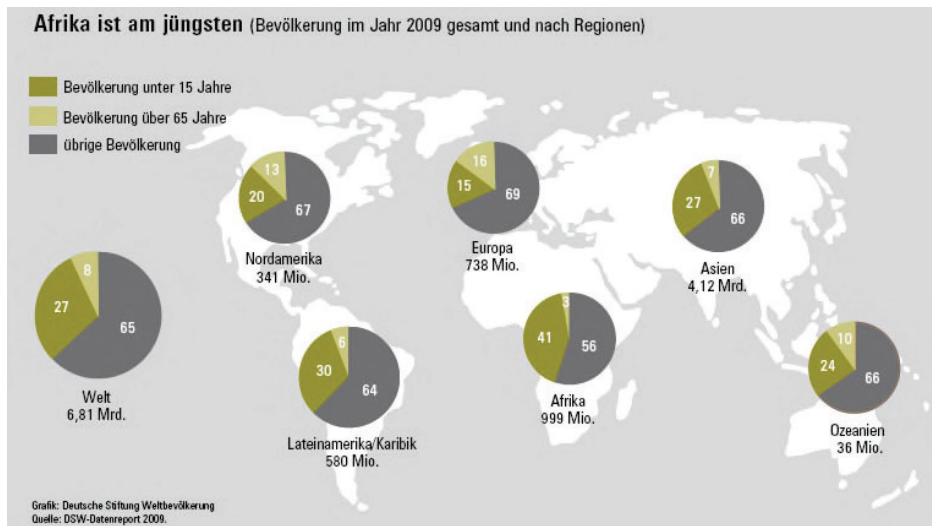


Abbildung 2: Altersstruktur der Bevölkerung weltweit²⁵

2.2.5 Entwicklung der Bevölkerungsstruktur Deutschlands in Bezug zur demografischen Situation in Europa

Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland kann nicht isoliert von den anderen europäischen Staaten betrachtet werden. In Deutschland könnte beispielsweise Zuzug die niedrigen Geburtenraten ausgleichen. Abwanderungsbewegungen im größeren Umfang sind aufgrund der vergleichsweise soliden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Situation in Deutschland unwahrscheinlich.

Zuwanderungen jedoch sind realistisch und werden beispielsweise von Industrie- und Handelskammern unter dem Aspekt der Fachkräftegewinnung im Ausland gezielt gefördert. Die EU-weite Personenfreizügigkeit seit Herbst 2013 ist ein Baustein der europäischen Strategie, die dem demografischen Wandel begegnen soll: „Die Mobilität der Arbeitskräfte zwischen den Mitgliedstaaten trägt dazu bei, Diskrepanzen zwischen Angebot und Nachfrage bei Qualifikationen und Arbeitsplätzen auszugleichen, angesichts erheblicher Ungleichgewichte zwischen Arbeitsmärkten in der EU und einer alternden Bevölkerung“²⁶.

Die Bedeutung Europas für die Migrationsbewegungen wird durch in *Abbildung 3* belegt: am meisten Bewegung gibt es mit den europäischen Ländern.

²⁵ Deutsche Stiftung Weltbevölkerung, Datenreport 2009, zitiert nach: <http://www.agenda21-treffpunkt.de/> [Zugriff am 11.10.2014]

²⁶ http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1151_de.htm [Zugriff 18.10.2014]

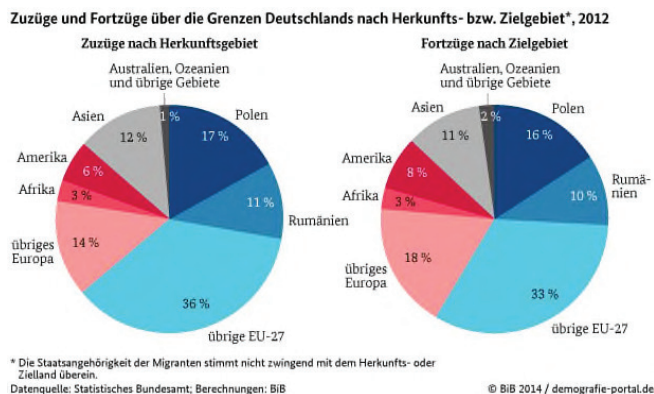
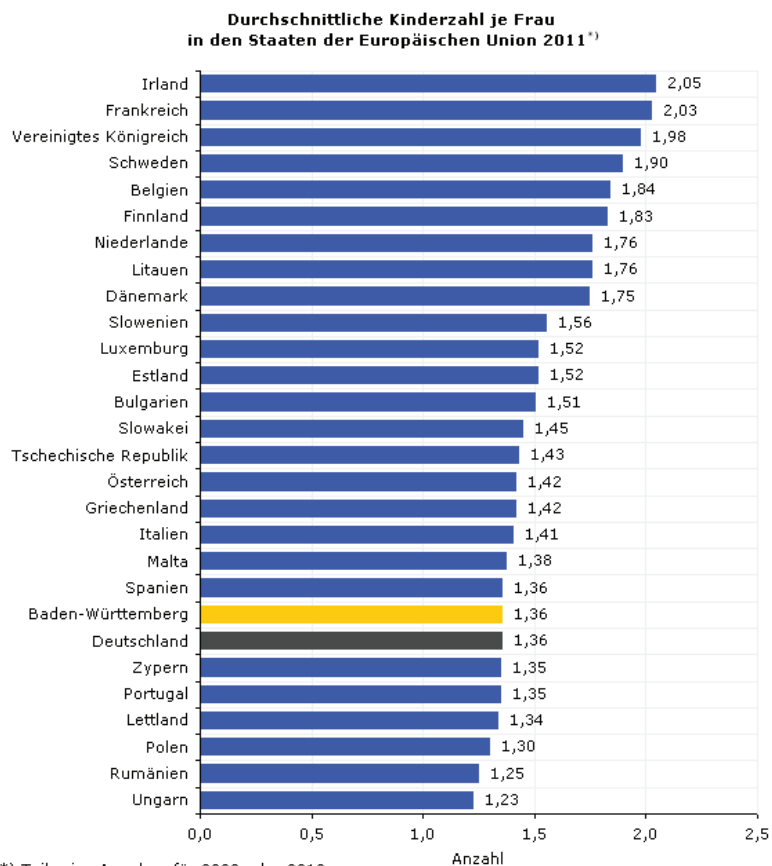


Abbildung 3: Zu- und Fortzüge von und nach Deutschland nach Herkunfts- bzw. Zielgebiet²⁷

Interessant ist der Vergleich der durchschnittlichen Kinderzahl in Deutschland mit den anderen Staaten der Europäischen Union: Platz 21 von 27 Staaten (2001).



*) Teilweise Angaben für 2009 oder 2010.
Quellen: Daten für die EU-Mitgliedsstaaten: Eurostat;
Daten für Baden-Württemberg: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2013

Abbildung 4: Durchschnittliche Kinderzahl je Frau in den Staaten der Europäischen Union 2011²⁸

²⁷ <http://www.demografie-portal.de/> [Zugriff 25.10.2014]

Das natürliche Bevölkerungswachstum der EU-Staaten schwankt entsprechend der durchschnittlichen Kinderzahl zwischen 10,0 (Irland, 2011) und -5,1 (Bulgarien, 2011); Deutschland liegt bei -2,3. Frankreich (4,2), das Vereinigte Königreich (4,1), die Niederlande (2,7) oder Schweden (2,3) verzeichnen dagegen deutliche Zuwachsraten²⁹.

Für die Wanderungsmotivation spielen die Lebenserwartung und die Geburtenzahlen vermutlich eine untergeordnete, bzw. eher vermittelnde Rolle. Vielmehr ist die wirtschaftliche und soziale Situation im eigenen Land sowie in dem Land, in das man umsiedelt, relevanter. Es gibt verschiedene Indikatoren, die wirtschaftliche und soziale Lage zu messen, an dieser Stelle wird die Arbeitslosigkeit, auch wenn sie als Maß Validitätsschwächen aufweist. Zumindest können die Arbeitslosenquoten im August 2014 als Momentaufnahme und Grundlage für einen Vergleich heran gezogen werden. Sie lag im Durchschnitt der Euro-Zone bei 11,5%, in Griechenland bei 27%, in Spanien bei 24,4%, in Irland bei 11,4 % - und in Deutschland bei 4,9%³⁰.

Auch bezüglich der Menschen, für die eine Armutsgefährdung vorliegt, weil sie mit weniger als 60% des mittleren Einkommens der gesamten Bevölkerung auskommen müssen, liegt in Baden-Württemberg mit 14,6% niedriger als in Deutschland insgesamt (15,8%) und als beispielsweise im Vereinigten Königreich (16,2%), in Italien (19,6%), Spanien (21,8%) oder in Bulgarien (22,3%)³¹.

Deutschland wird im Zusammenspiel mit den europäischen Nachbarn seine niedrige Geburtenrate folglich aufgrund seiner wirtschaftlich und sozial soliden Situation durch Zuwanderungen weiterhin das Schrumpfen der Bevölkerung abdämpfen können.

²⁸ Statistisches Landesamt, <http://www.statistik-bw.de/Pressemitt/2013013.asp> [Zugriff 18.10.2014]

6,3 %

²⁹ Europäische Kommission, <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home/> [Zugriff 18.10.2014]

³⁰ Eigene Darstellung nach:

<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/160142/umfrage/arbeitslosenquote-in-den-eu-laendern/> [Zugriff 18.10.2014]

³¹ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Einkommen und Lebensbedingungen in Baden-Württemberg, Ergebnisse der Erhebung „Leben in Europa“ (EU-SILC) 2011, Faltblatt 2013

2.3 Demografische Entwicklung in Baden-Württemberg

Basierend auf dem Zensus 2011, Annahmen bezüglich der weiteren Entwicklung der Geburtenhäufigkeit, der Lebenserwartung und des Wanderungsgeschehens hat das Statistische Landesamt Baden-Württemberg im Jahr 2014 eine neue Bevölkerungsvorausrechnung bis zum Jahr 2060 vorgelegt³². Da sich die weitere Analyse in dieser Arbeit und entsprechend auch die daran anschließenden Handlungsempfehlungen auf diese Daten beziehen, werden die Annahmen des Statistischen Landesamtes hier im einzelnen kurz erläutert.

2.3.1 Natürliches Bevölkerungswachstum in Baden-Württemberg

Per Definition des Bundesinstitutes für Bevölkerungsforschung spiegelt die natürliche Bevölkerungsbewegung „die Veränderung der Bevölkerungszahl und -zusammensetzung durch Geburten und Sterbefälle wider. Die Differenz aus Lebendgeborenen und Gestorbenen eines Jahres führt dabei im Saldo zu einem Lebendgeborenen- oder Gestorbenenüberschuss, der auch als natürlicher Saldo bezeichnet wird und als Bilanz der Lebendgeborenen und Gestorbenen in die Bevölkerungsbilanz eingeht“³³. Schaut man sich die Geburtenrate in Baden-Württemberg an, so liegt diese weit unter dem sogenannten Bestanderhaltungsniveau.

Das Statistische Landesamt geht davon aus, dass sich die Geburtenrate in Baden-Württemberg durchschnittlich auf 1,4 Kinder pro Frau einpendelt; es lägen keine Anhaltspunkte für eine nachhaltige Änderung der Geburtenhäufigkeiten im Land vor³⁴. Die für den Bestand der Bevölkerungszahl notwendigen 210 Neugeborenen pro 100 Frauen werden bereits seit den 1970er Jahren nicht mehr erreicht, wodurch heute bereits die Elterngeneration um ein Drittel zu klein ist³⁵.

Die Lebenserwartung in Baden-Württemberg ist seit den 1950er-Jahren kontinuierlich angestiegen und liegt heute für Frauen bei knapp 84 Jahren, für Männer bei etwa 79 Jahren. Das statistische Landesamt geht auch hier davon aus,

³² Brachat-Schwarz 1, S. 6

³³ http://www.bib-demografie.de/SharedDocs/Glossareintraege/DE/N/natuerliche_bevoelkerungsbewegung.html?nn=3071458 [Zugriff 26.10.2014]

³⁴ Brachat-Schwarz 1, S. 7 ff

³⁵ Ridderbusch, S. S. 7

dass es eine weitere Zunahme gibt und bis 2060 die durchschnittliche Lebenserwartung bei Frauen auf 90 Jahre angestiegen ist, bei Männern auf 86 Jahre³⁶.

2.3.2 Wanderungsbewegungen

Die Zu- und Fortzüge in Baden-Württemberg unterlagen die letzten Jahre und Jahrzehnte großen Schwankungen, gerade in der jüngeren Vergangenheit hat das Land unerwartet hohe Wanderungsgewinne zu verzeichnen. Das Statistische Landesamt geht in jedem Fall von einer Reduzierung des positiven Wanderungssaldos von momentan etwa 65.000 bis 70.000 Personen aus. Die Zu- und Fortzüge seien aber so ungewiss, dass für die Bevölkerungsvorausrechnung drei unterschiedliche Varianten³⁷ mit sinkendem Wanderungssaldo berechnet wurden³⁸. Außerdem ist bezüglich der positiven Wanderungssalden der vergangenen Jahre davon auszugehen, dass hier vor allem Studierende aus dem Ausland einen großen Effekt haben: momentan beginnen viele und werden mit Absolventenjahrgängen in Beziehung gesetzt, in denn noch nicht so viele Zuwanderer ein Studium in Deutschland begonnen haben. Das Wanderungssaldo ist also stark positiv verzerrt³⁹.

Die Bevölkerungsvorausrechnung des Statistischen Landesamtes kommt - unabhängig davon, welches der dargestellten positiven Zuwanderungsszenarien zugrunde gelegt wird - zu dem Schluss, dass die Einwohnerzahl in Baden-Württemberg zunächst noch weiter ansteigen, und zwar mindestens bis noch bis 2020 (untere Variante). Ab spätestens 2033 (obere Variante) wird ein Rückgang der baden-württembergischen Einwohnerzahl berechnet. Parallel dazu ist es interessant, das sogenannte Geburtensaldo heran zu ziehen, also die Differenz zwischen den in einem Jahr Gestorbenen und den im gleichen Jahr Geborenen. Dieses Geburtendefizit kann ab 2022 nicht mehr durch das Wanderungssaldo

³⁶ Brachat-Schwarz 1, S. 6

³⁷ Jeweils für den Zeitraum von 2013 bis 2060 ein positiver Saldo von insgesamt 1 Mill. Personen in der sog. Hauptvariante, ca. 660 000 Personen in der sog. Unteren Variante und in der oberen Variante von 1,34 Mill. Personen.

³⁸ Brachat-Schwarz 1, S. 6

³⁹ Hochstetter 1, S.10 ff

kompensiert werden. Die Einwohnerzahl wird folglich kontinuierlich sinken⁴⁰. Seit den 70er-Jahren liegt die Geburtenrate in Baden-Württemberg durchschnittlich bei 1,3 bis 1,4; um die Bevölkerung ohne Zuwanderung langfristig konstant zu halten, wäre eine Rate von 2,1 notwendig. Es werden also jährlich rund ein Drittel weniger Kinder geboren, als für den Bestand der Bevölkerung notwendig wären. Und da sich dieser Trend nun schon seit über 40 Jahren durchsetzt, ist die heutige Elterngeneration rund ein Drittel kleiner als die voran gegangen, was das Problem verschärft⁴¹.

Auch gegen den Effekt der Alterung kann die Zuwanderung kaum etwas ausrichten. Der Anteil an Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter 20 Jahren wird sich von heute knapp 20% bis 2060 auf etwa 16% verringern. Gleichzeitig wird ein Anstieg des Anteils der über 65-Jährigen von momentan ebenfalls knapp 20% auf etwa 30% im Jahr 2060 voraus gesagt. Durchschnittlich werden die Baden-Württemberger dann nicht mehr 43 Jahre alt sein, wie heute, sondern 49 Jahre⁴².

2.3.3 Konsequenzen für die künftige demographische Struktur in Baden-Württemberg

Die Konsequenzen dieser Entwicklungen lassen sich nach dem Bericht des Statistischen Landesamtes folgendermaßen zusammenfassen:

- bis ca. 2025 wird die Zahl der Kindergartenkinder von derzeit rund 325 000 noch erhöhen, dann aber auf etwa 275 000 Kinder zwischen 3 und 5 Jahren, plus der halbe Jahrgang der 6j-Jährigen im Jahr 2060 sinken.
- die Zahl der Schülerinnen und Schüler (6 bis 18 Jahre) sinkt bereits kontinuierlich, heute noch etwa 1,3 Millionen, im Jahr 2060 nur noch etwa 1 Million Kinder und Jugendliche.
- die Zahl der Hochbetagten wird von heute etwa 250 000 auf über 750 000 Menschen über 85 Jahre im 2060 ansteigen.
- Der Anteil der 20- bis unter 65-Jährigen, also diejenigen, die im Wesentlichen als erwerbsfähig gelten, wird erst nach 2020 zurückgehen,

⁴⁰ Brachat-Schwarz 1, S. 6 ff

⁴¹ Ridderbusch, S. 5 ff

⁴² Brachat-Schwarz 1, S. 6 ff

bis dahin werden sie etwa 61% der baden-württembergischen Bevölkerung ausmachen. 2060 wären es nur 53%⁴³.

Es kann also festgehalten werden, dass auch im wirtschaftlich starken, für Menschen aus anderen Ländern und Staaten durchaus interessanten Baden-Württemberg die zuvor geschilderten Aspekte der Veränderung in der Bevölkerungsstruktur vorzufinden sind: die Menschen werden weniger, sie werden älter und „bunter“.

Allerdings sind diese Prognosen keineswegs sicher, es kann zu unvorhergesehenen oder gezielt gesteuerten Entwicklungen kommen, die eine Tendenz verändern. So sind beispielsweise die stark steigenden Zahlen von Flüchtlingen und Asylbewerbern ein Phänomen, mit dem vor zehn Jahren noch nicht gerechnet wurde. Ein anderes Beispiel sind die Schülerzahlen, deren Rückgang langsamer verläuft als bisher erwartet. Diese hat mit der „Stabilisierung der Geburtenzahlen [in jüngster Zeit zu tun, die] dafür sorgen dürfte, dass die Schülerzahlen an den Grundschulen bis 2018/19 nur noch leicht absinken und anschließend wieder etwas ansteigen könnten“⁴⁴.

2.4 Besonderheiten des ländlichen Raumes

2.4.1 Der Ländliche Raum in Baden-Württemberg

Die dargestellten Daten zum demografischen Wandel gelten für relativ große territoriale und damit politische und soziale Systeme: die Welt, Europa, die Bundesrepublik Deutschland oder eben das Bundesland Baden-Württemberg. Sie bilden damit einen Durchschnitt, der Besonderheiten innerhalb dieser Raumschaften nicht berücksichtigt. Dabei können Städte – und auch hier gibt es große Unterschiede beispielsweise in Abhängigkeit von der Größe – und ländliche Kommunen auch innerhalb von Baden-Württemberg vollkommen unterschiedlich von der demografischen Entwicklung betroffen sein. In der Demografiestrategie der Bundesregierung von 2012 wird dieser Tatsache Rechnung getragen, indem

⁴³ Brachat-Schwarz 1, S. 7-11

⁴⁴ Schaubild des Monats, Neue Modellrechnung zur Entwicklung der Schüler- und Schulabgängerzahlen, in: *Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.), Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 8/2014*, S. 54

eines von insgesamt sechs Handlungsfeldern sich damit auseinandersetzt, die „Lebensqualität in ländlichen Räumen und integrative Stadtpolitik [zu] fördern“⁴⁵. Dieser „ländliche Raum“ ist wiederum ebenfalls nicht überall gleich, sondern hat regionale Spezifika. Und „gerade in Baden-Württemberg ist der Ländliche Raum besonders vielfältig“⁴⁶. Gleichzeitig gewinnt die regionale Orientierung für viele Lebensbereiche an Gewicht, beispielsweise was den Einkauf, die berufliche Schulbildung oder auch die Freizeitgestaltung angeht⁴⁷.

Für Baden-Württemberg legt 2002 der sogenannte Landesentwicklungsplan vier verschiedene Raumkategorien fest:

- „Verdichtungsräume als großflächige Gebiete mit stark überdurchschnittlicher Siedlungsverdichtung und intensiver innerer Verflechtung.
- Randzonen um die Verdichtungsräume als an die Verdichtungsräume angrenzende Gebiete mit erheblicher Siedlungsverdichtung.
- Ländlicher Raum, untergliedert in Stadt-Umland-Bereiche mit engen Verflechtungen und erheblicher Siedlungsverdichtung sowie
- Ländlicher Raum im engeren Sinne als großflächige Gebiete mit zumeist deutlich unterdurchschnittlicher Siedlungsverdichtung und hohem Freiraumanteil und mit zumeist deutlich unterdurchschnittlichen Dichtewerten in den Bereichen Bevölkerung, Wohnungen und Arbeitsplätzen. Die Gebiete verfügen in der Regel über einen hohen Anteil an Freiraum- bzw. Landwirtschaftsflächen und zum Teil infrastrukturellen Entwicklungsbedarf“⁴⁸.

Dieser Definition von Ländlichem Raum im sogenannten „engeren Sinne“, die an der Verteilung von Bevölkerung, Wohnungen und Arbeitsplätzen orientiert ist, entsprechen in Baden-Württemberg im Jahr 2002 etwas mehr als 60 % der Landesfläche. Etwa 25 % der baden-württembergischen Bevölkerung leben demnach „auf dem Land“. Im Vergleich dazu sind knapp 17 % der Landesfläche

⁴⁵ <http://www.demografie-portal.de/SharedDocs/Handeln/DE/Konzepte/Bund/Demografiestrategie/Inhalt.html> [Zugriff 19.10.2014]

⁴⁶ Dominé, S. 53

⁴⁷ Reschl / Rogg 1, S. 138 ff.

⁴⁸ https://www.landwirtschaft-bw.info/pb/Lde/755409_1068084_648179 [Zugriff 19.10.2014]

sogenannter Verdichtungsraum, in dem gut 50 % der Landesbevölkerung leben⁴⁹. Im Ländlichen Raum leben etwa 150 Einwohnerinnen und Einwohner pro Quadratkilometer, in den Verdichtungsräumen beträgt die Bevölkerungsdichte 908 Einwohnerinnen und Einwohner pro Quadratkilometer.

2.4.2 Bevölkerungsentwicklung im ländlichen Raum

In den 1950er und 1960er-Jahren wuchsen die Agglomerationsräume stärker als der Ländliche Raum. Anfang der 1980er Jahre hingegen verzeichneten die städtischen Verdichtungsräume Bevölkerungsverluste. Von 1989 bis zur Jahrtausendwende wuchs die Bevölkerung im Ländlichen Raum stärker als in den Agglomerationsräumen. Dann aber kam eine Kehrtwende. Zwischen 2002 und 2007 ist die Bevölkerung im Ländlichen Raum um 1,7% gewachsen, in den baden-württembergischen Agglomerationsräumen hingegen um 2,2%⁵⁰. Die Bevölkerungsentwicklung liegt folglich seit 2002 „unter dem Landesdurchschnitt und der Abstand wird von Jahr zu Jahr größer“⁵¹.

Diese Entwicklung steht im Zusammenhang mit der Zuwanderung aus dem Ausland und den neuen Bundesländern nach 1989 sowie Zuwanderung von städtischer Bevölkerung in das ländliche Umland. Als Grund hierfür kann das lange Jahre relativ teure Wohnen in den Städten genannt werden, das sich beispielsweise am Quadratmeterpreis für baureifes Land ablesen lässt. In Baden-Württemberg lag dieser beispielsweise 2005 im Ländlichen Raum bei durchschnittlich 98 Euro, in den Agglomerationsräumen bei 390 Euro.

Entsprechend erhöhte sich zwischen 1990 und 2005 der Wohnungsbestand im Ländlichen Raum um 29%, in den städtischen Verdichtungsräumen nur um 18%⁵². Allerdings hat sich dieser Trend umgekehrt: 1996 zogen mehr Menschen aus den Agglomerationsräumen in den Ländlichen Raum, bis 2008 hatte sich die Tendenz ins Gegenteil gekehrt⁵³.

⁴⁹ Landesentwicklungsbericht (LEB), Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg 2005, zitiert nach https://www.landwirtschaft-bw.info/pb/Lde/755409_1068084_648179, [Zugriff 19.10.2014]

⁵⁰ Dominé, S. 12

⁵¹ Siedentop / Junesch / Uphues, S. 11

⁵² Dominé, S. 13

⁵³ Siedentop / Junesch / Uphues, S. 11 ff.

Parallel zur Zuwanderung hat auch die höhere Geburtenrate im Ländlichen Raum zur dargestellten Bevölkerungsentwicklung beigetragen. Diese lag lange etwas höher als in Agglomerationsräumen, ging aber stetig zurück und gleicht sich an die niedrige durchschnittliche Fertilitätsrate an⁵⁴. Im Ländlichen Raum lag die Geburtenrate zwischen 1981 und 1985 bei durchschnittlich 165 Neugeborenen je 100 Frauen, zwischen 2001 und 2005 nur noch bei 148 Geburten je 100 Frauen. In den Verdichtungsräumen blieb im gleichen Zeitraum das niedrige Niveau erhalten und lag etwa bei 1,3.⁵⁵ Damit ist das Problem der niedrigen Geburtenrate auch im Ländlichen Raum angekommen, zumal auch die im Vergleich mit den Agglomerationsräumen noch höhere Fertilitätsrate der 1980er Jahre noch nicht ausreichen würde, um die Bevölkerung konstant zu halten⁵⁶.

Die in *Kapitel 2.3.2* dargestellten Wanderungsgewinne für Baden-Württemberg „konzentrieren sich inzwischen [2013] immer stärker auf die Zentren im Land, während die Umlandgemeinden tendenziell stärker werdend Bevölkerung verlieren“⁵⁷. 2005 war die Wanderungsbilanz im Ländlichen Raum letztmalig positiv – im Vergleich zu den Verdichtungsräumen lag das Wanderungssaldo nur 1,5 Personen pro 1000 Einwohnerinnen und Einwohner niedriger; 2011 betrug diese Differenz bereits 7 Personen. Nach 2005 verzeichneten die Städte mit über 100 000 Einwohnerinnen und Einwohnern die höchsten Wanderungsgewinne. In Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnerinnen und Einwohnern sank seither die Bevölkerungszahl sogar. Dies ist allerdings ein Durchschnittswert – die Umlandgemeinden in den Verdichtungsräumen wiesen nach wie vor ein positives Wanderungssaldo auf – am meisten verlieren folglich Umlandgemeinden im ländlichen Gebiet⁵⁸. Insgesamt ist das Wachstum der Bevölkerung im ländlichen Raum in Baden-Württemberg zwischen 1996 und 2009 „[...] auf die Wachstumseffekte der natürlichen Entwicklung und der Nettozuwanderung zu Beginn [dieses Zeitraums] zurück zu führen [...]“⁵⁹. Für die Zukunft ist damit zu rechnen, dass die Bevölkerungsentwicklung nur noch in attraktiven,

⁵⁴ Dominé, S. 51

⁵⁵ Ridderbusch, S. 5

⁵⁶ Ridderbusch, S. 6

⁵⁷ Schmidt, S. 7

⁵⁸ Schmidt, S. 7

⁵⁹ Siedentop / Junesch / Uphues, S. 69

prosperierenden Regionen positiv verläuft⁶⁰. Im ländlichen Raum werden die Gemeinden aber mit der doppelten Belastung von natürlicher Schrumpfung und Abwanderung konfrontiert sein⁶¹. Dabei wird der demografische Wandel vor allem kleinere Gemeinden ohne leistungsfähige Infrastruktur mit einer deutlichen Schrumpfung der Bevölkerung treffen⁶².

Die Abwanderung lässt sich weiterhin durch eine differenzierte Darstellung nach Altersgruppen verdeutlichen: am meisten wandern junge Erwachsene zwischen 18 und 25 Jahre ab. Die ireus-Studie bezeichnet dies als „Bildungswanderung“⁶³. Die Altersgruppe von 25 bis unter 30 Jahre konzentriert sich ebenfalls auf die Zentren. Gemeinsam mit den unter-18-jährigen spricht bei dieser Gruppe viel dafür, dass es sich um Wanderungen in der Familienphase handelt, die vor allem durch den Wohnungsmarkt motiviert sind⁶⁴. Für Menschen über 50 lässt sich kein eindeutiger Trend feststellen. Manche von ihnen wandern ab, aber nicht einheitlich: Rückkehr älterer Migrantinnen und Migranten in die frühere Heimat trifft eher größere Städte, ältere Menschen präferieren als Altersruhesitz landschaftlich attraktive Gegenden, von der medizinischen Infrastruktur her besonders gut aufgestellte Standorte oder aber scheuen sich vor einem Umzug im Alter insgesamt und verweilen, so lange es geht, in der gewohnten Umgebung; dann ist der Umzug in die Nähe versorgender Angehöriger oft erzwungen durch den Verlust der Selbständigkeit⁶⁵.

Insgesamt betrachtet – Geburtenrate und Wanderungsbewegungen – werden sich die Entscheidungsträger im Ländlichen Raum folglich mit einer immer stärker schrumpfenden Bevölkerung, die dazu noch in ihren Bedürfnissen immer differenzierter wird, auseinander zu setzen haben. Dies wird vor allem durch Untersuchungsergebnisse untermauert, die belegen, dass der anhaltende Suburbanisierungstrend kein Automatismus ist, sondern von anderen Entwicklungen überlagert wird⁶⁶.

⁶⁰ Reschl / Rogg, S. 138 ff

⁶¹ Siedentop / Junesch / Uphues, S. 11

⁶² Brachat-Schwarz, S. 12 ff

⁶³ Siedentop / Junesch / Uphues, S. 73

⁶⁴ Siedentop / Junesch / Uphues, S. 73

⁶⁵ Schmidt, S. 7 ff.

⁶⁶ Hochstetter,

Darüber hinaus entwickeln sich die Bevölkerungszahlen der Städte seit der Jahrtausendwende wieder günstiger als die der ländlichen Gemeinden. Die IREUS-Studie resümiert: „Die großräumige Wanderungsrichtung hat sich demnach vollkommen umgekehrt: profitierte der ländliche Raum bis 2002 von einer Nettozuwanderung aus dem Agglomerationsraum, so ist seit 2002 eine Nettoabwanderung zu verzeichnen“⁶⁷. Dieser Trend wird als „Reurbanisierung“ bezeichnet. Als ein Grund dafür wird die steigende Zahl an Studienanfängern bezeichnet: die Hochschulen befinden sich in den Oberzentren und folglich haben diese verstärkte Zuzüge junger Erwachsener zwischen 18 und 25 Jahren⁶⁸. „Möglicherweise spielt auch eine veränderte soziokulturelle Bewertung von ‚Stadt‘ und ‚Land‘ insbesondere bei jüngeren Menschen eine Rolle“⁶⁹. Darüber hinaus könnten steigende Energiekosten dazu führen, dass Standorte mit guter Infrastruktur als Wohnort bevorzugt werden; hierfür spricht die „relativ positive Bevölkerungsentwicklung der größeren Mittelstädte im ländlichen Raum und die schwache Entwicklung kleiner Landgemeinden“⁷⁰.

Siedentop et al. (2011) gehen davon aus, dass es innerhalb der Entwicklungen im ländlichen Raum in Baden-Württemberg eine erhebliche Spannweite geben wird; die Autoren sprechen von einem „Polarisierungstrend“. Es werde Gemeinden mit einer erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung geben, die dadurch eine verhältnismäßig stabile demografische Situation erreichen könnten. Gleichzeitig werde es Gemeinden mit wirtschaftlich und demografisch starken Schrumpfungsprozessen geben.

2.4.3 Wirtschaftliche Entwicklung im Ländlichen Raum

Die wirtschaftliche Entwicklung ist von großer Bedeutung für die Bevölkerung, weil sie untrennbar mit der Beschäftigungsentwicklung verknüpft ist.

Wie schon an anderer Stelle angesprochen, führt die Zusammenfassung aller ländlicher Räume in Baden-Württemberg und aller Agglomerationsräume zu

⁶⁷ Siedentop / Junesch / Uphues, S. 71

⁶⁸ Hochstetter, S. 18

⁶⁹ Siedentop / Junesch / Uphues, S. 11

⁷⁰ Siedentop / Junesch / Uphues, S. 72

ungenauen Durchschnittswerten; dies gilt auch die wirtschaftliche Situation: Die ireus-Studie⁷¹ hat den Unterschied in der Wertschöpfung je Erwerbstätigem im Jahr 2007 verglichen, die durchschnittlich im ländlichen Raum mit 60.151€ zwar niedriger liegt als in den Agglomerationsräumen mit 65.083€; gleichzeitig sind die Spitzenreiter in diesem Jahr insgesamt jedoch der ländliche Raum Landkreis Biberach (67.996 €) sowie die ländlichen Gemeinden im Alb-Donau-Kreis (70.470 €). Folglich sprechen die Autoren von einer „differenzierten Wirtschaftsdynamik“ und „erheblichen Disparitäten“ auch im Gesamtwachstum im ländlichen Raum.

Insgesamt lässt sich jedoch sagen, dass die Beschäftigungsentwicklung im Ländlichen Raum bis in die 1990er Jahre günstiger als in den Agglomerationsräumen verlief. Dieser Trend lässt seit 1999 nach und der Ländliche Raum liegt durchschnittlich bei den Wachstumsraten hinter den Agglomerationsräumen. Als Indikator kann die Anzahl von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten je 1000 Einwohnerinnen und Einwohnern heran gezogen werden: das waren 2005 im Ländlichen Raum 267, in den Agglomerationsräumen 406. Entsprechend diesem niedrigen Arbeitsplatzangebot gingen knapp 30% der Beschäftigten aus dem Ländlichen Raum einer Arbeit in den Agglomerationsräumen nach und pendelten⁷².

Eine Erklärung dafür ist der Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft, der sich in den städtischen Verdichtungsräumen früher vollzogen hat. Außerdem hat der Agrarsektor immer mehr an Bedeutung verloren. Zwischen 1982 und 2007 hat sich die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe halbiert, 2007 waren nur noch 2% der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft tätig⁷³. Im Jahr 2013 war der Anteil des Agrarsektors an der Gesamtwirtschaftsleistung des Landes Baden-Württemberg nur noch bei 0,5%⁷⁴.

2007 betrug der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im ländlichen Raum im produzierenden Sektor immer noch über 50%. Dies unterscheidet die Beschäftigungsstruktur von derjenigen in den

⁷¹ Siedentop / Junesch / Uphues, S. 31 f.

⁷² Dominé, S. 50

⁷³ Dominé, S. 49

⁷⁴ Thalheimer 9/2014

Agglomerationsgebieten; insgesamt ist die Mehrzahl der Beschäftigten in Baden-Württemberg im Dienstleistungssektor beschäftigt⁷⁵. In der Region Stuttgart beispielsweise wurde 2007 60% der Wertschöpfung im Dienstleistungssektor erbracht⁷⁶.

Eine Analyse der Bruttowertschöpfung im Verhältnis zu den Beschäftigten zeigt die Problematik, die in der Dominanz des produzierenden Gewerbes im ländlichen Raum liegt. Die Abhängigkeit von der Produktion ist deswegen kritisch, weil in diesem Sektor zwischen 1997 und 2007 20.000 Arbeitsplätze verloren gingen. Das bedeutet, dass die Bruttowertschöpfung in der Produktion zwar in diesem Zeitraum gestiegen ist, das Gewerbe aber dennoch die Anzahl der Beschäftigten reduziert hat⁷⁷. Je größer die Abhängigkeit von der Produktion also ist, desto deutlicher wirkt sich dies auf die Beschäftigungssituation aus.

Das Wachstum der Wirtschaft liegt denn auch nicht in den produktionsintensiven Bereichen, die dem Druck der Globalisierung immer mehr nachgeben und ins Ausland verlagert werden, wo niedrigere Lohnkosten zu finden sind. Als Wachstumsbranche gelten Forschung und Entwicklung. Für das Jahr 2013 konnte das Statistische Landesamt die bedeutende Rollen von forschungs- und entwicklungs- (FuE)intensiven Industriebranchen nachweisen; die Bruttowertschöpfung in diesen Branchen stieg 2013 im Vergleich zu 1995 um 76%, wohingegen das Bruttoinlandsprodukt insgesamt nur um 32% anstieg. Die nicht-FuE-intensiven Branchen legten dagegen nur um 11% zu⁷⁸.

Gleichzeitig führt die Schrumpfung der Bevölkerung in Baden-Württemberg und ganz besonders in prosperierenden Regionen wie Stuttgart zu einem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften⁷⁹. „In den kommenden Jahren wird sich das Erwerbspotenzial stark verringern und sich in seiner Altersstruktur signifikant verändern“⁸⁰. Es ist davon auszugehen, dass die Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe weiterhin zurück gehen werden und der ländliche Raum damit künftig noch weniger Beschäftigungsverhältnisse – zumindest in der bisher

⁷⁵ Dominé, S. 49

⁷⁶ Reschl / Rogg 1, S. 138 ff.

⁷⁷ Siedentop / Junesch / Uphues, S. 35 f.

⁷⁸ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Pressemitteilung Nr. 377/2014 vom 13. November 2014, abgerufen unter <http://www.statistik-bw.de> [Zugriff 15.11.2014]

⁷⁹ Reschl / Rogg 1, S. 140 ff.

⁸⁰ Siedentop / Junesch / Uphues, S. 9

dominierenden Produktion - für seine Bewohnerinnen und Bewohner anzubieten haben wird.

Für die ländlichen Gebiete wird dies in Kombination mit dem Rückgang der Arbeitsplätze in der Produktion besonders herausfordernd werden. Denn in einer Wissensökonomie ist ein höheres Qualifikationsniveau der Arbeitnehmer erforderlich. Noch 2009 war der Anteil der Hochschulabsolventen an den Sozialversicherten Beschäftigten in den Agglomerationsräumen mit 13,3% deutlich höher als im ländlichen Raum im engeren Sinne (5,6%)⁸¹. Die Autoren stellen einen Zusammenhang mit der räumlichen Verteilung der Hochschulen in Baden-Württemberg her, die vermehrt in den Verdichtungsräumen sind; dies werde bei weiter ansteigenden Qualifikationsanforderungen zum Stadortnachteil. Gleichwohl konnte nachgewiesen werden, dass es keine überproportionale Abwanderung höher Qualifizierter aus dem ländlichen Raum gibt, sondern eine konvergente Entwicklung, wenn auch auf deutlich niedrigerem Niveau des Anteils der Hochqualifizierten⁸². Dehne (2013) hat entsprechend die Einschätzung, dass sich „der Wettbewerb der Städte und Regionen um Bevölkerung und qualifizierte Arbeitskräfte weiter verschärfen wird“⁸³.

Kommunen im ländlichen Raum werden mit der Veränderung der wirtschaftlichen Situation (von der Produktions- zur Wissensökonomie), dem daraus resultierenden vermehrten Bedarf an Hochqualifizierten bei gleichzeitig schrumpfender Bevölkerung umzugehen haben.

Dabei spielen nicht nur die Größe der eigenen Kommune und die direkt vor Ort verfügbaren Arbeitsplätze eine Rolle, sondern auch die Erreichbarkeit und die Passgenauigkeit von Arbeitsplätzen in den Agglomerationsräumen bzw. in angrenzenden Gemeinden. Der Ausschnitt der Betrachtung kann daher nicht ausschließlich auf die eigene Kommune begrenzt sein.

Darüber hinaus spielen bereits vorhandene und künftig weiter zu erwartende Energiepreissteigerungen eine Rolle, die dazu führen, dass Haushalte und Unternehmen im ländlichen Raum „höhere Raumüberwindungsaufwendungen“

⁸¹ Siedentop / Junesch / Uphues, S. 40

⁸² Siedentop / Junesch / Uphues, S. 41 ff.

⁸³ Dehne, S. 6

bewältigen müssen⁸⁴. Der Weg zur Arbeit wird also teurer bzw. Energie am Wohnort „ländlicher Raum“ wird auch teurer, weil sich durch die geringere Nutzeranzahl weniger Synergien bilden lassen.

2.4.4 Daseinsvorsorge im Ländlichen Raum

Die Energiekosten bilden ein Element der perspektivischen Teuerung des Lebens im Ländlichen Raum. Auch der Begriff der Daseinsvorsorge wird in Zusammenhang mit dem demografischen Wandel diskutiert. Momentan kann die „lokale Infrastruktur des ländlichen Raumes [...] in den allermeisten Gemeinden als gut oder sehr gut bezeichnet werden. [...] Die mittleren PKW-Fahrzeiten zu Einkaufsstätten, Arztpraxen oder Apotheken liegen nur geringfügig über denen im Agglomerationsraum“⁸⁵. Allerdings ist dies eine Momentaufnahme. Es liegt nahe, dass die Versorgung von weniger Menschen mit den gleichen Angeboten und Dienstleistungen vor allem im immer dünner besiedelten ländlichen Raum problematisch wird: „Die flächendeckende Versorgung mit wichtigen Gütern und Dienstleistung wird in ländlichen Regionen Deutschlands immer schwieriger“⁸⁶. Für „Daseinsvorsorge“ gibt es keine allgemeingültige, rechtliche oder sozialwissenschaftliche Definition. Forsthoff definiert sie als „die Darbietung von Leistungen, auf welche der in die modernen massentümlichen Lebensformen verwiesene Mensch lebensnotwendig angewiesen ist“⁸⁷. Das beinhaltet heute beispielsweise Energie, Kommunikation, öffentlichen Verkehr, Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder, ärztliche Versorgung, Pflege- und Betreuungseinrichtungen für ältere Menschen, Einkaufsmöglichkeiten. Darüber hinaus umfasst die soziale Infrastruktur Freizeitangebote für verschiedene Alters-/Zielgruppen, Ausbildungs- und Studienplätze für junge Erwachsene, kulturelle Möglichkeiten, Sportarten, Arbeitsplätze usw. Diese wird zunehmend zum bestimmenden Standortfaktor⁸⁸.

⁸⁴ Siedentop / Junesch / Uphues, S. 9

⁸⁵ Siedentop / Junesch / Uphues, S.10

⁸⁶ Dehne, S. 6

⁸⁷ zitiert nach Neu, S. 10

⁸⁸ Dehne, S. 6

Die elektronische Erreichbarkeit ist zudem ein wichtiger Standortfaktor für Unternehmen⁸⁹; diese ist im ländlichen Raum deutlich schlechter ausgeprägt als in städtischen Gebieten. So verfügen die städtisch geprägten Gemeinden in Deutschland bereits zu 82,3% über eine Breitbandverbindung mit mehr als 50 Mbits/s Übertragungsgeschwindigkeit; bei den ländlichen Gemeinden sind dies nur 20,5%⁹⁰.

Bereits jetzt ist es in vielen ländlichen Gebieten so, dass weniger Menschen und weniger öffentliche Mittel einem scheinbar gleichbleibenden oder eher noch wachsenden, weil sich ausdifferenzierenden Versorgungsanspruch gegenüber stehen. Damit stellt sich für Kommunen die Frage, wie die „infrastrukturellen Daseinsvorsorgebereiche [...] zukünftig gestaltet und finanziert werden können“⁹¹. Das kommunale Handeln muss sich hier deutlich verändern, eine Vorgehensweise wie bisher wird nicht mehr möglich sein. Dennoch haben die Kommunen eine Wahl: „Entweder sie beschränken sich [...] auf [...] die Mindestversorgung und überlassen alles Weitere der Eigenverantwortung der Bewohner, oder sie organisieren sich neu und verstehen sich als Initiator, Koordinator und Moderator in einem komplexen Netzwerk von Akteuren“⁹².

2.4.5 Begrenzter Einfluss von Kommunen im Ländlichen Raum

Der sogenannte „Megatrend“ der Verstädterung stellt die Frage, ob für eine Kommune im ländlichen Raum die Auseinandersetzung mit ihrer Zukunftsfähigkeit überhaupt noch angezeigt ist. Wenn sich unsere Gesellschaft ohnehin so schnell und dynamisch wandelt und der Trend scheinbar vorgezeichnet ist, dann sind die Einflussmöglichkeiten einer Kommune auf diese Entwicklungen stark begrenzt. Werden also ländliche Kommunen entvölkert und sollten sich eher mit dem eigenen Ende beschäftigen? Für manche mag das notwendig sein. Allerdings haben von den 13 416 Kommunen in Deutschland annähernd 80%

⁸⁹ Siedentop / Junesch / Uphues, S. 93

⁹⁰ TÜV Rheinland, Bericht zum Breitbandatlas Mitte 2014 im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI), S. 8, zitiert nach: www.zukunft-breitband.de [Zugriff 16.11.2014]

⁹¹ Neu, S. 9

⁹² Dehne, S. 7

höchstens 5000 Einwohnerinnen und Einwohner⁹³. Und es werden sicher nicht alle im gleichen Maße von Abwanderung und Überalterung betroffen sein. Schließlich kann auch davon ausgegangen werden, dass sich die Funktionsmuster der beiden Siedlungsformen immer mehr gleichen. Urbanität ist nicht mehr nur eine Frage des Wohnorts, sondern eine Lebensform, die beispielsweise von Städtern beibehalten wird, wenn sie in eine ländliche Gemeinde ziehen. Und der ländliche Raum verstädtert zunehmend, da sich auch kleine Kommunen in einer Agglomeration von anderen kleinen Kommunen oder im Einzugsgebiet einer Stadt befinden^{94,95}. „Gleichzeitig sehen sich Kommunen durch die zunehmende Vielfalt der Stadtgesellschaft – beispielsweise bezogen auf Lebensstile oder kulturelle Hintergründe – vor neue, zusätzliche Anforderungen gestellt“⁹⁶. Sie stehen folglich vor der Aufgabe, „auf den wirtschaftlichen Wandel [zu] reagieren [, und] mit der zunehmenden Differenzierung der Lebensstile ihrer Einwohner souverän um[zugehen] [...]“. Dies geschieht vor dem Hintergrund knapper werdender finanzieller Ressourcen und einer Debatte über Globalisierung, die den kommunalen Handlungsspielraum scheinbar auf ein Minimum schrumpfen lassen⁹⁷. Die dargestellten Entwicklungen werden sich nicht von Kommunen aufhalten lassen. Daher stehen die kommunalen Entscheidungsträger nicht vor der Frage, ob sie darauf reagieren, sondern nur vor der Frage, wie: abwartend oder aktiv. Ein rein reaktiv-passives Handeln bringt keine neuen Handlungsspielräume mit sich. Denn „auch Nicht-Eingriffe sind Entscheidungen“⁹⁸. Stattdessen könnten Politik und Verwaltung aktiv ein neues Rollen- und Aufgabenverständnis der Kommune heraus bilden und etablieren. Wenn beispielsweise der Fokus nicht mehr ausschließlich auf der eigenen Gemeinde liegt, sondern gesehen wird, dass sich in einem regionalen Zusammenschluss viele Herausforderungen anders angehen lassen, dann können neue Freiräume für innovative Lösungen entstehen.

⁹³ Reschl, S. 293

⁹⁴ Reschl, S. 295

⁹⁵ Als Agglomerationsräume definiert der zitierte Landesentwicklungsplan von 2002 die Verdichtungsräume Stuttgart, Rhein-Neckar, Karlsruhe/Pforzheim, Freiburg, Lörrach/Weil, Ulm, Bodenseeraum.

⁹⁶ Deutsches Institut für Urbanistik, S. 26

⁹⁷ Reschl, S. 295

⁹⁸ Mayer, S. 12

2.5 Einfluss der demografischen Entwicklung auf die Güterverteilung zwischen den Generationen

Die dargestellte niedrige Geburtenrate seit den 1960er Jahren und hohe Lebenserwartung führen zu Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur, die das bisherige soziale und demokratische Gleichgewicht ins Wanken bringen. Speziell in Deutschland führt dies aufgrund des sogenannten Generationenvertrags zu großen Schwierigkeiten.

Gleichzeitig ist die Situation der öffentlichen Kassen durch jahrelange Finanzierung von Staatsausgaben durch Schulden und die prozentual sinkende Anzahl an Steuerzahlern angespannt.

Parallel zu diesen finanziell schwierigen Entwicklungen gibt es große Herausforderungen hinsichtlich eines schonenden Umgangs mit den auf der Erde vorhandenen Ressourcen; hier bildet sich erst allmählich das notwendige Bewusstsein in breiten Schichten der Bevölkerung.

Diese Aspekte belasten die heute junge Generation in Zukunft bereits über Gebühr. Geht es aber um politische Entscheidungen – und damit auch die Zukunft – ist genau diese Generation in der Unterzahl und kann rein rechnerisch leicht überstimmt werden. Zwar haben die genannten Dimensionen inzwischen Einzug in die politischen Entscheidungen und Vorgehensweisen gefunden; aber Wahlen werden eben immer noch von der heutigen Generation und nicht der zukünftigen entschieden. Es braucht für den Ausgleich dieser gegenläufigen Tendenzen gesamtgesellschaftlich eine Auseinandersetzung und einen konstruktiven, zukunftsweisenden Umgang.

2.5.1 Ungerechte Lastenverteilung zwischen den Generationen

Die Bertelsmann-Studie zu Generationengerechtigkeit in der alternden Gesellschaft vergleicht den Stand in 29 OECD-Ländern. Deutschland liegt hier im Mittelfeld, auf Rang 13. Als Indikator intergenerationeller Gerechtigkeit wird für die ökonomisch-fiskale Dimension das Ausmaß der allgemeinen Staatsschuld pro Kind heran gezogen. Diese wird als Hypothek für die künftige Generation angesehen; Deutschland schneidet hier mit 267.000 Dollar Staatsschulden pro

unter 15jährigem schlecht ab. Zum Vergleich: Estland hat pro Kind „nur“ 6.400 Dollar Schulden⁹⁹.

Ein weiterer Aspekt der ungleichen Lastenverteilung zwischen den Generationen ist der Generationenvertrag. Dieser geht grundsätzlich davon aus, dass jeder Mensch drei Phasen durchläuft: eine, in der er Leistungen durch die Allgemeinheit empfängt, eine, in der er die gesellschaftlichen Systeme unterstützt und anschließend wieder eine, in der er Unterstützungsleistungen empfängt. In Deutschland ist die gesetzliche Rentenversicherung nach dem Prinzip des Generationenvertrages strukturiert. Entsprechend kommt immer der gerade arbeitende Teil der Bevölkerung für die Rentenzahlungen an den nicht mehr arbeitenden Teil auf¹⁰⁰. Durch die niedrige Geburtenrate geht dieser Generationenvertrag seit Jahrzehnten von falschen Prämissen aus. Es gibt zu wenig Einzahler in die Rentenversicherung und zu viele Rentner. Maßnahmen zur Gegensteuerung erfolgen deutlich langsamer als der demografische Wandel voran schreitet. Das Renteneintrittsalter ist inzwischen angehoben worden und steigt schrittweise auf 67 Jahre; dies entspricht noch keineswegs dem Anstieg der Lebenserwartung: „Als die Rentenversicherung 1913 eingeführt wurde und die Menschen etwa 50 Jahre lang lebten, war die Grenze von 65 Jahren ebenso wenig berechtigt wie heute bei einer Lebenserwartung von etwa 80“¹⁰¹.

Am Beispiel des Renteneintrittsalters lässt sich die ungleiche Lastenverteilung zwischen den Generationen darstellen. Schwentker und Vaupel plädieren für eine Abschaffung des Rentenalters bzw. eine kontinuierliche Anhebung der Altersgrenze nach einer gesetzlich fest gelegten Formel¹⁰².

Aufgrund der politischen Mehrheitsverhältnisse wird sich dies kaum durchsetzen lassen. Interessant ist der Ansatz dennoch, die „jungen Alten“ genauer zu betrachten; denn die gewonnenen Lebensjahre sind in der Regel gesunde, die Phase des körperlichen Verfalls beginnt später. Folglich könnte die Arbeitsphase noch weit länger ausgedehnt werden. Parallel empfehlen die Autoren deutlich

⁹⁹ Schraad-Tischler / Azahaf, S. 5

¹⁰⁰ <http://www.nachhaltigkeit.info> [Zugriff 8.11.2014]

¹⁰¹ Schwentker / Vaupel, S. 7

¹⁰² Schwentker / Vaupel, S.6

flexiblere Arbeitszeitmodelle, allerdings nicht nur für die über 65jährigen. Es geht auch darum, beispielsweise die Generation, die gleichzeitig für ihre Kinder und für ihre Eltern sorgt, über Teilzeitarbeit zeitlich zu entlasten¹⁰³.

Auch die Leistungsbezogenheit ist ein belastbares Kriterium für die Ungleichheit der Lastenverteilung zwischen den Generationen. Diese kann auch negativ bemessen werden, die Bertelsmann-Studie macht dies, indem sie die Kinderarmut und die Altersarmut miteinander vergleicht. „Gesellschaften mit hohen Kinderarmutsraten haben [...] aus intergenerationeller Perspektive ein hohes Gerechtigkeitsdefizit. Wenn die Kinderarmut in einem Land zudem noch deutlich höher ausfällt als die jeweilige Altersarmut, dann ist dieses Gerechtigkeitsdefizit sogar noch höher“¹⁰⁴. Deutschland hat mit 8,3% eine deutlich höhere Kinderarmutsquote als die skandinavischen Länder, hat sich aber insgesamt verbessert; die Altersarmut liegt bei 10,3%¹⁰⁵. Bezüglich der sozialstaatlichen Ausgaben für diese Altersgruppen besteht ebenfalls eine Ungleichbehandlung, wenn auch eine moderate; Deutschland gibt „nur“ 4,2-mal so viel für ältere Menschen wie für jüngere aus. In Schweden, dessen Altersstruktur noch höher ist, sind die Ausgaben für ältere niedriger: „Schweden schafft es also, trotz seiner stark alternden Gesellschaft verhältnismäßig mehr in jüngere zu investieren [...]“¹⁰⁶.

Die Leistungszahlungen des Staates können ein wichtiges Steuerungsinstrument hinsichtlich des demografischen Wandels sein; dies wurde in Kapitel 2.2.1 bereits deutlich, als die erfolgreichen Maßnahmen der ehemaligen DDR zur Steigerung der Geburtenrate angerissen wurden. Gleichzeitig gibt es nicht nur Aktiv-Zahlungen, sondern auch familienentlastende Systematiken, die dazu dienen können, als Staat bestimmtes Handeln von Bürgerinnen und Bürgern zu begünstigen. Die aktuellen Instrumente der Familienpolitik in Deutschland werden als unübersichtlich, teilweise widersprüchlich (Elterngeld,

¹⁰³ Schwentker / Vaupel, S.6

¹⁰⁴ Schraad-Tischler / Azahaf, S. 7

¹⁰⁵ Schraad-Tischler / Azahaf, S. 7

¹⁰⁶ Schraad-Tischler / Azahaf, S. 8

Betreuungsgeld) und ohne klare strategische Ausrichtung diskutiert¹⁰⁷. Als Alternative wird eine Bündelung aller Leistungen beispielsweise in Form eines Familiensplittings statt des bisherigen Ehegattensplittings genannt¹⁰⁸.

2.5.2 Nachhaltigkeit

1987 veröffentlichte die sogenannte Brundtland Kommission im Auftrag der Vereinten Nationen den Report "Unsere gemeinsame Zukunft", in dem erstmals das Konzept der nachhaltigen Entwicklung formuliert wurde. Darin wird die „nachhaltige Entwicklung [definiert als] Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können¹⁰⁹. Damit wird die Begrenzung von Ressourcen gleichermaßen betont wie die Verantwortung für nachfolgende Generationen. „Ein Grundsatz der Nachhaltigkeit lautet, Ressourcen immer nur in dem Umfang zu nutzen, wie sie sich auf natürliche Weise regenerieren können“¹¹⁰. Der Landesjugendring Baden-Württemberg formuliert, es gehe „immer [...] darum, nicht nur gegenwärtigen Bedürfnissen gerecht zu werden, sondern dies so zu tun, dass Entscheidungsspielräume in der Zukunft nicht eingeengt werden. Ohne entsprechende Veränderungen in Politik und Wirtschaft ist dieses Ziel nicht zu erreichen“¹¹¹.

Die Regenerationsfähigkeit von Ressourcen beinhaltet drei Kerndimensionen: die ökologische, die ökonomisch-fiskalische und soziale Aspekte intergenerationeller Gerechtigkeit¹¹².

In finanzieller Hinsicht müssen „Politik und Verwaltung [müssen] sicherstellen, dass [...] jeder ausgegebene Euro auch wieder eingenommen wird“¹¹³. In *Kapitel 2.4.4* wurde bereits der Zusammenhang zur kommunalen Daseinsvorsorge dargestellt – diese kann nicht durch weniger Menschen, die in öffentliche Kassen und soziale Sicherungssysteme einzahlen, für mehr Leistungsempfänger in

¹⁰⁷ vgl. dazu die mediale Rezeption, u.a. in <http://www.wiwo.de/politik/deutschland/kritik-an-familienpolitik-denn-sie-wissen-was-sie-tun/8880056.html> [Zugriff 9.11.2014] oder in <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-01/reaktion-studie-familienpolitik> [Zugriff 9.11.2014]

¹⁰⁸ Mayer, S. 17

¹⁰⁹ <http://www.nachhaltigkeit.info> [Zugriff 8.11.2014]

¹¹⁰ Deutsches Institut für Urbanistik S. 22 f.

¹¹¹ <http://www.ljrbw.de/Zukunftsaehigkeit> [Zugriff 25.11.2014]

¹¹² Schraad-Tischler / Azahaf, S. 4

¹¹³ Deutsches Institut für Urbanistik, S. 22 f.

gleicher Qualität aufgebracht werden. Diese Entwicklung ist nicht überraschend oder neu. In Kapitel 2.2.1 wurde aufgezeigt, dass die Geburtenrate seit Mitte der 1960er Jahre mit weit reichenden Folgen kontinuierlich sinkt. Das kommunale Handeln allerdings ging jahrzehntelang an dieser Realität vorbei. „Das Hauptproblem ist, dass selbst reiche Kommunen lange Zeit auf Kosten der Zukunft gelebt haben. Wir wissen, dass wir uns das nicht mehr leisten können“, so Boris Palmer, Oberbürgermeister in Tübingen¹¹⁴. Die Situation hat sich zugespitzt und ist äußerst herausfordernd. An dieser Stelle sei noch einmal auf die bereits in 2.5.1 eingegangene, internationale Vergleichsstudie von Bertelsmann verwiesen, die Deutschland eine sehr hohe pro-Kind-Verschuldung bescheinigt. Die Folge dieser jahrzehntelangen Vorgehensweise, sich aus der Zukunft Geld für die Gegenwart zu leihen, sind fatal: „Trotz größter Anstrengungen gelingt es vielen Kommunen nicht, die kommunalen Haushalte auszugleichen und die Ausgaben mit den Einnahmen in Deckung zu bringen“¹¹⁵. Als Reaktion nutzen Kommunen inzwischen zunehmend alternative Finanzierungsformen und realisieren Aufgaben gemeinsam mit privaten Partnern¹¹⁶. Gleichzeitig werden die finanziellen Steuerungsinstrumente von Kommunen dahin gehend verändert und verbessert, dass sie Entscheidungsträger in die Lage versetzen, Ausgaben zu reduzieren und die langfristigen finanziellen Auswirkungen ihrer Entscheidungen abzuschätzen¹¹⁷.

Die sozial- und umweltgerechte Gestaltung von Prozessen ist ein weiterer Aspekt von Nachhaltigkeit. Hier geht es um Mobilität, Versorgung, aber auch Gesundheit und Übernahme globaler Verantwortung beispielsweise durch fair gehandelte Konsumgüter. In der ökologischen Dimension misst die Bertelsmann-Studie den sogenannten ökologischen Fußabdruck pro Kopf, der ein Maß dafür ist, was der nachkommenden Generation an negativen ökologischen Folgewirkungen hinterlassen wird. Deutschland liegt hier zwar im vorderen Mittelfeld (mit 4,6 globaler Hektar pro Kopf), kann dies aber nicht durch Biokapazität, also „ökologischen Überschuss“ wieder ausgleichen. „Um sich innerhalb der globalen

¹¹⁴ Deutsches Institut für Urbanistik, S. 22

¹¹⁵ Deutsches Institut für Urbanistik, S. 24

¹¹⁶ Deutsches Institut für Urbanistik, S. 27

¹¹⁷ Deutsches Institut für Urbanistik, S. 27

ökologischen Grenzen zu bewegen und nachfolgende Generationen nicht zusätzlich zu belasten, dürfte der ökologische Fußabdruck nicht höher als 1,8 Hektar pro Person sein¹¹⁸.

Inzwischen gibt es vielerorts zu nachhaltigem Handeln in den Kommunen Initiativen und Ansätze, die von der Ausrichtung der kommunalen Beschaffung an Nachhaltigkeitskriterien bis hin zu definierten Klimazielen, die eine Kommune anstrebt, reicht¹¹⁹. Beispiele sind die Initiative „Kommunen für biologische Vielfalt“¹²⁰, bei der unter anderem Ravensburg Mitglied ist oder die Kampagne „Fairtrade-Towns“, der sich knapp 300 Städte angeschlossen haben¹²¹.

Die verschiedenen Aspekte von Nachhaltigkeit lassen sich einerseits sinnvoll kombinieren, und sind andererseits miteinander verflochten und müssen gut analysiert und abgewogen werden. Maßnahmen zur Energieeinsparung bei öffentlichen Gebäuden können zwar kurzfristig Kosten verursachen; diese amortisieren sich aber durch die niedrigeren Betriebskosten sehr schnell und führen zudem zu einer deutlich besseren Klimabilanz. Insgesamt ist in den Kommunen hier ein Vorgehen, das auf gesicherten Daten sach- und zukunftsorientiert gesteuert wird, angeraten.

2.5.3 Entscheidungsfindungsprozesse und Einfluss der Generationen

Es wurde bereits ausführlich dargestellt, inwiefern die Bevölkerungsstruktur die junge Generation benachteiligt; gleichzeitig ist diese an den meisten politischen Entscheidungsfindungsprozessen erst ab 18 Jahren beteiligt. Es gibt hingegen keine „Altersobergrenze“ für das Wahlrecht. Dies soll hier keineswegs gefordert werden. Vielmehr muss überlegt werden, wie junge Menschen, sei es als Teil ihrer Herkunftsfamilie oder als selbständige Jugendliche, in politische Entscheidungsfindungsprozesse einbezogen werden könnten. Jugendverbände fordern in unterschiedlichen Varianten eine Änderung des Wahlrechts, der Landesjugendring Baden-Württemberg tritt für das Wahlrecht ab 14 Jahren ein, die Katholische Junge Gemeinde in Deutschland spricht sich gar für das

¹¹⁸ Schraad-Tischler / Azahaf, S.7

¹¹⁹ Deutsches Institut für Urbanistik, S. 20 f.

¹²⁰ <http://www.kommbio.de> [Zugriff 8.11.2014]

¹²¹ <http://www.fairtrade-towns.de/> [Zugriff 8.11.2014]

Wahlrecht ab 0 Jahren aus¹²². Die Bertelsmann-Studie konkretisiert diesen Reformvorschlag für das Wahlrecht zugunsten von Kindern bzw. Familien. Sie spricht von sogenannten „Proxy-Stimmen“, wonach jedes Elternteil stellvertretend für jedes seiner nicht-wahlberechtigten Kinder, zusätzlich eine (halbe) Wahlstimme extra ausüben können soll. Dies können ein Anreiz sein für eine stärkere Wahlbeteiligung von Eltern, was zumindest teilweise das zahlenmäßige Missverhältnis von jungen und älteren Menschen bei Wahlen abmildern könne. In Baden-Württemberg waren 2014 bei den Kommunalwahlen erstmals junge Menschen ab 16 Jahren wahlberechtigt¹²³. Die Wahlbeteiligung lag insgesamt bei 49,1%¹²⁴; es gab Kommunen, in denen sich die 16- und 17jährigen überdurchschnittlich beteiligten, wie beispielsweise in Esslingen (53,8%), Freiburg (58%) oder Ulm (52,4%) – die Werte variieren bis zu 28,5% in Reutlingen. „Die Ergebnisse lassen den Trend erkennen, dass durch die vielen Aktivitäten des Bündnisses „Wählen ab 16“ sowie durch gut funktionierende lokale Bündnisse in den drei Kommunen die Thematik der jugendlichen Zielgruppe näher gebracht wurde“¹²⁵. Dies macht deutlich, dass die Kommunen bezüglich der Wahlbeteiligung noch viel Aktivierungsspielraum nicht nur, aber gerade bei jungen Menschen haben.

3 Gemeinde Kohlberg

Die Gemeinde Kohlberg liegt im Landkreis Esslingen am Fuße der schwäbischen Alb, zwischen Nürtingen und Metzingen. Kohlberg ist Teil des Biosphärengebietes Schwäbische Alb. In Kohlberg sind aktuell 2275 Personen gemeldet, damit gilt es mit 518 Einwohnerinnen und Einwohnern pro Quadratkilometer als „gering besiedelt“¹²⁶.

¹²² Neumann, S. 4 f

¹²³ Schraad-Tischler / Azahaf, S. 9

¹²⁴ <http://www.kommunalwahl-bw.de> [Zugriff 8.11.2014]

¹²⁵ <http://www.waehlenab16-bw.de> [Zugriff 8.11.2014]

¹²⁶ Statistisches Bundesamt, Gemeindeverzeichnis Gebietsstand 30.09.2014 (3. Quartal), Erscheinungsmonat September 2014, <https://www.destatis.de> [Zugriff 11.10.2014, 18.10.2014]

Kohlberg wird im Landesentwicklungsplan 2002 dem Verdichtungsraum Stuttgart zugeordnet¹²⁷. Aufgrund des Auftrages für diese Arbeit und der damit erfolgten Selbsteinschätzung der Gemeinde, wird diese in der vorliegenden Arbeit dem ländlichen Raum zugeordnet. Das angrenzende Neuffen zählt zur Randzone um den Verdichtungsraum Stuttgart; eine randständige Lage gilt auch für das deutlich kleinere Kohlberg, dessen Infrastruktur weit schlechter ausgeprägt ist. Zudem muss berücksichtigt werden, dass die Festlegungen im Landesentwicklungsplan bereits vor 12 Jahren gemacht wurden; in den folgenden Darlegungen wird die Veränderung in Kohlberg deutlich, in der die sowohl Bevölkerung als auch infrastrukturelle Versorgung zurück gegangen sind und den ländlichen Charakter von Kohlberg verstärken.

Die Gemeinde Kohlberg wird im Folgenden in ihrer demografischen Entwicklung dargestellt und mit den umliegenden Gemeinden, teilweise auch mit Baden-Württemberg verglichen. So können die einzelnen Daten bewertet und analysiert werden, vor allem hinsichtlich möglicher Handlungsschritte.

3.1 Bevölkerungsstruktur

Die Einwohnerzahl ist bis zum Jahr 2000 auf den Höchststand von 2291 angestiegen. Die in Tabelle X dargestellte Verteilung der Altersgruppen zeigt eine deutliche Alterung der Bevölkerung. Waren 1970 etwa 36% der Einwohner über 40 Jahre und knapp 11% über 65, so waren 2012 56% über 40 Jahre alt, und wiederum bereits über 20% über 65 Jahre.

Jahr	Insgesamt	unter 15 Jahre	15- 18	18- 25	25- 40	40- 65	65 und älter	bis 40 Jahre	über 40 Jahre
1970	1794	488	58	182	419	451	196	1147	647
1980	2106	492	115	214	420	588	277	1241	865
1990	2225	365	91	257	495	712	305	1208	1017
2000	2291	401	85	173	528	765	339	1187	1104
2012	2275	352	72	184	382	825	460	990	1285

*Tabelle 6: Bevölkerung nach Altersgruppen*¹²⁸

¹²⁷ Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg, Landesentwicklungsplan, 2002, Anhang 3

¹²⁸ Eigene Darstellung nach: Statistisches Landesamt, Regionaldaten, <http://www.statistik-bw.de/>
[Zugriff 10.11.2014]

Auch das Durchschnittsalter der Bevölkerung war im Jahr 1995 noch bei 39,1 (Männer 37, Frauen 41,2), im Jahr 2012 bei 42,9 (Männer 41,2, Frauen 44,5)¹²⁹.

Es lässt sich also feststellen, dass der dargestellte demografische Wandel auch die Gemeinde Kohlberg trifft und zu einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung führt.

Die Bevölkerungsentwicklung der umliegenden Gemeinden verlief ähnlich; in der Tabelle sind jeweils die Jahre mit dem Bevölkerungshöchststand markiert; es ist deutlich, dass lediglich Beuren seit 2000 einen Zuwachs hat.

Bevölkerungsentwicklung							
Jahr	Kohlberg	Neuffen	Beuren	Frickenhausen	Erkenbrechtswiler	Nürtingen	Landkreis Esslingen gesamt
2000	2291	6029	3331	8829	2173	39299	500666
2005	2321	6231	3401	8847	2133	40486	514245
2010	2277	6164	3359	8760	2102	40364	514830
2012	2275	6104	3452	8693	2080	39755	508577

Tabelle 7: Vergleich der Wanderungssaldi¹³⁰

3.1.1 Fertilitätsrate und Mortalitätsrate

In Tabelle X sind die Geburten- und Sterbezahlen gegenüber gestellt. Die Geburtenrate ist relativ konstant, die Sterberate ist eher steigend; die Fallzahlen sind aber hier zu klein, um eine Tendenz ablesen zu können.

Jahr	Lebendgeborene	Gestorbene	Geburtenüberschuss (+) bzw. –defizit (-)
1975	28	14	+14
1980	24	20	+4
1990	28	9	+19
2000	23	28	-5
2012	26	14	+12

Tabelle 8: Lebendgeborene und Gestorbene¹³¹

¹²⁹ <http://www.statistik-bw.de/> [Zugriff 15.11.2014]

¹³⁰ Eigene Darstellung nach: Statistisches Landesamt, Regionaldaten, <http://www.statistik-bw.de/> [Zugriff 16.11.2014]

¹³¹ Eigene Darstellung nach: Statistisches Landesamt, Regionaldaten, <http://www.statistik-bw.de/> [Zugriff 10.11.2014]

3.1.2 Wanderungen

Die Betrachtung der Wanderungen machen deutlich, dass sich das Verhältnis von Zuzügen zu Fortzügen negativ entwickelt; seit 2007 ziehen mehr Einwohner aus Kohlberg weg als hin. In Verbindung mit der steigenden Sterberate und der konstanten Geburtenrate kann so die Schrumpfung der Kohlberger Bevölkerung erklärt werden.

Jahr	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo
1975	93	92	+1
1980	127	90	+37
1990	117	107	+10
2000	175	132	+43
2005	131	121	+10
2006	131	146	-15
2007	135	135	0
2008	105	138	-33
2009	131	155	-24
2010	101	114	-13
2011	110	137	-27
2012	133	141	-8

*Tabelle 9: Entwicklung des Wanderungssaldos*¹³²

Das negative Wanderungssaldo gewinnt an Brisanz, wenn es mit den Wanderungssaldi der umliegenden Gemeinde und Mittelzentren verglichen wird. In *Tabelle X* sind die Felder mit negativem Wanderungssaldo rot unterlegt; es wird deutlich, dass Kohlberg hier vor allem in den letzten beiden Vergleichsjahren mehr Abwanderungen als Zuzüge zu verzeichnen hat; die Fallzahlen sind sicher zu klein, um von einem Trend zu sprechen, aber es ist festzuhalten, dass keine der anderen Gemeinden dieses Phänomen verkraften muss. Zumal dieser Befund der Analyse der ireus-Studie entspricht, die konstatiert, „[...] dass der demografische Wandel vor allem kleinere Gemeinden ohne leistungsfähige Infrastruktur mit einer forcierten Schrumpfung ihrer Bevölkerungsbasis konfrontiert [...]“¹³³.

¹³² Eigene Darstellung nach: Statistisches Landesamt, Regionaldaten, <http://www.statistik-bw.de/> [Zugriff 10.11.2014]

¹³³ Siedentop / Junesch / Uphues, S. 64

Wanderungssaldi							
Jahr	Kohlberg	Neuffen	Beuren	Frickenhausen	Erkenbrechtsweiler	Nürtingen	Landkreis Esslingen gesamt
2000	+ 43	+ 29	+ 31	+ 7	+ 4	+ 255	+ 1 969
2005	+ 10	- 17	+ 43	- 28	- 10	+ 157	+ 794
2010	- 13	- 32	+ 24	- 14	- 9	+ 72	+ 574
2012	- 8	+ 34	+ 60	+ 91	+ 26	+ 276	+ 3 803

Tabelle 10: Vergleich der Wanderungssaldi¹³⁴

Interessant ist an dieser Stelle, sich die Wanderungsbewegungen einerseits gemäß der ireus-Studie detaillierter nach Altersgruppen anzuschauen. Die Studie formuliert einerseits Besonderheiten für die 18- bis 25jährigen. Die Autoren kommen zu dem Schluss, „[...] dass vor allem die Zentren der Verdichtungsräume im ländlichen Raum und Gebiete um Standorte von Hochschulen (Fachhochschulen, Dualen Hochschulen) und privaten Bildungseinrichtungen einen positiven Wanderungssaldo bei dieser Altersgruppe verzeichnen“¹³⁵. Um die Werte einschätzen zu können, wurden die Zahlen der Nachbarorte als Vergleichswerte heran gezogen¹³⁶.

Jahr	Kohlberg	Neuffen	Beuren	Frickenhausen	Erkenbrechtsweiler	Nürtingen
2003	41,3 %	41,2 %	41,4 %	32,2 %	47,1 %	40,2 %
2005	26,2 %	39,3 %	47,9 %	35,3 %	21,7 %	39,9 %
2007	38 %	36,3 %	41,7 %	36,4 %	40,3 %	39,5 %
2009	35,3 %	37,6 %	45,5 %	44 %	34,1 %	41,2 %
2011	26,1 %	42,1 %	19 %	33,7 %	31,1 %	44,2 %
2012	56,3 %	43,6 %	50 %	37,9 %	29,9 %	43,8 %

Tabelle 11: Bildungswanderungen (Anteil der 18- bis 25jährigen, die fortgezogen sind)¹³⁷

Grün sind jeweils die Felder mit der niedrigsten Abwanderung markiert; rot entsprechend die Gemeinden mit dem höchsten Abwanderungsanteil. Es wird deutlich, dass die Problematik in Beuren offensichtlich noch verschärft ist und

¹³⁴ Eigene Darstellung nach: Statistisches Landesamt, Regionaldaten, <http://www.statistik-bw.de/> [Zugriff 16.11.2014]

¹³⁵ Siedentop / Junesch / Uphues, S. 75

¹³⁶ Die Familienwanderungen werden unter 3.1.3 näher betrachtet.

¹³⁷ Eigene Berechnung basierend auf den Daten des Statistisches Landesamtes, Regionaldaten, <http://www.statistik-bw.de/> [Zugriff 16.11.2014]

dass Erkenbrechtsweiler den Trend wohl abzumildern in der Lage ist. Kohlberg hatte im Jahr 2012 den höchsten Prozentsatz an Fortzügen in der Altersgruppe, die für die Bildungswanderung als Indikator heran gezogen wird. Die großen Unterschiede zwischen den Jahrgängen sind den relativ kleinen Fallzahlen zuzurechnen, so bestand die ganze Altersstufe 2011 in Kohlberg aus insgesamt 22 Personen, 2012 waren es 35. Deutlich wird jedenfalls die tendenziell steigende Zahl an Bildungswanderern, vor allem, wenn die Zahlen mit dem Mittelzentrum Nürtingen verglichen werden; die dortige Infrastruktur ist deutlich besser als die in Kohlberg bzw. ist für die Kohlberger Bevölkerung teilweise die nächst erreichbare Möglichkeit. Es ist zu vermuten, dass negative Entwicklungen von Nürtingen zusätzlich Strahlkraft für die umliegenden Gemeinden haben. Bedauerlicherweise stellt das Statistische Landesamt keine Daten für die Wanderungen nach Altersgruppen für das ganze Bundesland zur Verfügung, so dass die Zahlen der Gemeinden nicht in einen landesweiten Vergleich gestellt werden können.

3.1.3 Familienwanderungen

Die Daten lassen sich noch weiter aufschlüsseln; wenn man die Einwohner zusammenzählt, die zwischen 25 und 40 Jahre alt sind und damit in der Phase der Familiengründung, wird deutlich, dass diese Zahl drastisch zurück geht. Es sind im Jahr 2012 nur noch 382 und damit über 100 Personen weniger in dieser Altersgruppe als noch 1990 (495) ¹³⁸.

Analog zur oben dargestellten Bildungswanderung können auch die Daten zur Familienwanderung im Vergleich mit den umliegenden Gemeinden analysiert werden.

¹³⁸ <http://www.statistik-bw.de/> [Zugriff 10.11.2014]

Jahr	Kohlberg	Neuffen	Beuren	Frickenhausen	Erkenbrechtsweiler	Nürtingen
2003	42,4 %	43,7 %	53 %	44,4 %	38,4 %	52,6 %
2005	37,8 %	46,2 %	43,7 %	43,4 %	40,1 %	58,1 %
2007	47,6 %	44,2 %	54,2 %	50,9 %	36,8 %	56,5 %
2009	53,3 %	38,8 %	48,2 %	52,3 %	40,4 %	58,3 %
2011	47,9 %	49,8 %	57,9 %	50,8 %	43,8 %	53,8 %
2012	46,9 %	57,2 %	70,2 %	47,1 %	32,6 %	54,6 %

Tabelle 12: Familienwanderungen – Fort- und Zuzüge der 25- bis unter 50jährigen¹³⁹

Die farbliche Systematik erfolgt der in 3.1.2 dargestellten; deutlich wird hier, dass Beuren und Nürtingen besonders stark von Familienabwanderungen betroffen sind und dass auch hier Erkenbrechtsweiler besonders positiv auffällt.

3.2 Wohnsituation

3.2.1 Belegungsdichte

Die aktuelle Einwohnerzahl (2275) ist bereits wieder rückläufig. Anhand der Haushaltsgröße wird deutlich, dass sich eine sogenannte Wohlstandsauflockerung vollzogen hat. Gleichzeitig hat die Bevölkerungsdichte zwischen 1961 und 2006 deutlich zugenommen (um 184 Personen je Quadratkilometer). An diesen Indikatoren wird deutlich, dass in den vergangenen Jahrzehnten viel zusätzlicher Wohnraum in Kohlberg entstanden ist.

Jahr	Einwohner /-innen	Anzahl Haushalte	Bevölkerungsdichte (Einwohner /-innen je Quadratkilometer) (Vergleichswert Land)	Haushaltsgröße (Vergleichswert Land)
1961	1504	495	343 (217)	3,0 (2,9)
1970	1794	585	409 (250)	3,0 (2,8)
1987	2119	788	483 (260)	2,7 (2,4)
2006	2314	945	527 (200)	2,4 (2,2)

Tabelle 13: Wohlstandsverdichtung in Kohlberg¹⁴⁰

¹³⁹Eigene Berechnung basierend auf den Daten des Statistisches Landesamtes, Regionaldaten, <http://www.statistik-bw.de/> [Zugriff 16.11.2014]

¹⁴⁰ Eigene Darstellung nach: Statistisches Landesamt, Regionaldaten, <http://www.statistik-bw.de/> [Zugriff 10.11.2014]

3.2.2 Bisherige Strategie zur Abdeckung des Wohnbedarfs

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden in Kohlberg immer wieder Baugebiete ausgewiesen und kostengünstige Bauplätze zur Verfügung gestellt; nach der Währungsreform im Gewann "Hardt"; die Unterstützung ging soweit, „dass der Kaufpreis und das Geld für Bauholz [...] bei der Gemeinde gestundet und [...] in günstigen Raten zurückbezahlt werden konnte“¹⁴¹.

Für die Gemeinde Kohlberg war seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges das Thema „Neubaugebiete“ dominierend; summiert man die genannten Zahlen in der Selbstdarstellung der Gemeinde zusammen, kommt man auf die Erschließung von etwa 500 Bauplätzen seit den 1950er Jahren¹⁴². Zuletzt wurde das Baugebiet „Im Grund II“ ausgewiesen. In der nichtöffentlichen Sitzung des Kohlberger Gemeinderates am 17. November 2014 wurde die bauliche Weiterentwicklung bis zum Jahr 2030 beschlossen; es sollen im Wohngebiet „Im Grund“ weitere Wohnflächen ausgewiesen werden, „um Kohlberg für junge Familien attraktiv zu machen“¹⁴³. Allerdings ist mit diesem Gebiet das Potenzial an Entwicklung von neuen Flächen an den Ortsrändern erschöpft, eine weitere Außenentwicklung ist nicht möglich¹⁴⁴. Hochstetter (2013) untermauert diese Einschätzung: „Vor allem für kleine Gemeinden in ländlich geprägten Gebieten gilt es [...] mit der Ausweitung des Wohnraumangebots in peripheren Lagen, die zudem auf Kosten des Ortskerns gehen könnte, zurückhaltend umzugehen“¹⁴⁵.

Die Vorgehensweise der Schaffung neuer Baugebiete lässt sich an der stetig steigenden Anzahl von Wohngebäuden ablesen, die von 708 im Jahr 2001 auf 732 im Jahr 2012 anstieg. Die dargestellte Wohlstandsverdichtung lässt sich auch an *Tabelle 14* ablesen, einer tendenziell sinkenden Bevölkerungszahl steht eine steigende Zahl von Wohnungen und Räumen zur Verfügung.

¹⁴¹ <http://www.kohlberg-wuerttemberg.de/> [Zugriff 11.11.2014]

¹⁴² <http://www.kohlberg-wuerttemberg.de/> [Zugriff 11.11.2014]

¹⁴³ Mitteilungsblatt Kohlberg Nummer 47 vom 21.11.2014, S. 2

¹⁴⁴ Telefonische Auskunft von Sylvia Zagst, Leiterin der Finanzverwaltung der Gemeinde Kohlberg, am 12.11.2014

¹⁴⁵ Hochstetter 1, S. 18

Jahr	Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen	Räume
2001	2297	708	969	4972
2004	2306	735	999	5157
2007	2322	740	1006	5213
2010	2277	727	1011	5394
2012	2275	732	1015	5425

Tabelle 14: Wohngebäude, Wohnungen, Räume ¹⁴⁶

3.3 Wirtschaftliche Situation, Arbeitsmarkt und arbeitsmarktnahe Infrastruktur

3.3.1 Steueraufkommen

Die Gemeinde Kohlberg hatte die letzten Jahre kontinuierlich ansteigende Steuereinnahmen in allen Hauptsteuerarten.

Jahr	Grundsteuer (baulich) in €	pro EW in €	Gewerbesteuer in €	pro EW in €	Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer in €	pro EW in €	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer in €	pro EW in €
2001	203 000 =>	90	291 000 =>	128	935 000 =>	412	39 000 =>	17
2004	233 000 =>	101	127 000 =>	55	817 000 =>	353	39 000 =>	17
2007	269 000 =>	117	434 000 =>	188	1 017 000 =>	441	46 000 =>	20
2010	274 000 =>	120	164 000 =>	71	990 000 =>	431	52 000 =>	22
2012	294 000 =>	130	536 000 =>	236	1 162 000 =>	512	61 000 =>	27

Tabelle 15: Steueraufkommen, das in der Gemeinde Kohlberg verbleibt ¹⁴⁷

Vergleicht man die Steuereinnahmen des Jahres 2013 mit anderen Gemeinden im Land Baden-Württemberg, so fällt auf, dass Kohlberg pro Einwohner/-in in der Gewerbesteuer (187 €) deutlich unter dem Landesdurchschnitt liegt (dieser ist bei 489 € pro Einwohner). Ähnliches gilt für die Umsatzsteuer, hier liegt der Gemeindeanteil bei 28 € pro Einwohner/-in, im Landesdurchschnitt ist dieser Anteil fast doppelt so hoch bei 54 € pro Einwohner. Allerdings verdienen die Kohlberger Einwohner/-innen überdurchschnittlich gut, der Gemeindeanteil an

¹⁴⁶ Eigene Darstellung nach: Statistisches Landesamt, Regionaldaten, <http://www.statistik-bw.de/> [Zugriff 15.11.2014]

¹⁴⁷ Eigene Darstellung nach: Statistisches Landesamt, Regionaldaten, <http://www.statistik-bw.de/> [Zugriff 15.11.2014]

der Einkommenssteuer liegt bei 545 € pro Einwohner/-in, der Landesdurchschnitt beträgt 472 € pro Einwohner/-in¹⁴⁸. Damit ist die Einnahmesituation der Kohlberger Kommune im Landesvergleich überdurchschnittlich stark vom Einkommen der Bewohner/-innen abhängig.

Um den Einfluss kommunaler Faktoren und regionaler Faktoren differenzierter zu betrachten, macht es Sinn, auch hier den Vergleich mit den Nachbargemeinden anzustellen; aufgrund des Einflusses der Größe wird hier Erkenbrechtsweiler heran gezogen, dass ähnlich viele Einwohner/-innen wie Kohlberg hat.

Jahr	Kohlberg Grundsteuer (baulich)pro EW in €	Erkenbrechtsweiler Grundsteuer (baulich) pro EW in €	Kohlberg Gewerbesteuer pro EW in €	Erkenbrechtsweiler Gewerbesteuer pro EW in €
2001	90	94	128	15
2004	101	98	55	96
2007	117	127	188	142
2010	120	130	71	14
2012	130	138	236	27

Tabelle 16 a: Vergleich von Kohlberg mit Erkenbrechtsweiler hinsichtlich des Steueraufkommens, das in der Gemeinde verbleibt¹⁴⁹

Hier wird deutlich, dass Kohlberg hinsichtlich der Grundsteuer leicht hinter Erkenbrechtsweiler zurück liegt, dafür aber über die Jahre hinweg deutlich bessere Gewerbesteuereinnahmen verbuchen konnte. Hier scheint es sich folglich nicht um einen regionalen, sondern um einen lokalen Faktor zu handeln.

Jahr	Kohlberg Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer pro EW in €	Erkenbrechtsweiler Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer pro EW in €	Kohlberg Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer pro EW in €	Erkenbrechtsweiler Gemeindeanteil an an der Umsatzsteuer pro EW in €
2001	412	346	17	18
2004	353	322	17	18
2007	441	421	20	22
2010	431	404	22	22
2012	512	488	27	23

Tabelle 16 b: Vergleich von Kohlberg mit Erkenbrechtsweiler hinsichtlich des Steueraufkommens, das in der Gemeinde verbleibt¹⁵⁰

¹⁴⁸ <http://www.statistik-bw.de/> [Zugriff 15.11.2014]

¹⁴⁹ Eigene Berechnung nach: Statistisches Landesamt, Regionaldaten, <http://www.statistik-bw.de/> [Zugriff 15.11.2014]

¹⁵⁰ Eigene Berechnung nach: Statistisches Landesamt, Regionaldaten, <http://www.statistik-bw.de/> [Zugriff 15.11.2014]

Die oben beim Landesvergleich dargestellte Vermutung bestätigt sich hier, über die Jahre hinweg ist der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer in Kohlberg höher als in Erkenbrechtsweiler, allerdings liegt er auch dort über dem Landesschnitt. Bezüglich der Umsatzsteuer haben die Gemeinden ebenfalls Einnahmen auf einem vergleichbaren Niveau.

Bis auf die Gewerbesteuer scheinen die Unterschiede im Landesvergleich sich entsprechend nicht auf die Kommune, sondern auf die regionale Lage zu beziehen.

3.3.2 Wirtschaftsraum Nürtingen

Regional bildet Kohlberg gemeinsam mit den Nachbargemeinden und der nahen Stadt Nürtingen den "Gewerbebezweckverband Wirtschaftsraum Nürtingen".

Insgesamt haben sich hier neun Städte und Gemeinden zusammen geschlossen¹⁵¹.

Ziel ist es, durch die Zusammenarbeit für alle Gemeinden „zukunftsfähige Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zur Sicherung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen“ zu schaffen¹⁵².

Im Zweckverband bzw. auch im Landkreis Esslingen sind die Gemeinden Frickenhausen, Neuffen, Beuren, Kohlberg und Erkenbrechtsweiler mit Grundstückspreisen für Gewerbegrundstücke von 75,00 €/m² bis 130,00 €/m² am günstigsten. Vergleicht man die Preise mit anderen Gemeinden, beispielsweise Nürtingen, das zwischen 135,00 €/m² und 220,00 €/m² liegt, oder aber die nahen Gemeinden Dettingen, Owen, Bissingen und Lenningen, die ebenfalls ländlich geprägt sind, mit 120,00 €/m² bis 155,00 €/m², wird deutlich, dass Kohlberg im Landkreis ein Schlusslicht darstellt. Scheinbar gibt es keinen günstigeren – und das bedeutet in diesem Fall – unattraktiveren Standort für eine Gewerbeansiedlung im Landkreis als Kohlberg und seine direkten Nachbarn¹⁵³.

¹⁵¹ Beuren, Frickenhausen, Großbettlingen, Kohlberg, Neuffen, Nürtingen, Oberboihingen, Unterensingen, Woflschlugen; s. auch <http://www.wirtschaftsraum-nuertingen.de/daten-und-fakten/regionale-grundstueckspreise/> [Zugriff 9.11.2014]

¹⁵² <http://www.wirtschaftsraum-nuertingen.de/daten-und-fakten/regionale-grundstueckspreise/> [Zugriff 9.11.2014]

¹⁵³ <http://www.wirtschaftsraum-nuertingen.de/daten-und-fakten/regionale-grundstueckspreise/> [Zugriff 9.11.2014]

3.3.3 Betriebe in Kohlberg

Die Anzahl der Betriebe in Kohlberg, die in der Produktion tätig sind, sind nach den Angaben des statistischen Landesamtes sehr gering.

Jahr	Betriebe verarbeitendes Gewerbe	Beschäftigte verarbeitendes Gewerbe	Umsatz verarbeitendes Gewerbe (in 1000 EUR)
1995	3	138	14 531
2000	5	305	25 416
2005	5	294	32 060
2008	5	339	39 333
2010	4	288	34383
2011	3	¹⁵⁴	
2012	4		

Tabelle 17: Betriebe, Beschäftigte und Umsatz¹⁵⁵

Ein Vergleich des Jahres 2011 mit den Nachbargemeinden ergibt, dass es in Beuren 2012 zwei verarbeitende Betriebe gab, in Erkenbrechtsweiler drei, in Neuffen vier, also alle im vergleichbaren Bereich; Frickenhausen sticht ein wenig in der Reihe heraus, hier gab es 2012 15 Betriebe im verarbeitenden Gewerbe. Für das Handwerk liegt als jüngste Zahl die vom Jahr 1995 vor, die nicht mehr aussagekräftig für die heutige Situation ist, aber dennoch als Vergleichsrahmen dienen kann: so waren es 1995 35 Betriebe im Handwerk mit insgesamt 267 Beschäftigten¹⁵⁶. Die Zahlen für das sogenannte Bauhauptgewerbe sind relativ konstant, vier Betriebe mit etwa 30 Beschäftigten und Umsatz in Höhe von 3 Millionen Euro¹⁵⁷. Die Zahlen verdeutlichen, dass das Handwerk dominiert, vor allem in Relation zur absoluten Anzahl Beschäftigter. Gleichzeitig wird durch die Vergleiche mit den umliegenden Gemeinden die Abhängigkeit Kohlbergs von der regionalen Lage sichtbar.

¹⁵⁴ Die Beschäftigtenzahl sowie der Umsatz für die Jahre 2011 und 2012 werden vom statistischen Landesamt mit Stand 15.11.2014 nicht zur Verfügung gestellt; die Jahre sind aber aufgrund der Anzahl der Betriebe aufgeführt.

¹⁵⁵ Eigene Darstellung nach: Statistisches Landesamt, Regionaldaten, <http://www.statistik-bw.de/> [Zugriff 15.11.2014]

¹⁵⁶ <http://www.statistik-bw.de/> [Zugriff 15.11.2014]

¹⁵⁷ <http://www.statistik-bw.de/> [Zugriff 15.11.2014]

3.3.4 Beschäftigungsstruktur am Wohnort

Das statistische Landesamt hat für die Gemeindeebene nur die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Auszubildenden am Wohnort erfasst; etwa 75-80% aller Erwerbstätigen zählen zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, beispielsweise Selbstständige, Beamte, unbezahlt mithelfende Familienangehörige und geringfügig Beschäftigte¹⁵⁸.

Jahr	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt	davon Frauen (in %)	ohne abgeschlossene Ausbildung (in %)	mit abgeschlossener Lehre oder Anlernausbildung (in %)	mit Fachhochschul- oder Universitätsabschluss (in %)	Auszubildende	Arbeitslose
1999	870	349 (40,1)	179 (22)	578 (72)	49 (6)	47	
2005	872	384 (44)	150 (18,5)	597 (73,4)	66 (8,1)	34	49
2010	899	375 (41,7)	152 (18,9)	570 (70,9)	82 (10,2)	61	37

Tabelle 18: Beschäftigungsstruktur¹⁵⁹

In Kohlberg gibt es weniger Beschäftigte ohne Ausbildung (2011 im Landesdurchschnitt 19,8%), aber auch weniger Beschäftigte mit Fachhochschul- oder Universitätsabschluss (2011 in Baden-Württemberg insgesamt 13,5%) als insgesamt im Land. Der erste Wert ist dabei erfreulich, der zweite Anteil nicht. Er zeigt, dass die Gemeinde noch nicht gut auf den Wandel von der Produktions- zur Wissensökonomie vorbereitet ist (siehe 2.4.3). Diese Zahlen korrespondieren darüber hinaus mit der hohen Anzahl an Beschäftigten im Handwerk.

Die Zahl der Beschäftigten insgesamt steigt eher an, die Zahl der Auszubildenden schwankt stark.

Arbeitslosigkeit ist in Kohlberg ein vergleichsweise geringes Problem, eine Quote auszurechnen, ist an dieser Stelle schwierig, weil keine Zahlen über die Erwerbsfähigkeit der Bevölkerung in Kohlberg vorliegen. Setzt man die Arbeitslosen ins Verhältnis zu den Einwohnern über 18 und unter 65 Jahren

¹⁵⁸ Siedentop / Junesch / Uphues, S. 24

¹⁵⁹ Eigene Darstellung nach: Statistisches Landesamt, Regionaldaten, <http://www.statistik-bw.de/> [Zugriff 15.11.2014]

(1458), kommt man 2005 in Kohlberg auf 3,36 % Arbeitslose, während der gleiche Quotient in Baden-Württemberg bei 5,71 % (6 742 641 Einwohner zwischen über 18 und unter 65 im Verhältnis zu 385 271 Arbeitslose) lag¹⁶⁰.

	Kohlberg	Erken- brechtsweiler	Beuren	Neuffen	Fricken- hausen	Nürtingen	Landkreis Esslingen
2013	41,5 %	44,2 %	43,9 %	44,4 %	43,9 %	44,7 %	45 %

Tabelle 19: Anteil der Frauen an den Beschäftigten am Wohnort¹⁶¹

Der Frauenanteil unter den Beschäftigten lag 2013 in Baden-Württemberg insgesamt bei 45,5%. Der Anteil in Kohlberg ist unterdurchschnittlich, auch im Vergleich zu den umliegenden Gemeinden und dem Landkreis Esslingen. Im Sinne des demografischen Wandels weist dieser Umstand auf ein noch erschließbares Potenzial hin.

3.3.5 Pendler

Unter 3.3.1 wurde bereits dargestellt, dass die Einkommenssteuer in Kohlberg über dem Landesdurchschnitt liegt und gleichzeitig die Gewerbe- und Umsatzsteuer vergleichsweise gering ausfallen. Das spricht für eine hohe Pendlerquote in Kohlberg.

Jahr	sozialversicherungs- pflichtig Beschäftigte am Arbeitsort	sozialversicherungs- pflichtig Beschäftigte am Wohnort	Berufseinpender über die Gemeindegrenze	Berufsauspendler über die Gemeindegrenze
2000	414	870	281	737
2005	569	872	454	757
2008	624	881	516	771
2012	707	875	616	784

Tabelle 20: Ein- und Auspendler¹⁶²

¹⁶⁰ Eigene Berechnung, basierend auf den Angaben des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg, <http://www.statistik-bw.de/> [Zugriff 15.11.2014]

¹⁶¹ Eigene Darstellung nach: Statistisches Landesamt, Regionaldaten, <http://www.statistik-bw.de/> [Zugriff 23.11.2014]

¹⁶² Eigene Darstellung nach: Statistisches Landesamt, Regionaldaten, <http://www.statistik-bw.de/> [Zugriff 15.11.2014]

Die Zahlen verdeutlichen, dass vor allem die Berufseinpender über die Gemeindegrenze deutlich ansteigen, folglich gibt es immer mehr Arbeitsplätze in Kohlberg, die für andere attraktiv sind, nicht jedoch in gleichem Maße für die Einwohnerinnen und Einwohner in Kohlberg. Die im Vergleich dazu relativ konstante Zahl an Berufauspendlern könnte im Zusammenhang zum dargestellten eher geringen Qualifikationsniveau der Kohlberger Bevölkerung stehen.

3.4 Erreichbarkeit der Infrastruktur

In der ireus-Studie wird betont, wie sehr die demografische Entwicklung eines Raumes von Einrichtungen der Infrastruktur abhängen bzw. davon, wie gut diese erreichbar sind. Es geht folglich nicht ausschließlich darum, womit eine Gemeinde direkt ausgestattet ist, sondern wie gut Infrastruktureinrichtungen erreichbar sind. „Erreichbarkeit wird [...] definiert als Maß für die Zugänglichkeit von Aktivitätsgelegenheiten“¹⁶³. Dabei werden Dienstleistungen zur Versorgung der Wohnbevölkerung als zentraler Standortvorteil gesehen. Darüber hinaus gilt die Erreichbarkeit von Bildungseinrichtungen und Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge als relevant; die letztgenannten haben zwar keinen Einfluss auf die Wohnortwahl, beeinflussen aber beispielsweise das Bildungsniveau der Bevölkerung und ihre Gesundheit.

Als entscheidend für die Ansiedlung von Unternehmen werden die Erreichbarkeit des Autobahnnetzes sowie eines Knotenpunkts des Schienenverkehrs genannt. Zudem hat die elektronische Erreichbarkeit im Sinne verfügbarer Informations- und Kommunikationstechnologien an Bedeutung gewonnen¹⁶⁴. Die Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen wurde unter 3.3 erläutert.

Durch die dargestellte Ausweisung von Baugebieten und dem damit verbundenen jahrzehntelangen Bevölkerungszuwachs war eine Anpassung der Infrastruktur notwendig: „Durch das Anwachsen der Einwohnerzahl und die bald auch steigenden Ansprüche waren die zur Infrastruktur zählenden öffentlichen Einrichtungen wie Schule, Kindergarten, Wasserversorgung, Friedhof usw. in keiner Hinsicht mehr ausreichend und bedurften, nachdem keine

¹⁶³ Siedentop / Junesch / Uphues, S. 77

¹⁶⁴ Siedentop / Junesch / Uphues, S. 77 f

Erweiterungsmöglichkeiten bestanden und sinnvoll waren, eines Neubaus oder einer Neuanlage und Verlegung“¹⁶⁵.

Insgesamt werden dem ländlichen Raum hinsichtlich der Erreichbarkeit von Infrastruktureinrichtungen Standortnachteile zugeschrieben. Einrichtungen konzentrieren sich in zentralen Orten, Bevölkerungsrückgang und Kostendruck im Gesundheitswesen und in der Vorhaltung öffentlicher Dienstleistungen führen zu einem reduzierten Angebot in ländlichen Gemeinden zugunsten einer zentralisierten Verfügbarkeit¹⁶⁶.

Die Autoren der ireus-Studie haben ein Erreichbarkeitsmodell entwickelt, das auf den Reisezeiten mit dem PKW basiert¹⁶⁷. Hierfür wurden für die Themenbereiche Bildung, Verkehr, Gesundheit und Elektronische Erreichbarkeit¹⁶⁸ Indikatoren benannt, an denen sich die folgende Analyse orientiert¹⁶⁹.

3.4.1 Bildung und Betreuung

In Kohlberg gibt es eine Grundschule, die weiterführenden Schulen sind alle in Nürtingen, das sieben Kilometer entfernt liegt. Damit ist der PKW-Anfahrtsweg im Mittelbereich zwischen 10 und 15 Minuten, was nicht als Erreichbarkeitsdefizit gilt¹⁷⁰.

Die Hochschulen liegen innerhalb zumutbarer PKW-Anfahrtszeiten von 15 Minuten (Nürtingen), 36 Minuten (Esslingen), 21 Minuten (Reutlingen), 31 Minuten (Tübingen) und 43 Minuten (Stuttgart). Die unter 3.1.2 dargestellte Bildungswanderungstendenz zeigt, dass Kohlberg hier tatsächlich gute Bedingungen hat.

Die Zahl der Ausbildungsplätze in Kohlberg ist die letzten Jahre wieder gestiegen und verläuft damit insgesamt konstant – im Jahr 2000 waren es 49

¹⁶⁵ <http://www.kohlberg-wuerttemberg.de/> [Zugriff 11.11.2014]

¹⁶⁶ Meth, 2002, S. 5, zitiert nach Siedentop / Junesch / Uphues, S. 77

¹⁶⁷ In dieser Arbeit wurde für die PKW-Entfernungen der Routenplaner von www.google.de/maps zugrunde gelegt; für Kohlberg wurde jeweils das Rathaus als Ausgangspunkt genommen, für die Ziele die verfügbare, offizielle Adresse-

¹⁶⁸ Für Arbeitsplätze wird als Indikator die entfernungsgewichtete Anzahl erreichbarer Arbeitsplätze innerhalb von 120 Minuten berechnet; allerdings ist dies für die vorliegende Arbeit zu komplex, bzw. die dargestellte Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen erscheint ausreichend

¹⁶⁹ Siedentop / Junesch / Uphues, S. 78

¹⁷⁰ Siedentop / Junesch / Uphues, S. 78

Ausbildungsplätze, 2005 dagegen nur 34 und bis 2010 ist die Zahl auf 61 angestiegen¹⁷¹.

Bildung und Betreuung überschneiden sich vor allem im Kleinkindalter. In Kohlberg gibt es zwei kommunale Kindergärten; die Gemeinde nutzt den Tageselternverein Kreis Esslingen e.V., dessen Büro in Nürtingen Tagespflegestellen für Kohlberger Kinder vermittelt¹⁷². Der Verein Familien-, Kranken- und Altenhilfe Kohlberg-Käppishäusern e.V. unterhält eine Babysitterbörse¹⁷³.

Die Öffnungszeiten der Kindergärten sind von Montag bis Freitag von 7.30 Uhr bis 12.30 Uhr sowie nachmittags (außer Freitag) von 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr (Kindergarten „Im Grund“); hier gibt es eine Kleinkindgruppe für Kinder unter drei Jahren, die täglich von 7.30 Uhr bis 13.30 Uhr geöffnet ist. Der Kindergarten Teckstraße ist täglich von 7.00 Uhr bis 16.00 Uhr geöffnet, freitags bis 14.00 Uhr. Die Gebühren richten sich nach den gewählten Betreuungszeiten und nach der Anzahl der Kinder unter 18 Jahren in einer Familie. Der Beitrag pro Kind in der Gruppe von 7 Uhr bis 14 Uhr kostet bei zwei Kindern 101 €, zuzüglich 30 € pro Kind für die Nachmittagsbetreuung. Insgesamt käme eine Familie mit zwei Kindern, die auch die Nachmittagsbetreuung in Anspruch nimmt, so auf Kosten von monatlich 262 €. Für ein Kind in der Gruppe der Unter-3-jährigen ist eine Gebühr von 309 € zu entrichten. In einer Familie mit zwei Kindern betragen die Gebühren dann pro Kind 230 €. Diese Konstellation liegt den Vergleichswerten in *Abbildung 5* zugrunde; und pro Stunde wären in Kohlberg dann 7,67 € für die Betreuung zu entrichten.

¹⁷¹ <http://www.statistik-bw.de/> [Zugriff 12.11.2014]

¹⁷² <http://www.tev-kreis-es.de> [Zugriff 9.11.2014]

¹⁷³ <http://www.fka-kohlberg-kappishaeusern.de> [Zugriff 22.11.2014]

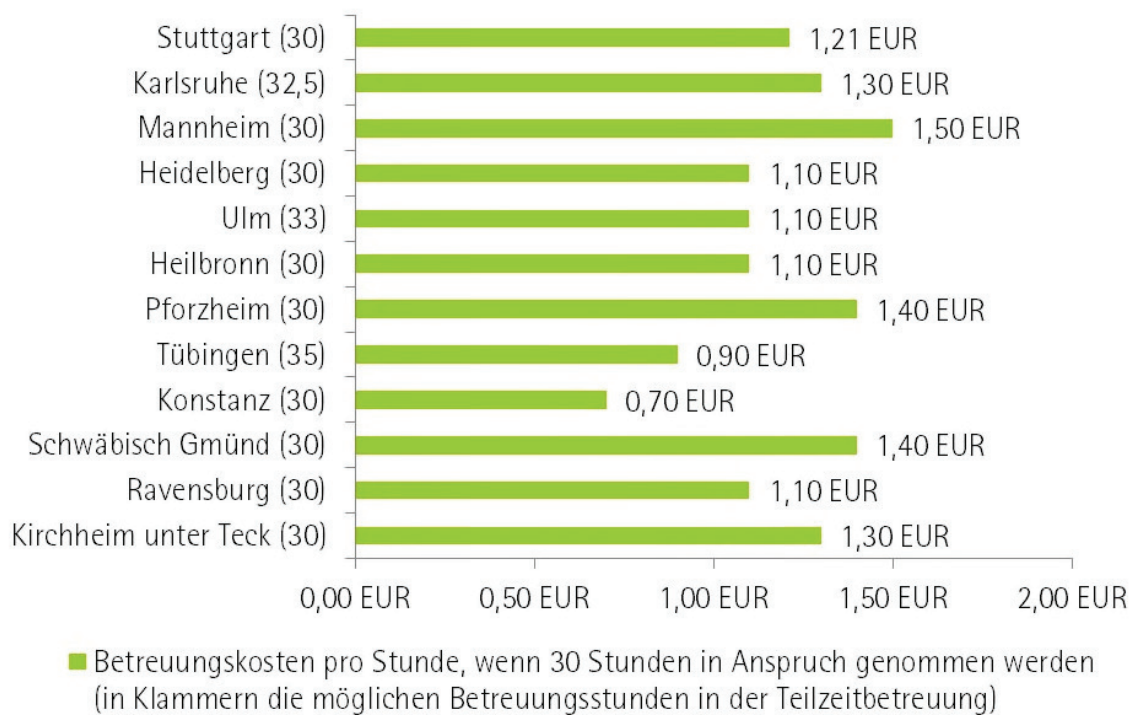


Abbildung 5: Vergleich der Betreuungskosten für Unter-3-jährige in Baden-Württembergischen Städten¹⁷⁴

Die Gemeinde hat ihr Betreuungsangebot ausgebaut und kommt dem Rechtsanspruch auch für die Betreuung Unter-3-Jähriger nach. Der Fokus der Kinderbetreuung in Kohlberg liegt nach wie vor auf der Regelbetreuung. Das darüber hinaus gehende Angebot ist sehr teuer und liegt in den Gebühren teilweise siebenmal höher als in baden-württembergischen Städten. Es wurde festgestellt, dass die Gebühren nicht nur von der Einnahmesituation der Gemeinden abhängen, sondern dass es auch einen Zusammenhang zwischen dem Frauenanteil im Gemeinderat und den Gebühren im Kindergarten gibt¹⁷⁵. Es kann also durchaus angenommen werden, dass die Gebühren in Kohlberg mit einer Strategie verbunden sind und die Gemeinde nicht aus finanziellen Nöten zu diesem Vorgehen gezwungen wird.

¹⁷⁴ http://www.weeberpartner.de/de/kita_vergleich_b [Zugriff 23.11.2014]

¹⁷⁵ Goerres / Tepe, S. 169-190

3.4.2 Verkehr

Der ireus-Studie wurde als Maß für die Anbindung an den motorisierten Individualverkehr die Erreichbarkeit der nächsten Autobahnauffahrt zugrunde gelegt¹⁷⁶. Die Autobahn A 8 ist über zwei Alternativrouten (entweder Anschlussstelle Nürtingen/Wendlingen oder die Anschlussstelle Kirchheim-Teck/Ost) ohne Verzögerungen in 30 Minuten erreichbar.

Als Indikatoren für den Anschluss an den öffentlichen Verkehr werden die Erreichbarkeit des nächsten internationalen Flughafens, des nächstgelegenen Bahnhofs und des nächstgelegenen Fernbahnhofs heran gezogen¹⁷⁷. Der Flughafen Stuttgart ist ohne Verkehr in 30 Minuten mit dem Auto erreichbar. Ebenfalls in 30 Minuten ist man von Kohlberg aus zum IC/EC-Bahnhof Plochingen gefahren, der nächstgelegene Regionalbahnhof ist in Neuffen, in etwa fünf Minuten Entfernung. Kohlberg verfügt über öffentliche Anbindungen unter anderem nach Nürtingen und Metzingen. Diese sind an Werktagen tagsüber etwa einmal die Stunde verfügbar. Nach Nürtingen dauert die Fahrt mit Bus und Zug im besten Fall etwa 25 Minuten mit einmal umsteigen in Frickenhausen, nach Metzingen durchgängige Fahrt mit dem Bus in etwa 10 Minuten. Samstags, sonntags und nachts sind die Verbindungen schlechter¹⁷⁸.

3.4.3 Gesundheit

Für die Gesundheitsversorgung zieht die ireus-Studie als Indikator die Anzahl innerhalb von 15 Minuten erreichbarer Arztpraxen heran¹⁷⁹. In Kohlberg selbst gibt es drei Arztpraxen: Zahnarzt, Fachärztin für Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie sowie eine allgemeinärztliche Gemeinschaftspraxis¹⁸⁰.

Innerhalb von 15 Minuten sind viele Orte erreichbar: Nürtingen, Neuffen, Beuren, Dettingen/Erms, Frickenhausen, Metzingen, Großbettlingen, Grafenberg; das statistische Landesamt hat die Anzahl der Ärzte nur ab Kreisebene verfügbar, aber es ist selbst bei zurückhaltender Schätzung davon auszugehen, dass die Kohlberger Einwohnerinnen und Einwohner innerhalb von 15 Minuten weit mehr

¹⁷⁶ Siedentop / Junesch / Uphues, S. 82

¹⁷⁷ Siedentop / Junesch / Uphues, S. 82

¹⁷⁸ www.vvs.de [Zugriff 15.11.2014]

¹⁷⁹ Siedentop / Junesch / Uphues, S. 86

¹⁸⁰ www.kohlberg.de [Zugriff 15.11.2014]

als 20 Hausärzte erreichen können, was von den Autoren auch im Sinne der freien Arztwahl als positiv bewertet wird¹⁸¹.

Die nächste Apotheke ist in Neuffen, also innerhalb von fünf Minuten erreichbar, dies wird in der ireus-Studie als beste Erreichbarkeit definiert¹⁸².

Die Autoren haben weiterhin untersucht, wie gut erreichbar die Krankenhäuser für die Bevölkerung sind, „denen im Rahmen des Krankenhausplans 2000 [...] die Verantwortung für die Sicherstellung der Grundversorgung oder höherer Versorgungsstufen übertragen wurde“; die Erreichbarkeit innerhalb von 10-20 Minuten wird als gut angesehen¹⁸³. Die Kreiskliniken Esslingen gemeinnützige GmbH hat einen solchen Standort mit der Klinik in Nürtingen, die von Kohlberg aus in etwa 15 Minuten erreichbar ist¹⁸⁴.

3.4.4 Elektronische Erreichbarkeit

Die Verfügbarkeit von Breitbandanschlüssen wird als wichtigster Standortfaktor der Zukunft angesehen; laut einer Umfrage sah 2009 die Mehrzahl der Unternehmer eine Übertragungsgeschwindigkeit von 6 Mbits/s als Minimum an¹⁸⁵.

Laut Auskunft der Bundesnetzagentur vom 17.11.2009 waren zu diesem Zeitpunkt für 89% der Haushalte in Kohlberg nur 1 Mbits/sec verfügbar und die Gemeinde galt damit als unterversorgt¹⁸⁶. In Bezug auf „schnelles Internet [...] wird die Zukunft [vom Gemeinderat] nur noch in Glasfasernetzen gesehen. Hierzu besteht bereits eine Arbeitsgruppe, die erweitert wurde. Das Thema wird weiter intensiviert“¹⁸⁷.

¹⁸¹ Siedentop / Junesch / Uphues, S. 86

¹⁸² Siedentop / Junesch / Uphues, S. 88 f

¹⁸³ Siedentop / Junesch / Uphues, S. 88 f

¹⁸⁴ <http://www.kk-es.de/fuer-patienten/klinik-nuertingen/> [Zugriff 16.11.2014]

¹⁸⁵ Gebauer et al., 2009, S. 31, zitiert nach Siedentop / Junesch / Uphues, S. 93

¹⁸⁶ <http://www.bundesnetzagentur.de> [Zugriff 16.11.2014]

¹⁸⁷ Mitteilungsblatt Kohlberg Nummer 47 vom 21.11.2014, S. 2

3.4.5 Weitere Infrastruktur

Pflege

In Kohlberg selbst gibt es keine Pflege- oder Betreuungseinrichtung für ältere Menschen¹⁸⁸. Der Verein Familien-, Kranken- und Altenhilfe Kohlberg-Käppishäusern e.V. betreibt eine Kontakt- und Anlaufstelle für Menschen in besonderen Lebenslagen. Eine Sozialpädagogin koordiniert die Hilfeangebote des Vereins. Donnerstags von 9.00 Uhr bis 11.00 Uhr gibt es dafür eine offene Sprechstunde im Rathaus in Kohlberg. Die Beratungsleistung umfasst ein breites Spektrum rund um familiäre Schwierigkeiten, das Ausfüllen von Formularen oder Fragen zu anstehender Pflege¹⁸⁹.

Im benachbarten Neuffen gibt es aktuell 104 Plätze in drei Heimen, unter anderem im „Haus Geborgenheit“ mitten in der Ortsmitte; in Beuren sind 104 stationäre Plätze vorhanden, die Pflege-Residenz-Beuren ist ebenfalls im Ortskern¹⁹⁰. Der Betreiber, die Schwaben Progress GmbH, bietet auch mobile Pflege- und Betreuungsdienste für Kohlberg an¹⁹¹.

Der prozentuale Anteil der über 75jährigen, die von Kohlberg fortziehen, schwankt seit 1987 zwischen 0,7 % und 6,4 %. Interessant dabei ist, dass die geringen Prozentzahlen aus den früheren Jahren sind (0,7% waren es 1991 und 1998); kumuliert man die Einzelfälle über mehrere Jahre, so sind zwischen 1990 und 1999 35 Menschen über 75 Jahre aus Kohlberg fortgezogen, zwischen 2000 und 2009 waren es 53 – bei gleichzeitig schrumpfender Bevölkerung¹⁹². Der Kreispflegeplan des Landkreises Esslingen prognostiziert für Kohlberg 2020 einen Bedarf von 23 stationären Pflegeplätzen; insgesamt decken die bereits vorhandenen Plätze (1029) in der Planungsregion 5 des Landkreises (Aichtal, Altdorf, Altenriet, Bempflingen, Beuren, Frickenhausen, Großbettlingen, Kohlberg, Neckartailfingen, Neckartenzlingen, Neuffen, Nürtingen, Oberboihingen, Schlaitdorf, Unterensingen, Wolfsschlügen) den Bedarf von 2020 (1104 Plätze) nahezu ab¹⁹³.

¹⁸⁸ Sozialdezernat Landkreis Esslingen, S. 29

¹⁸⁹ <http://www.fka-kohlberg-kappishaeusern.de> [Zugriff 22.11.2014]

¹⁹⁰ Sozialdezernat Landkreis Esslingen, S. 29

¹⁹¹ <http://www.schwaben-progress.de> [Zugriff 15.11.2014]

¹⁹² www.statistik-bw.de [Zugriff 20.11.2014]

¹⁹³ Sozialdezernat Landkreis Esslingen, S. 29

In Neuffen gibt es seit Juli 2014 mit dem sogenannten Caf st ble ein Angebot für Menschen mit Demenz oder einer anderen Behinderung; Träger ist das Soziale Netzwerk Neuffener Tal e.V., das auch einen Fahrdienst anbietet¹⁹⁴.

Einkaufsmöglichkeiten

In Kohlberg sind eine Filiale der Kreissparkasse, eine der Volksbank sowie eine Poststation (zwei Stunden am Nachmittag sowie samstags geöffnet) vorhanden. Die Bäckerei Pf ffle mit einem kleinen integrierten Lebensmittelgeschäft hat an fünf Tagen vor- und nachmittags offen sowie samstags¹⁹⁵.

Die Zentrale der B ckereikette Mayer, die insgesamt über 40 Filialen in Baden-Württemberg hat, befindet sich in Kohlberg; der dazu gehörende Laden hat sieben Tage die Woche vormittags ge ffnet¹⁹⁶. Metzgerei Gneiting hat Dienstag bis Freitag vor- und nachmittags und außerdem samstags geöffnet.

Im nahen Neuffen befinden sich alle Geschäfte des täglichen Bedarfs, so dass diese für die Kohlberger Einwohnerinnen und Einwohner in fünf bis zehn Minuten erreichbar sind.

Freizeitangebote und kulturelle Möglichkeiten

Die Möglichkeiten in Kohlberg selbst sind entsprechend der Gemeindegröße sehr begrenzt.

Die Ortsb cherei Kohlberg hat zweimal wöchentlich in der Schulzeit nachmittags bzw. am frühen Abend für jeweils drei Stunden ge ffnet¹⁹⁷.

In Kohlberg gibt es zwei Speisegaststätten, den Ochsen und die Weinstube „Beim Schultes“; letztere nennt in ihrer Selbstdarstellung auf der Website eine Beschreibung der Zielgruppe: „Ob eine kurze Pause beim Radfahren, ein kräftiges Essen nach dem Wandern oder einfach aus Lust am genießen, besuchen Sie uns und lassen sich verwöhnen“¹⁹⁸.

¹⁹⁴ Mitteilungsblatt Kohlberg Nummer 46 vom 14.11.2014, S. 4

¹⁹⁵ Ergebnis einer Ortsbegehung am 16.11.2014

¹⁹⁶ <http://www.cafe-baecker-mayer.de> [Zugriff 15.11.2014]

¹⁹⁷ <http://www.kohlberg.de/> [Zugriff 15.11.2014]

¹⁹⁸ www.weinstube-schultes.de [Zugriff 16.11.2014]

Zieht man die direkt umliegenden Gemeinden mit hinzu, wird das Angebot um das Höhenfreibad in Neuffen (5 km, 7 Minuten) und das Thermalbad in Beuren (8 km, 6 Minuten) ergänzt.

Das Gemeindeleben in Kohlberg ist durch eine starke und lebendige Vereinsstruktur geprägt. Neben der Musikschule (Einzel- und Gruppenunterricht, in der Regel für Kinder) gibt es einen Musikverein mit etwa 35 aktiven Mitgliedern und einer eigenen Jugendabteilung¹⁹⁹. Ebenfalls im musikalischen Bereich sind der Posaunenchor Kohlberg-Käppishäusern für kirchliche Blasmusik und der Sängerbund Kohlberg aktiv. Und auch in der Ortsgruppe Kohlberg-Käppishäusern des Schwäbischen Albvereins, die sich eigentlich der Brauchtumspflege und Wanderungen widmet, findet sich Akkordeonunterricht sowie ein Jugend- und Akkordeonorchester²⁰⁰.

Der Turn- und Sportverein Kohlberg e.V. unterhält ein eigenes Sportheim, in dem beispielsweise zu Tanzveranstaltungen eingeladen wird und ist in die Abteilungen Fußball, Turnen, Ski und Volleyball untergliedert. Darüber hinaus gibt es ein umfangreiches und vielseitiges Kursangebot. Beispielsweise wird gemeinsam mit dem Verein für Familien-, Kranken- und Altenpflege ein Kurs speziell für Senioren angeboten²⁰¹.

Biosphärengebiet Schwäbische Alb

Die Gemeinde Kohlberg liegt am Rande des Biosphärengebietes Schwäbische Alb. Dieses wurde 2006 als Schutzraum gebildet; beteiligt sind Kommunen der Landkreise Reutlingen, Esslingen und des Alb-Donau-Kreises. Die „Alb-Biosphäre“ umfasst heute etwa 85.000 Hektar Land und reicht vom Albtrauf über die Albhochfläche bis zur Donau. Diese Fläche dient heute einerseits als Schutzgebiet; andererseits ist es eine einzigartige Kulturlandschaft mit Streuobstwiesen und Schafweiden, die sich als Naherholungsraum für die gesamte Region etabliert hat und für Wanderungen und Wintersport genutzt wird. „Biosphärengebiet“ hat sich für die zugehörigen Kommunen als Dachmarke

¹⁹⁹ www.musikverein-kohlberg.de [Zugriff 22.11.2014]

²⁰⁰ www.kohlberg.de [Zugriff 22.11.2014]

²⁰¹ www.tsv-kohlberg.de [Zugriff 22.11.2014]

etabliert; Selbsterzeuger-Produkte werden entsprechend vermarktet und auch online vertrieben²⁰².

4 Methodischer Ansatz

Die Gemeinde Kohlberg hat angesichts der sich ihr stellenden Herausforderungen viele Handlungsalternativen: sie kann den weiteren Prozess sich selbst überlassen und abwarten; sie kann versuchen, die bisherigen Strategien weiter anzuwenden – oder aber sie stößt einen Prozess an, in dem der Gemeinderat, die Verwaltung und die Bevölkerung gemeinsam überlegen, was es braucht, um Kohlberg zu einem lebenswerten Ort zu machen oder als solchen zu erhalten.

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit den Konsequenzen von zwei Handlungsalternativen: einerseits mit einem sogenannten „Erhaltungsszenario“, das von einer Konstanz in der Vorgehensweise ausgeht, die zum Ziel hat, möglichst wenig anders zu machen als bisher. Und zum zweiten mit einem sogenannten „Gestaltungsszenario“. Hier sind die Bedürfnisse der verschiedenen Altersgruppen der Ausgangspunkt der künftigen Strategie. Dazu wird ein Gemeindeentwicklungsprozess empfohlen, der erfolgreiche Ansätze aus anderen Kommunen integriert und den Bürgerinnen und Bürgern von Kohlberg als Alternativen zum bisherigen Vorgehen aufzeigt.

4.1 Bevölkerungsvorausrechnung des statistischen Landesamtes Baden-Württemberg - Hauptvariante

Das statistische Landesamt Baden-Württemberg stellt für alle Gemeinden in Baden-Württemberg Bevölkerungsvorausrechnungen bis 2030 zur Verfügung, die auf dem Zensus 2011 basieren. Die Vorausrechnung geht von folgenden Annahmen aus:

- Die Lebenserwartung steigt bis 2030 um weitere zwei Jahre, so dass sich dann für einen neugeborenen Jungen eine Lebenserwartung von 81,4 Jahren ergäbe, für ein Mädchen von 85,7 Jahren.

²⁰² <http://www.alb-biosphaere.de> [Zugriff 22.11.2014]

- Das Geburtenniveau bleibt konstant bei knapp 1,4 Kindern je Frau, das Durchschnittsalter der Mütter verschiebt sich um etwa 1,2 Jahre nach oben.
- Für das erste Voraussrechnungsjahr 2013 wird die Hauptvariante mit einem Wanderungsgewinn von 70.000 Personen berechnet, es folgt dann eine lineare Absenkung für die Folgejahre bis zum Voraussrechnungsjahr 2020 auf 30.000 Personen; für die weiteren Voraussrechnungsjahre bis zum Jahr 2030 wird ein jährlicher Wanderungsgewinn von 20.000 Personen zugrunde gelegt.
- Für die regionalisierte Voraussrechnung wurden die Landeswerte herunter gebrochen, „da die Entwicklungen in den Gemeinden zum Teil sehr unterschiedlich verlaufen. Um regionale Besonderheiten zu berücksichtigen, wurden Typen ähnlicher Gemeinden gebildet und die Geburten-, Sterbe- und Wanderungsraten für diese Typen errechnet und entsprechend fortgeschrieben“²⁰³.

4.2 Entwicklungskorridor der regionalen Bevölkerungsvoraussrechnung

Für die regionale Voraussrechnung wurden insgesamt drei Varianten gerechnet, die sich vor allem hinsichtlich ihrer Wanderungsannahmen unterscheiden. Darüber hinaus werden unterschiedliche Annahmen hinsichtlich der Entwicklung innerhalb der gebildeten Typen gemacht. Dazu wurde die Verteilung der Wanderungen innerhalb des Landes variiert. Einmal wird von einer Konstanz der Niveauunterschiede innerhalb der Typen ausgegangen, im zweiten Fall von einer typenspezifischen Entwicklung. Beide Fälle wurden dann anschließend mit den hohen und niedrigen Zuwanderungen kombiniert. Daraus resultiert dann ein Korridor der wahrscheinlichen Entwicklung, die begrenzt wird von der schlechtesten und der bestmöglichen Entwicklung²⁰⁴.

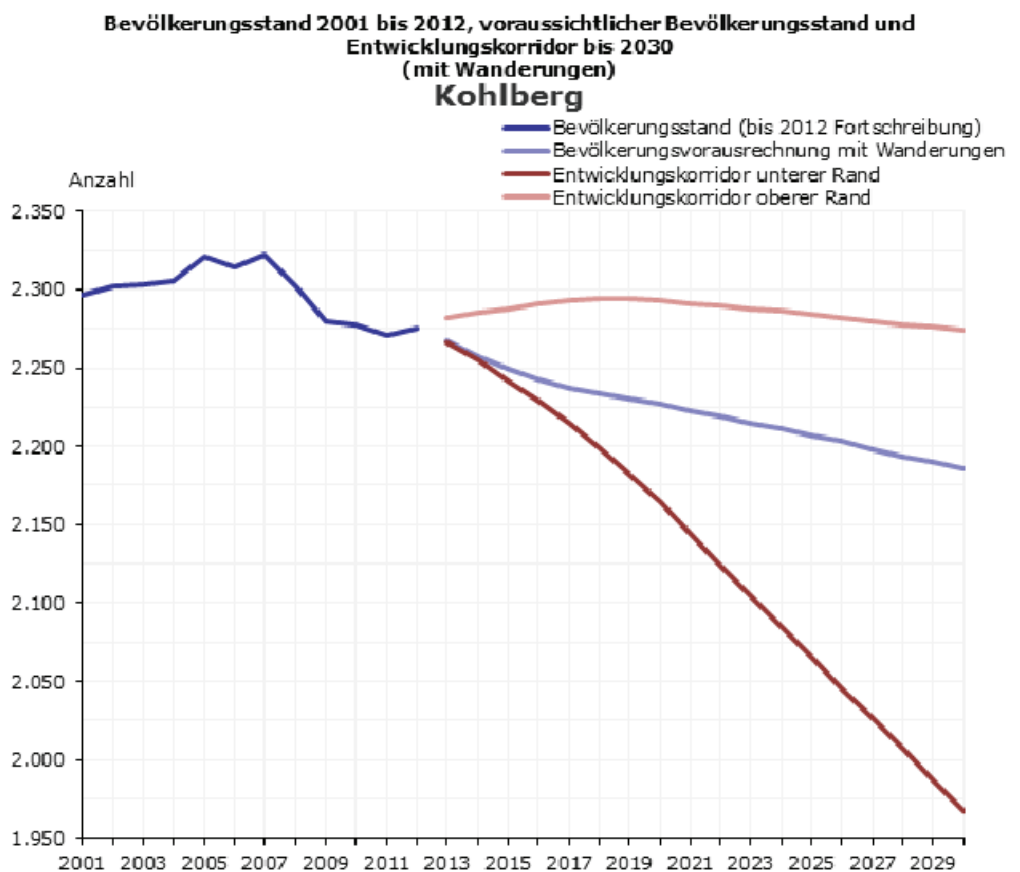
Das statistische Landesamt benennt den vorausberechneten Zuwachs als Wachstumspotenzial, das in der realen Entwicklung, beispielsweise, wenn das

²⁰³ Schmidt / Hochstetter 1, S. 3, Schmidt / Hochstetter 2, S. 11 ff.

²⁰⁴ Schmidt/ Hochstetter 1, S. 4

Wohnungsangebot künftig stärker limitiert wird als bisher, sich auch nicht erfüllen kann²⁰⁵.

Für die vorliegende Arbeit wird daher davon ausgegangen, dass ohne einen strategisch gesteuerten Prozess der untere Rand des Entwicklungskorridors wahrscheinlich ist, mit einem solchen Prozess die sogenannte Hauptvariante, die eben von Wanderungsgewinn ausgeht. Der Entwicklungskorridor für Kohlberg ist in *Abbildung 6* dargestellt. Anhand dieser ersten grafischen Veranschaulichung wird deutlich, dass die Bevölkerung in Kohlberg auf jeden Fall schrumpfen wird, dass der Unterschied zwischen den Varianten allerdings groß ist.



Bis 2010 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes jährlich zum 31. 12. Basis VZ '87, ab 2011 Basis Zensus 9. 5. 2011; bis 2012 Ist-Werte, ab 2013 regionalisierte Bevölkerungsvorausrechnung Baden-Württemberg (mit Wanderungen), Basis Bevölkerungsstand zum 31. 12. 2011. Aufgrund der unterschiedlichen Fortschreibungsbasis ist der Vergleich zwischen 2012 bzw. 2011 mit 2010 sowie den zurückliegenden Jahren nur eingeschränkt aussagekräftig.

Diagramm 1.2

© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2014

Abbildung 6: Entwicklungskorridor des Bevölkerungsstandes für die Gemeinde Kohlberg bis 2030²⁰⁶

²⁰⁵ Schmidt / Hochstetter 1, S. 3

Im Anschluss wird nun zunächst die Bevölkerungsvorausrechnung ohne Wanderungen näher erläutert, die angenommen wird, falls die Gemeinde Kohlberg keine Zukunftsstrategie entwickelt. Danach wird in *Kapitel 6* ein mögliches Gestaltungsszenario für Kohlberg entfaltet. Für dieses wird dann in der Konsequenz die Bevölkerungsvorausrechnung mit Wanderungen angenommen und dargestellt. Im Anschluss werden die beiden Szenarien einander gegenüber gestellt und der Entwicklungskorridor der Gemeinde, der vom statistischen Landesamt nicht weiter in Altersgruppen differenziert wird, wird in die abschließende Betrachtung mit einbezogen.

5 Erhaltungsszenario –Bevölkerungsvorausrechnung des statistischen Landesamtes ohne Wanderungen für die Gemeinde Kohlberg

Die Methodik der Vorausrechnung des statistischen Landesamtes und ihre zugrunde liegenden Annahmen wurden in *Kapitel 4* bereits erläutert. Die Vorausrechnung ist keine Vorhersage, sondern zeigt lediglich auf, mit welcher weiteren Entwicklung zu rechnen ist, wenn die zugrunde gelegten Annahmen auch eintreffen²⁰⁷.

²⁰⁶ <http://www.statistik-bw.de/BevoelkGebiet/Demografie-Spiegel/tabelle.asp?r=116036&c=0>
[Zugriff 3.12.2014]

²⁰⁷ <http://www.statistik-bw.de/BevoelkGebiet/BevProg/Methode.asp> [Zugriff 4.12.2014]

Altersgruppe	2012	2013	2015	2020	2025	2030
unter 5	120	116	93	80	81	88
5 bis unter 10	110	109	123	91	80	81
10 bis unter 15	122	120	110	123	92	80
15 bis unter 20	128	121	130	110	123	91
20 bis unter 25	128	135	136	130	109	123
25 bis unter 30	107	108	110	136	130	110
30 bis unter 35	131	125	109	109	136	130
35 bis unter 40	144	143	139	110	109	135
40 bis unter 45	165	158	154	139	110	109
45 bis unter 50	208	206	186	152	137	108
50 bis unter 55	181	188	200	184	151	136
55 bis unter 60	128	140	153	197	181	149
60 bis unter 65	143	132	133	149	191	176
65 bis unter 70	116	121	131	126	143	184
70 bis unter 75	152	139	120	124	119	136
75 bis unter 80	87	110	127	107	111	107
80 bis unter 85	57	55	59	103	87	93
85 bis unter 90	31	28	34	40	71	60
90 und mehr	17	17	15	18	24	41
insgesamt	2275	2271	2262	2228	2185	2137

Tabelle 21: Bevölkerungsvorausrechnung ohne Wanderungen bis 2030 nach Altersgruppen ²⁰⁸

Die Bevölkerung von Kohlberg wird schrumpfen und altern. In der folgenden Tabelle werden die Rohwerte der dargestellten Bevölkerungsvorausrechnung verdichtet, um die Brisanz der Entwicklung zu verdeutlichen.

Altersgruppe	2012		2020		2030	
bis unter 20 Jahre	480	=> 21,1 %	404	=> 18,1 %	340	=> 15,9 %
20 bis unter 65 Jahre	1335	=> 58,7 %	1306	=> 58,6 %	1176	=> 55 %
65 und älter	460	=> 20,2 %	518	=> 23,3 %	621	=> 29,1 %
davon über 85 Jahre	48	=> 2,1 %	58	=> 2,6 %	101	=> 4,7%

Tabelle 22: verdichtete Bevölkerungsvorausrechnung ohne Wanderungen bis 2030 ²⁰⁹

Die absolute Zahl und der prozentuale Anteil an junge Menschen sinken drastisch von 480 im Jahr 2012 auf nur noch 340 im Jahr 2030. Allein aus diesem Wert wird deutlich, dass die Gemeinde Kohlberg auch bei diesem so genannten

²⁰⁸ Eigene Darstellung nach: Statistisches Landesamt, Regionaldaten, <http://www.statistik-bw.de/> [Zugriff 4.12.2014]

²⁰⁹ Eigene Darstellung nach: Statistisches Landesamt, Regionaldaten, <http://www.statistik-bw.de/> [Zugriff 4.12.2014]

„Erhaltungsszenario“ reagieren muss: 2012 benötigen noch 120 Kinder einen Betreuungsplatz samt dem Personal, das dafür vorgehalten werden muss, 2030 sind es nur noch 88 Kinder, also über 30 Kinder weniger; das entspricht mindestens einer Kindergartengruppe.

Geht man davon aus, dass über 85jährige potenziell Assistenz- und Betreuungsbedarf haben, wird auch hier deutlich, dass diese Kohlberger entweder weg ziehen werden oder aber die Gemeinde ein Angebot entwickeln muss.

6 Gestaltungsszenario: Handlungsmöglichkeiten von ländlichen Kommunen
Im Folgenden wird dargestellt, welcher Prozess für eine kleine, ländliche Kommune konkret denkbar ist, um den Herausforderungen des demografischen Wandels zu begegnen. Neben einem Prozessvorschlag werden die Bedürfnisse der verschiedenen Altersgruppen analysiert. Im Anschluss folgen Praxisbeispiele aus ländlichen Kommunen, um diese Bedürfnisse zu befriedigen. Auf dieser Basis werden der Gemeinde Kohlberg dann Handlungsschritte empfohlen, mit der sie die aktuelle demografische Situation gestaltend beeinflussen kann.

6.1 Gemeindeentwicklungskonzepte

Die aufgezeigten Entwicklungen machen deutlich, dass ein eindimensionales Vorgehen, das beispielsweise an der Flächenentwicklung ansetzt, um positive Wanderungsbewegungen zu erreichen, keineswegs mehr ausreicht. Zu verflochten sind die einzelnen Themen, die in einer Kommune relevant sind, miteinander und zu groß sind auch die Abhängigkeiten mit den umliegenden Gemeinden bzw. dem Agglomerationsraum. Es braucht ein professionelles und strukturiertes Vorgehen, das dazu geeignet ist, in einer Kommune einen breiten Konsens herzustellen, wie mit den Herausforderungen aus dem demografischen Wandel umgegangen werden soll. Die sogenannte Gemeinde- und Stadtentwicklungsplanung ist dafür geeignet.

Nach dem Zweiten Weltkrieg bedeutete „Stadtentwicklung“ schlichtweg den Wiederaufbau der zerstörten Innenstädte; damit einher ging der wirtschaftliche Aufschwung. Erst in den 1960er Jahren benötigten die strukturellen

Veränderungen auch in den Aufgaben der Städte ein aktives, planerisches und gestaltendes Vorgehen, das über eine bloße Reaktion hinaus ging²¹⁰.

Ausgangspunkt jeder Planung sind eine Bestandserhebung und Analyse. Dies geschieht sowohl auf der strukturellen als auch der städtebaulichen Ebene. Die strukturelle Ebene bezieht sich auf „Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaft und Beschäftigung, Wohnungsbau sowie öffentliche und private Infrastruktur [...], durch den räumlichen und städtebaulichen Ansatz [werden] Stadtbild und Gestalt, Grünbereiche und bauliche Qualität von Straßen und Plätzen sowie die Einbindung in die Landschaft behandelt“²¹¹.

Im Anschluss geht es um die Entwicklung von Zielvorstellungen für ein Handlungsprogramm. Lernort²¹² formuliert für diese Entwicklungsplanung drei Stufen:

1.) Konzeption eines Leitbildes

Basierend auf einer Bestandsaufnahme und Analyse wird in diesem Schritt festgelegt, welche Ziele mit der räumlichen Entwicklung verfolgt werden sollen. Um in Politik und Verwaltung eine entsprechende Akzeptanz zu bekommen, ist es wichtig, hier eine querschnittsorientierte, neutrale planende Instanz einzuschalten. Diese wird in der Regel auch deswegen notwendig sein, weil sich das Leitbild einer Kommune nur in einem Prozess mit Beteiligung der Bürger sinnvoll ableiten lässt²¹³.

2.) Festlegung der Entwicklungsmöglichkeiten

Es braucht strategisch eine explizite Auseinandersetzung mit den Potenzialen der eigenen Gemeinde, auch und vor allem angesichts der großen Konkurrenz zwischen den Kommunen einer Region. Hier wird die Frage beantwortet werden müssen, ob es um die Begleitung einer unausweichlichen Schrumpfung und in der Ausschöpfung des darin liegenden Innovationspotenzials, um die Entwicklung und

²¹⁰ Wékel, 466 ff.

²¹¹ Reschl / Rogg 2, S. 42

²¹² 1960, zitiert nach Wékel, 466 ff.

²¹³ Bei der Sichtung erprobter Praxisbeispiele wird deutlich, dass dort, wo es einer Kommune gelungen ist, unter breiter Beteiligung neue Wege zu gehen, oftmals ein gemeinsam getragenes Leitbild vorhanden ist, so beispielsweise in der Gemeinde Gemmingen, die sich „seit Jahren der Familienfreundlichkeit als Leitbild verschrieben hat“ oder in Eichstetten, wo das „Leitbild des Dorfes als Solidargemeinschaft“ prägend ist für die konkrete Lösung – s. dazu auch *Kapitel 6.3*

Zukunftssicherung des Bestandes oder aber sogar um eine Erweiterung geht.

3.) Formulierung des Programms

Aus den übergeordneten Leitziele und der Analyse der eigenen Möglichkeiten folgt dann eine stringente, wissenschaftlich fundierte Ableitung eines Programms für die Entwicklung der Kommune. Dabei werden konkrete Maßnahmen kommunalen Handelns inklusive einer Finanzplanung und der zeitlichen Dimension definiert.

4.) Durchführung

Aus den vorherigen Schritten ist deutlich geworden, dass ein solches Vorgehen die komplexe und integrierte Handlungsweise und die fachlich übergreifende Kooperation verschiedener Abteilungen bzw. Ressorts benötigt²¹⁴.

Für kleine Kommunen ist es aufgrund der strategischen Dimension von Gemeindeentwicklungsprozessen sinnvoll, wenn die Zuständigkeit direkt beim Bürgermeister liegt. Nur dort ist die Integration aller Ressort-Interessen, beispielsweise Bauleitplanung und Wirtschaftsförderung, gewährleistet. In größeren Kommunen kann das Vorgehen teils räumlich oder sektoral begrenzt sein, aber in einer kleinen Gemeinde ist das aufgrund der großen Interdependenzen der Bereiche bei gleichzeitiger räumlicher, thematischer und personeller Überschaubarkeit nicht notwendig. Viel wichtiger ist, dass die Bauleitplanung und die Fachplanung konzeptionell die gleiche Wurzel haben, nämlich das Leitbild²¹⁵. Überlegenswert scheint auch für kleine Kommunen der Ansatz zu sein, die mittel- und langfristige Gemeindeentwicklung durch strategische Projekte, die aus der Privatwirtschaft oder der Bürgerschaft getragen werden, flankiert wird. Sofern sich diese mit dem Leitbild vereinbaren lassen, können sie als strategische Schwerpunktsetzung integriert werden. Eine derartige, in Deutschland noch relativ neuartige Partnerschaften zwischen öffentlichen und privatwirtschaftlichen Entwicklungsträgern und die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure braucht ein bewusstes Rollenverständnis der Kommune. Sie ist in diesem Feld Stifterin von Netzwerken, gewährleistet einen informellen Planungscharakter und gestaltet

²¹⁴ Wékel, 466 ff.

²¹⁵ Wékel, 466 ff.

den gesamten Entwicklungsprozess aktiv, initiiierend und gleichzeitig kontinuierlich²¹⁶.

Ein Leitbildprozess als Beginn der Gemeindeentwicklung ist die Voraussetzung um für die Zukunftsfähigkeit einen breiten Konsens herzustellen. Erst dann kann z.B. auch ein nachhaltiges Vorgehen in allen Bereichen der kommunalen Verwaltung angegangen werden.

6.2 Erprobte Konzepte der Gemeindeentwicklung für die Praxis

Ansichts der Herausforderungen des demografischen Wandels haben verschiedene Stellen in Baden-Württemberg Konzepte erarbeitet und bereits erprobt, mit denen sich Kommunen konkrete Unterstützung in der Prozessgestaltung holen können.

Beispielsweise gibt es die „Zukunftswerkstätten Familienfreundliche Kommune“ der FamilienForschung Baden-Württemberg²¹⁷. Es handelt sich um ein Verfahren, mit dem Handlungskonzepte zur Familienfreundlichkeit auf den Weg gebracht werden können. Dazu gibt es zunächst eine eintägige Zukunftswerkstatt mit den relevanten Akteuren vor Ort; im zweiten Schritt werden die dort entstandenen Maßnahmenvorschläge, Ideen und Ziele ausgewertet und in sogenannten Strategiegesprächen mit der Kommune beraten und im Gemeinderat präsentiert. Anschließend folgen der Beschluss und die Umsetzung²¹⁸.

Ein anderes Konzept ist der Generationenworkshop²¹⁹, bei dem ältere (etwa ab 55 Jahren) und jüngere (etwa 15 bis 22 Jahre) Bürgerinnen und Bürger ins Gespräch kommen, einander zuhören und miteinander Ideen für die Zukunft entwickeln. Es geht darum, konkrete Projektideen für das generationenübergreifende Zusammenleben in der Kommune zu entwickeln²²⁰.

²¹⁶ Wékel, 466 ff

²¹⁷ im Auftrag des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren und in Zusammenarbeit mit dem Kommunalverband Jugend und Soziales

²¹⁸ www.familienfreundliche-kommune.de [Zugriff am 4.12.2014]

²¹⁹ Entwickelt und angeboten ebenfalls von der FamilienForschung Baden-Württemberg im Auftrag des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren

²²⁰ www.familienfreundliche-kommune.de [Zugriff am 4.12.2014]

6.3 Berücksichtigung verschiedener Bedürfnisse in der Gemeinde Kohlberg

Im Folgenden wird dargestellt, welche Bedürfnisse für einzelne Nutzergruppen oder die gesamte Bevölkerung zentral sind; aufgrund der Ist-Analyse in Kohlberg in *Kapitel 3* folgt eine Einschätzung dazu, wie die Bedürfnisse in Kohlberg momentan berücksichtigt werden.

6.3.1 Wohnraum

In Kohlberg wurden die letzten Jahrzehnte Neubaugebiete ausgewiesen und viel Wohnraum geschaffen. Wie dargestellt ist die Möglichkeit der Außenentwicklung abgeschlossen. Der Innenentwicklung muss nun der Vorrang gegeben werden, im Sinne der Ortskernaufwertung ist sie ebenfalls notwendig. In *Anhang 1* sind Fotos des Ortskernes von Kohlberg aufgeführt, die deutlich machen, dass die baurechtlich Formel „Innen- vor Außenentwicklung“ bisher ganz offensichtlich keine Anwendung fand. Die Durchfahrtsstraße von Kohlberg ist stark befahren und an ihr liegen viele auffällige Häuser. Der Ortskern wirkt vernachlässigt und unattraktiv. Diese Umgebung ist weder einladend noch fördert sie, dass die Bewohnerinnen und Bewohner sich hier wohlfühlen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass der Gemeinderat im Jahr 2014 dem Bau von Einfamilienhäusern am Ortsrand einvernehmlich zugestimmt hat, auch wenn sie nicht den Bauvorschriften entsprachen; der Bau von sechs Reihenhäusern wurde nicht genehmigt; der Bauträger änderte daraufhin seine Pläne und stellte eine Bauvoranfrage zur Errichtung von zwei Doppelhaushälften und drei Reihenhäusern mit Garagen. Dazu heißt es im Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 19. Mai 2014:

„In einer städtebaulichen Stellungnahme wurde eine weitere Reduzierung der baulichen Dichte durch zwei Doppelhäuser empfohlen, insbesondere im Hinblick auf die beengte Erschließungssituation. Die Höhenentwicklung in voller dreigeschossiger Erscheinungsweise würde sich aus städtebaulicher Sicht nicht einfügen und sollte reduziert werden. Hierzu wurde die ursprüngliche Bauvoranfrage in zweigeschossiger Erscheinungsweise als verträglicher angesehen. In der anschließenden Diskussion kam der Gemeinderat zum Ergebnis, dass auf der jetzigen Basis kein Einvernehmen erteilt werden könnte. Vorstellbar wären zwei

*Doppelhäuser, die in der Höhenentwicklung jeweils an die benachbarten Gebäude anzupassen sind*²²¹.

Aus dieser kurzen Passage wird deutlich, dass der Gemeinderat auf die Bedürfnisse nach verdichtetem Wohnraum, den eine Innenentwicklung üblicherweise bedeutet, noch nicht vorbereitet ist. Auch dem Bedürfnis nach einer ästhetischen Umgebung wird in Kohlberg nicht Rechnung getragen.

6.3.2 Bedürfnisse junger Familien - Kinderbetreuung

Der Gemeinderat scheint junge Familien im Blick zu haben, möglicherweise aber stark auf das Thema Zuwanderung von Familien fokussiert, so wie es die letzten Jahrzehnte gute Praxis war. In 3.1.2 wurde deutlich, dass dies nicht mehr ausreicht: über die Hälfte der Kohlberger zwischen 25 und 50 Jahren ist im Jahr 2012 weg gezogen. Eine niedrige Frauenerwerbsquote (siehe 3.3.4) wird familienpolitisch als Indikator für den notwendigen Ausbau des Betreuungsangebotes gesehen. Vor allem die sehr hohen Betreuungsgebühren für Unter-3-Jährige sind hinsichtlich der Bedürfnisse junger Familien kritisch. Diese brauchen eine flexible, verlässliche, qualitativ hochwertige und günstige Kinderbetreuung. Diese ist möglich. „Mit dem Rückgang der Kinderzahlen eröffnet sich [...] für die Gemeinden im Ländlichen Raum die Chance, die Kindertagesbetreuung bedarfsgerecht und kostengünstig umzubauen. Damit ließe sich die Attraktivität gleichermaßen für junge Familien, junge Fachkräfte und neue Unternehmensstandorte deutlich verbessern [...]. [Es] [...] besteht also durchaus eine realistische Chance, sich mit einer kinder- und familienfreundlichen Infrastruktur im zunehmenden kommunalen Standortwettbewerb zu profilieren²²²“. Der Gemeindetag Baden-Württemberg empfiehlt diesbezüglich in seinem sogenannten 10-Punkte-Programm für den ländlichen Raum gar, alle kommunalen Bereiche auf die Bedürfnisse von Kindern und Familien auszurichten. Familienfreundlichkeit wird dort als ein wesentlicher Standortfaktor für die Zukunftsfähigkeit der Gemeinden eingeschätzt²²³.

²²¹ http://www.kohlberg.de/uploads/media/Gemeinderatssitzung_vom_19.05.2014.pdf [Zugriff 23.11.2014]

²²² Ridderbusch, S. 12

²²³ Gemeindetag Baden-Württemberg, S. 790

6.3.3 Versorgung, Betreuung und Pflege für ältere Menschen

Wenn Menschen älter werden, ändern sich ihre Bedürfnisse. Zunächst geht es vielleicht im bisherigen Wohnraum um Barrierefreiheit. Schließlich benötigen ältere Menschen soziale Kontakt- und Unterstützungsmöglichkeiten, haushaltsnahe Dienstleistungen und Betreuungsangebote²²⁴.

Mit reduzierter Mobilität steigt auch das Bedürfnis nach wohnortnaher Infrastruktur. Grundvoraussetzung ist eine sichere Gestaltung der Wege; dazu gehören ebene und rutschfeste Bodenbeläge, geringe Steigungen, ausreichende Überquerungshilfen bei stark befahrenen Straßen, gute Beleuchtung, Mindestbreite der Wege, um sie mit Gehhilfen passieren zu können, ausreichende Ruhemöglichkeiten und öffentliche Toiletten²²⁵.

Für Menschen mit eingeschränkter Mobilität ist es zudem wichtig, soziale Kontakte aufrecht erhalten zu können bzw. auch die Möglichkeit zu haben, neue aufzubauen. Es gilt daher, den sozialen Austausch vor Ort über „entsprechende Freizeitmöglichkeiten und Aufenthaltsräume – wie Begegnungsstätten aber auch Cafés und Restaurants“ zu ermöglichen²²⁶.

Die Einschränkungen im Alter führen zu einem zunehmenden Assistenzbedarf, möglicherweise auch zu Pflegebedürftigkeit. Unter 3.4.5 wurde dargestellt, dass Kohlberg bisher keine stationären Plätze und keine Tagespflege anzubieten hat.

6.3.4 Gesicherte Nahversorgung

Einkaufsmöglichkeiten müssen vor allem für ältere Menschen fußläufig erreichbar sein und barrierefrei den täglichen Bedarf abdecken; dazu gehören Lebensmittel, Bank, Post und Frisör²²⁷. In Kohlberg kann der tägliche Bedarf abgedeckt werden; allerdings sind die Wohngebiete sehr verstreut und es ist vor allem für ältere Menschen nicht möglich, vom Ortsende in den Ortskern zu gehen. Das neue Wohngebiet „Im Grund“ ist in sich geschlossen und weit entfernt vom Laden und den Banken.

²²⁴ Kremer-Preiß / Krämer, S. 19

²²⁵ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, S. 24

²²⁶ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, S. 24

²²⁷ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, S. 24 f

6.3.5 Angebote für Jugendliche

In Kohlberg gibt es für Jugendliche sehr viele Möglichkeiten, sich sportlich oder musikalisch im Verein oder in der kirchlichen Jugendarbeit zu beschäftigen. Der öffentliche Nahverkehr sollte so sein, dass junge Menschen auch ohne Auto Freizeitbeschäftigungen nachgehen können. Dies ist wie dargestellt für Kohlberg sicher ausbaufähig.

„Unter Berücksichtigung der lokalen Voraussetzungen sollen unter Einbezug von Fachplanern und Fachplanerinnen zusammen mit den vor Ort lebenden Kindern, Jugendlichen und Verantwortlichen aus Verwaltung, Politik, Planung und Jugendarbeit (u.a.) Pilotprojekte im Bereich naturnahe Quartier- und Siedlungsentwicklung durchgeführt werden. Beispiele für Projekte sind das Umgestalten einer Wiese in einen Erlebnisraum, das Anlegen eines naturnahen Gemeinschaftsgartens in einer Wohnsiedlung, das Gestalten von fussgängerfreundlichen Strassenräumen und Quartierwegen, Pläne über verkehrsberuhigte Zonen entwerfen und dem Gemeinderat unterbreiten“²²⁸.

In Kohlberg gibt es keine strukturierte Beteiligung von Jugendlichen, sie werden auf der Website der Kommune nicht explizit als Zielgruppe benannt.

6.3.6 Öffentlicher Nahverkehr

Der öffentliche Personennahverkehr folgt dem Nahverkehrsplan des Landkreises Esslingen, der aktuell fortgeschrieben wird. Der bisherige Status Quo an Busverbindungen würde weiterhin komplett vom Landkreis finanziert werden. Der Zweckverband „FahrMit“, zu dem neben Kohlberg auch Beuren, Neuffen und Frickenhausen gehören, betreibt die Tälesbahn, deren künftige Finanzierung momentan in Verhandlung ist²²⁹. Für ältere Menschen ist es wichtig, dass der öffentliche Nahverkehr zu Fuß erreichbar ist, dass es also mehrere Haltestellen im Ort gibt, und dass ein barrierefreier Einstieg möglich ist²³⁰.

²²⁸ http://www.quaktiv.ch/documents/QuAKTIV_Factsheet.pdf [Zugriff 25.11.2014]

²²⁹ Mitteilungsblatt Kohlberg Nummer 44 vom 31.10.2014, S. 4

²³⁰ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, S. 24

6.3.7 Elektronische Erreichbarkeit

Wie in 3.4.4 dargestellt, muss die elektronische Erreichbarkeit dringend verbessert werden, was auch der Gemeinderat so sieht. Die ist für die Bürgerschaft zunehmend wichtig und für die ortsansässigen Unternehmen bzw. solche, die sich möglicherweise ansiedeln möchten, unerlässlich.

6.3.8 Naherholung und Tourismus im Biosphärengebiet Schwäbische Alb

Kohlberg liegt am Rande des Biosphärengebietes, der sogenannte Hausberg „Jusi“ ist ein beliebter Aussichtspunkt und es gibt mehrere Wanderparkplätze. Auch die Restaurants in Kohlberg sind auf Touristen bzw. Wanderer eingerichtet. Die wenig ansprechende Ortsdurchfahrt Kohlbergs hingegen widerspricht dem Ansinnen, für Touristen attraktiv zu sein. Denn der hohe Durchgangsverkehr könnte bei einem entsprechend gestalteten Ortskern gleichzeitig eine Zielgruppe für Werbung sein. Doch hier sind bisher keinerlei Maßnahmen getroffen worden. Auffällig ist auch, dass in Kohlberg in den Durchfahrenden keine Selbsterzeugerprodukte angeboten werden, wie dies beispielsweise in Neuffen, Beuren oder Owen der Fall ist.

6.4 Beispiele aus der kommunalen Praxis

Aus den voran gegangenen Analysen wird der Handlungsbedarf für Kohlberg deutlich. Sowohl in der kommunalen Praxis als auch in der Fachwelt gibt es sehr viele Beispiele und Ansatzpunkte eines aktiven, investiven Umgangs mit den Herausforderungen. Im Folgenden werden Handlungsansätze dargestellt, die für die Gemeinde Kohlberg realistisch erscheinen und als mögliche Antwort auf die analysierten Problemlagen in Frage kommen. Die Aufzählung erhebt dabei keineswegs den Anspruch auf Vollständigkeit. Weiterhin ist es eine Sichtung im Rahmen einer wissenschaftlichen Arbeit, die selbstverständlich in der Praxis vor einer möglichen Umsetzung mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutiert werden muss. Dies wird als Prozessvorschlag – ausgehend aus der in 6.1 dargestellten Vorgehensweise - dann in 6.4 konkret für die Gemeinde Kohlberg erarbeitet.

6.4.1 Ansiedlung von Familien

Es gibt mehrer Beispiele für eine aktive Ansiedlungspolitik für junge Familien. Die Gemeinde Gemmingen hat eine Kinderkomponente beim Bauplatzverkauf eingeführt und jeder Bauherr erhält 5 Euro pro Quadratmeter Nachlass je Kind; dieser wird für maximal vier Kinder der Familie gewährt, die maximal zehn Jahre alt sind oder bis spätestens fünf Jahre nach Schließung des Kaufvertrags geboren werden²³¹. Ähnlich ging die Stadt Kornwestheim vor, hier gab es einen einmaligen, Baukostenzuschuss für maximal drei Kinder und bis maximal 22.000 Euro²³². Die Stadt Tuttlingen kombiniert die Kinderkomponente mit der Innenentwicklung. Um die Ansiedlung in der Innenstadt für junge Familien wieder attraktiv zu machen, bekommen Familien, die Wohnungen oder Häuser in der Innenstadt kaufen und sanieren oder bauen und auch selbst nutzen einen Barzuschuss von 5 000 Euro pro Kind²³³.

6.4.2 Kinder- und Jugendgerechte Gemeinde

In der Gemeinde Frickenhausen mit Tischardt und Linsenhofen in unmittelbarer Nachbarschaft von Kohlberg wurde ein sogenanntes „Jugendforum Frickenhausen – Jugend mischt mit“ ins Leben gerufen. Dieses ermöglicht allen Einwohner/-innen oder Auszubildenden zwischen 12 und 21 Jahren in den Gemeinden, sich mit dem Bürgermeister auseinander zu setzen. Dafür gibt es zweimal jährlich ein Treffen und es soll ein Vorstand des Jugendforums gewählt werden, der die Interessen der Altersgruppe gegenüber der Gemeinde vertritt. Thematisch soll es vor allem um Freizeitangebot für junge Menschen gehen²³⁴.

Andere Gemeinden beschäftigen Hauptberufliche für die Jugendarbeit und richten beispielsweise einen offenen Treff ein. So können sich junge Menschen unverzweckt treffen. Gleichzeitig ist ein hauptberuflicher Ansprechpartner Garant dafür, dass junge Menschen einbezogen werden in die Prozesse der Gemeinde im

²³¹ www.familienfreundliche-kommune.de [Zugriff am 4.12.2014]

²³² www.familienfreundliche-kommune.de [Zugriff am 4.12.2014]

²³³ <http://www.tuttlingen.de/de/Leben-in-Tuttlingen/Bauen+Wohnen/Innenstadtkindergeld> [Zugriff 27.11.2014]

²³⁴ <http://frickenhausen.kdrs.de/Lde/start/gemeinde/Jugendforum.html> [Zugriff 27.11.2014]; laut telefonischer Auskunft von Herrn Franke von der Gemeinde Frickenhausen am 27.11.2014 läuft das Jugendforum gut, es gibt eine hauptamtliche Ansprechpartnerin, die einerseits die offene Jugendarbeit, andererseits die Schulsozialarbeit verantwortet

Sinne einer anwaltschaftlichen Vertretung. Diese Person kann beispielsweise nicht nur direkte Angebote für junge Menschen entwickeln und mit den Vereinen zusammen arbeiten, sondern auch in den Gemeinderatssitzungen teilnehmen; dies kann zwar auch über eine Jugendvertreterin oder einen Jugendvertreter geschehen, es ist aber anzunehmen, dass solche Sitzungen für junge Menschen nur bedingt attraktiv sind²³⁵

6.4.3 Attraktivität für Senioren

Im Landkreis Günzburg gibt es eine Seniorenfachstelle, die in den Gemeinden Bürgerworkshops zur Entwicklung von Konzepten für seniorengerechte Quartiere fachlich begleitet und mit bis zu 2500 € finanziell unterstützt. Hieraus entstanden in den verschiedenen Gemeinden Angebote wie beispielsweise ein sogenannter Flexibus, eigene Seniorenbeauftragte für die Gemeinde, Betreuungs- und Veranstaltungsangebote für die Senioren, Dorfläden, Warenlieferungen auf Rädern etc.²³⁶

Die Caritas Kronach hat für das oberfränkische Teuschnitz mit etwa 1150 Einwohnerinnen und Einwohnern das Modell „In der Heimat wohnen – ein Leben lang“ entwickelt. Ziel ist es, den Bedürfnissen von älteren Menschen zu entsprechen; dafür gibt es verschiedene Angebote, beispielsweise Beratung durch die Fachkraft der Caritas, Betreuungsangebote für Menschen mit Demenz, einen Besuchsdienst, Rufbereitschaft, Mittagstisch, Hilfen im Alltag und einen ehrenamtlichen Fahrdienst²³⁷. Der letzte Punkt ist sicher zentral: über die Aktivierung von und den Aufruf zum ehrenamtlichen Engagement wird vieles in diesem Netzwerk erst möglich. Notwendig ist dafür eine hauptberufliche Ansprechperson, die die Angebote koordiniert und Ehrenamtliche in ihrem Tun begleitet²³⁸.

²³⁵ <http://www.augsburger-allgemeine.de/bayern/Was-die-Jugend-auf-dem-Land-braucht-id31928712.html> [Zugriff 25.11.2014]

²³⁶ <http://www.augsburger-allgemeine.de/guenzburg/Gemeinde-will-attraktiv-fuer-Senioren-sein-id31629197.html> [Zugriff 25.11.2014]

²³⁷ Kirchesch, S. 15

²³⁸ http://www.eo-bamberg.de/eob/dcms/sites/caritas/kreis_stadt/kronach/einrichtungen/pflege/InderHeimatwohnen-Teuschnitz.html [Zugriff 27.11.2014]

In oberrheinischen Eichstetten hat sich nach fünfjähriger Vorlaufphase 1998 die Bürgergemeinschaft Eichstetten e.V. gegründet, die getragen ist vom Leitbild des Dorfes als Solidargemeinschaft. Zunächst standen hauswirtschaftliche oder pflegerische Dienste von Vereinsmitgliedern für ältere Menschen im Dorf gegen eine Aufwandsentschädigung im Mittelpunkt. Dieses Angebot ist Teil eines Hilfe-Mix, der neben dieser nachbarschaftlichen Hilfe die Zusammenarbeit mit der Sozialstation als ambulanter Pflegeeinrichtung integriert. Darüber hinaus hat der Verein die Trägerschaft für Betreutes Wohnen, eine Tagesbetreuungsgruppe, eine Pflegewohngruppe und inzwischen auch für die Kernzeitenbetreuung an der Grundschule übernommen²³⁹.

6.4.4 Nahversorgung, Gemeinschaft, Engagement

In Kohlberg gibt es kleine, private Einzelhändler. Es ist anzunehmen, dass die schrumpfende Einwohnerzahl und ein typisches Einkaufsverhalten, das sich auf die umliegenden Orte mit großen Supermärkten, die ein Vollsortiment anbieten, konzentriert, zu Rentabilitätsschwierigkeiten der ortsansässigen Läden führt. Hier ist ein frühzeitiges Erkennen und Gegensteuern notwendig, das von der Kommune initiiert, unterstützt und begleitet werden muss.

Eine Möglichkeit ist, durch die Bündelung sozialer Dienstleistungen, Gesundheitsdiensten (zum Beispiel Zweigstellen von Ärzten) und Einzelhandel Synergien zu schaffen und kostengünstig die notwendige Infrastruktur vorhalten²⁴⁰. Durch neue Konzepte können zudem die Ressourcen der Bürgerschaft für Engagement in der Gemeinde aktiviert werden.

In Schleswig-Holstein wurde ein Konzept entwickelt, um in ländlichen Gemeinden die Versorgung zu sichern. Entstanden sind dabei sogenannte MarktTreffs, die einerseits die Nahversorgung sichern, andererseits die dörfliche Gemeinschaft fördern und Arbeitsplätze schaffen. In der Praxis hat sich gezeigt, dass der Start mit gut vernetzten Akteuren ideal ist, weil so schnelle Kommunikation und Abstimmungen möglich sind. Die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger sei ein wesentlicher Erfolgsbaustein, beispielsweise über eine Einwohnerversammlung, um die Bedürfnisse und Wünsche abzufragen. So

²³⁹ www.familienfreundliche-kommune.de [Zugriff am 4.12.2014]

²⁴⁰ Hahne, S. 10

wird eine frühzeitige Identifikation der Bürgerinnen und Bürger ermöglicht. Dies ist die Basis dafür, dass ein MarktTreff nicht nur als Einkaufsmöglichkeit dient, sondern auch als Startpunkt für Engagement²⁴¹.“

Ein weiteres Beispiel findet sich im nordrhein-westfälischen Barmen, das weniger als 1.300 Einwohnerinnen und Einwohner hat. Der dortige Dorfladen wurde mit viel Eigenleistung und finanziellen Mitteln aus der Bürgerschaft (es konnten sogenannte Bürgeraktien gekauft werden) umgebaut. Es gibt Lebensmittel aus regionaler Produktion, aber auch Dienstleistungen wie Post, Reinigung, Verwaltung, Geldautomat und eine Rezeptbox der Apotheke aus dem Nachbarort. All das ist eingebunden in ein Konzept, das sozial-medizinische Versorgung, kulturelle Aktivitäten und Kommunikation beinhaltet, beispielsweise über eine kleine Café-Ecke. Auch in Otersen in Niedersachsen konnten die 520 Einwohnerinnen und Einwohner über den Kauf von Anteilen Miteigentümer des Dorfladens werden, auch hier wurde mit viel ehrenamtlichem Engagement umgebaut und schließlich ein Café integriert²⁴².

Das Zusammenführen verschiedener Akteure zu einer Kooperation führt zu einer Bündelung von Kapital und Wissen, so dass gute neue Lösungen entstehen; es ist beispielsweise durchaus denkbar, dass der soziale Träger in den Einzelhandel einsteigt und damit für die Bündelung der notwendigen Infrastruktur sorgt²⁴³.

6.4.5 Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Identifikation der Bürgerschaft mit der Gemeinde

Für die Aktivierung von Engagement in Kombination mit einer Zukunftsperspektive zu den Herausforderungen des demografischen Wandels macht ein sogenannter „Bürger-Profi-Mix“ Sinn; denn „in vielen Praxisprojekten mit Älteren – z.B. in der Kulturarbeit – zeigt sich [...], dass die Potenziale bürgerschaftlichen Engagements erst freigesetzt werden können, wenn diese auch Unterstützung durch professionelle Kräfte erfahren“²⁴⁴. Das bedeutet konkret, dass es eine feste Ansprechperson für den Zukunftsprozess vor Ort braucht.

²⁴¹ <http://www.markttreff-sh.de/> [Zugriff 23.11.2014]

²⁴² Hercksen, S. 30-33

²⁴³ Hahne, S. 11

²⁴⁴ Knopp, Reinhold, Herausforderungen und Chancen der demografischen Entwicklung für eine sozialraumorientierte Soziale Arbeit in Deutschland, www.sozialraum.de [Zugriff 4.12.2014]

Die Gemeinde Königsbronn liegt im ländlichen Raum im Landkreis Heidenheim und hat mit den Teilgemeinden insgesamt etwa 7.000 Einwohner/-innen. Königsbronn hat im Jahr 2008 mit einer umfassenden, professionellen Bürgerbefragung begonnen, um daraus ein Zukunftsprogramm für die Gemeinde zu erstellen. Es haben sich mehrere Arbeitskreise gebildet, beispielsweise einer zu „Ökologie“, der sich auch mit dem Ortsbild beschäftigte oder einer zu „Kultur und Tourismus“. So kam es über die Initiative der Gemeinde zu viel mehr bürgerschaftlichem Engagement. Die Identifikation der Bürgerschaft wurde dadurch so erhöht, dass diese ihre Zeit und Energie in die positive Veränderung des Ortsbildes einbrachte. So entstanden beispielsweise die sogenannte Geranienaktion, bei der alle Gebäude in Eigenregie in einem einheitlichen Erscheinungsbild geschmückt wurden oder die Sanierung der historischen Hammerschmiede im Ortskern²⁴⁵.

6.4.6 Mobilität

Bezüglich des öffentlichen Nahverkehrs ist es möglich, dass durch alternative, innovative Konzepte eine Verbesserung des Standards – in diesem Fall der individuellen Mobilität – bei gleichzeitig reduzierten Gemeinkosten erreicht werden kann. Bürgerbusse und internetbasierte Mitfahrbörsen können starre Busverbindungen ersetzen und die Erreichbarkeit verbessern²⁴⁶.

Das bereits dargestellte Beispiel der Mitfahrzentrale in Teuschnitz verzichtet bewusst auf Internetnutzung, weil diese eine Hürde für Senioren darstelle. Stattdessen gibt es telefonische Ansprechpartner, die Fahranfragen entgegen nehmen und mit den ehrenamtlichen Fahrern passende Mitfahrgelegenheiten vermitteln. Es gibt lediglich ein zwischen Fahrer und Beifahrer vereinbartes „Trinkgeld“, der Kommune entstehen keine Kosten²⁴⁷.

Ein anderes Beispiel ist „HÖRI-MIT“ im Landkreis Konstanz. Dieses System ermöglicht (Mit-)Fahrgemeinschaften. „Eltern bzw. motorisierte Menschen geben Jugendlichen, Seniorinnen und Senioren und anderen Personen, die nicht selbst

²⁴⁵ <http://www.koenigsbronn.de/de/Leben+Wohnen/Zukunftsoffensive> [Zugriff 27.11.2014]

²⁴⁶ Hahne, S. 10

²⁴⁷ Kirchesch, S. 15 f.

fahren, die Möglichkeit, einfach von A nach B zu gelangen²⁴⁸. Die Fahrer registrieren sich und Mitfahrwillige weisen sich durch eine blaue Tasche sichtbar aus und warten an Bushaltestellen²⁴⁹.

6.4.7 Interkommunale Zusammenarbeit

Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) „ist [...] zwar keine neue Lösung, als ein erprobtes und vielfach erfolgreiches Modell zur Bewältigung der Aufgaben bei der Sicherung der Daseinsvorsorge, zur Qualitätssicherungen und zur Kostenreduktion verdient sie es aber, erneut ins Blickfeld gerückt zu werden“²⁵⁰. Die Organisationsform kann informell sein, beispielsweise als Runder Tisch oder Arbeitsgemeinschaft, oder formell, beispielsweise als Zweckverband, wie er auch für den Wirtschaftsraum Nürtingen zwischen den Gemeinden Beuren, Frickenhausen, Großbettlingen, Kohlberg, Neuffen, Nürtingen, Oberboihingen, Unterensingen, und Wolf Schlugen besteht²⁵¹. Gemeinsame Aufgaben können effizient erledigt werden und beispielsweise Kosten über Beschaffungsrenditen reduziert werden. Ein gemeinsamer Wirtschaftsraum dient der Stärkung einer Region als Standort für Unternehmen, was auch für die umliegenden Gemeinden zu einer guten Beschäftigungssituation führt. In Baden-Württemberg liegt der Schwerpunkt von IKZ auf gemeindeübergreifenden Gewerbegebieten, der Kooperationswille ist aber insgesamt nicht besonders hoch, was vermutlich an der grundsätzlichen Finanzstärke liegt²⁵².

Für die Gemeinde Kohlberg wäre ein Prozess der Auseinandersetzung mit den weiteren Möglichkeiten der IKZ sinnvoll; beispielsweise könnte gemeinsames Personal der Gemeindeverwaltungen eine fachliche Spezifikation bei gleichzeitig guter Auslastung und geringer Belastung für die beteiligten Gemeinden ermöglichen. Hier ist nicht nur an die Kernverwaltung zu denken, sondern auch an Bereiche wie kommunale Referentinnen / Referenten für Jugendarbeit, für Sportvereine, als Beratungsdienst für Ältere etc.

²⁴⁸ <http://hoeri-mit.de/hoeri-mit/> [Zugriff 27.11.2014]

²⁴⁹ Kirchesch. S. 16

²⁵⁰ Schulz-Hönerhoff, S. 34

²⁵¹ <http://www.wirtschaftsraum-nuertingen.de/daten-und-fakten/regionale-grundstueckspreise/> [Zugriff 9.11.2014]

²⁵² Schulz-Hönerhoff, S. 37

6.5 Generationengerechte Gestaltung der Strategie, des Prozesses und der Maßnahmen

Der Regionalplan der Region Stuttgart dient dazu, verschiedene „Ansprüche an den Raum unter einen Hut zu bringen [...]“ und sie überörtlich zu koordinieren; dabei geht es unter konkret um Siedlungsentwicklung, Freiraumschutz und den Erhalt und Ausbau von Infrastruktur. Darüber hinaus werden regional auch Standorte für den großflächigen Einzelhandel abgestimmt²⁵³. Die Planungen auf dieser Ebene sind für die Kommunen bindend; entsprechend ist die Bedeutung der Region für Kohlberg einzuschätzen: Kohlberg wird sich nur innerhalb des Verdichtungsraumes Stuttgart, innerhalb der Region Stuttgart, innerhalb des Biosphärengebietes Schwäbische Alb, innerhalb des Wirtschaftsraumes Nürtingen entwickeln. Ein nicht abgestimmtes, separates Vorgehen der Gemeinde ist daher weder möglich noch sinnvoll.

Auch in Anbetracht der dargestellten Notwendigkeit der interkommunalen Zusammenarbeit ist das geplante Vorgehen eng mit den Nachbarkommunen, besonders denjenigen, mit denen der Zweckverband Wirtschaftsraum Nürtingen gegründet wurde, abzustimmen und Synergien sind von Anfang an zu suchen. Ressourcen müssen hier gebündelt werden, es macht keinen Sinn, das Rad in jeder 3000-Seelen-Gemeinde auf der Alb eigens und neu zu erfinden.

Allerdings ist es wichtig, nicht nur gute Lösungen zu präsentieren und umzusetzen, Erfolgsmodelle zu importieren, sondern die Zukunft Kohlbergs eng mit denen abstimmen, die künftig in Kohlberg leben sollen. Denn genauso wenig, wie Kohlberg ohne andere kommunale Akteure weiter entwickelt werden kann, wird seine Zukunftsfähigkeit ohne die Bürgerinnen und Bürger entschieden werden können. Diejenigen, die heute die Bevölkerung Kohlbergs bilden, gilt es, die Zukunft mit planen zu lassen. Nur so werden sie sich wohlfühlen und identifizieren. Dies ist in Anbetracht des negativen Wanderungssaldos, das in 3.1.2 beschrieben wurde, ein wichtiger Faktor für die Zukunftssicherung des Ortes. Obwohl dieser Gedanke – Bürger zu beteiligen – keine neue Idee ist, hat der Gemeinderat von Kohlberg am 17. November 2014 im nichtöffentlichen Teil seiner Sitzung beschlossen, „bei wichtigen Projekten die Bürgerschaft zu

²⁵³ <http://www.region-stuttgart.org/aufgaben-und-projekte/regionalplanung/regionalplan/> [Zugriff 26.10.2014]

beteiligen und mit ein zu beziehen“²⁵⁴. Der Städtetag Baden-Württemberg formulierte 2012, dass „Bürgermitwirkung ein unverzichtbares Element der Kommunalpolitik ist“²⁵⁵. Warum es so unverzichtbar ist, Bürgerinnen und Bürger mit ein zu beziehen, wird an anderer Stelle erläutert: „Wer im wahrsten Sinne des Wortes „etwas vorhat“ und hierfür die Zustimmung anderer [in diesem Fall der Bürgerinnen und Bürger] benötigt, kann diese nur überzeugen, wenn er deren Vertrauen genießt. [...] Vertrauen setzt [...] zuerst das Gefühl voraus, informiert zu sein oder sich zumindest angemessen informieren zu können. Die Grundlagen dafür müssen jene schaffen, die Vorhaben umsetzen wollen – in der Regel also der Gemeinderat und die Verwaltung“²⁵⁶.

6.5.1 Gemeindeentwicklung und Bürgerbeteiligung

Für die Zukunftssicherung müssen die Gedanken zur Gemeindeentwicklung und diejenigen zur notwendigen Bürgerbeteiligung zusammen genommen werden. Für die Zukunftsfähigkeit der Gemeinde Kohlberg ist es unerlässlich, in einen strukturierten, gut moderierten und mit den Akteuren und Anliegen der übergeordneten Raumschaften abgestimmten Zukunftsprozess zwischen Bürgerinnen, Verwaltung und Politik einzusteigen.

Der unter 6.1 skizzierte Gemeindenentwicklungsprozess sollte daher einerseits mit einer Analyse der Bedürfnisse und andererseits aber auch gleich der Potenziale der Bürgerinnen und Bürger beginnen. Hierfür sind insbesondere Jugendliche in den Blick zu nehmen, die bisher von der Gemeinde nicht besonders berücksichtigt zu werden scheinen. Jugendpartizipation ist ein anstrengender, aber im Falle Kohlbergs längst überfälliger und notwendiger Weg. Die bisherige Fokussierung auf die Außenentwicklung der Gemeinde indiziert den Handlungsbedarf hinsichtlich der Nachhaltigkeit des Gemeindehandelns. Bei den großen Herausforderungen muss dennoch ein Weg gefunden werden, wie die Haushaltslage konsolidiert werden kann²⁵⁷.

²⁵⁴ Mitteilungsblatt Kohlberg Nummer 47 vom 21.11.2014, S. 2

²⁵⁵ Städtetag Baden-Württemberg, S. 6

²⁵⁶ Städtetag Baden-Württemberg, S. 12

²⁵⁷ Für das Jahr 2013 war eine Kreditaufnahme i.H.v. 380 000 € geplant, die Verschuldung der Gemeinde lag insgesamt pro EW bei 624,58 €. Information entnommen von http://www.kohlberg.de/uploads/media/Gemeinderatssitzung_20.01.2014.pdf [Zugriff am

Der Fokus darf dabei nicht allein auf die heutigen Bedürfnisse der heutigen Bürgerschaft gerichtet sein. Die bisherige Entwicklung zeigt, dass dieser Weg eine Sackgasse ist. Kohlberg ist von Abwanderungen stärker betroffen als die umliegenden Gemeinden; die Gründe hierfür sind vielschichtig. Es lässt sich detailliert analysieren, was bei den umliegenden Gemeinden anders ist, beispielsweise hinsichtlich der Infrastruktur. Folglich wird die Kommune auch in Vorleistung gehen müssen und die zukünftigen Bedürfnisse der künftigen Einwohnerinnen und Einwohner bereits jetzt antizipieren müssen. Hier hilft eine Orientierung an den dargestellten Erkenntnissen aus der Demografieforschung und aus anderen Kommunen. Klar ist, dass Kohlberg ein Ort sein muss, in dem sich die Einwohnerinnen und Einwohner wohlfühlen und nicht nur einer, in dem sich günstig ein Eigenheim erwerben lässt.

6.5.2 Minimalkonsens der Verantwortlichen

Für den anstehenden Prozess braucht es eine gemeinsame Vision von Politik und Verwaltung. Wenn sich Bürgermeister, Gemeinderat und Mitarbeitende der Gemeinde nicht auf ein Ziel und einen Weg einigen können, wird es nicht möglich sein, Kohlberg zukunftsfähig zu machen. Über dieses Ziel muss mit den Bürgerinnen und Bürgern gesprochen werden und dafür müssen möglichst viele Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger auskunftsfähig sein können.

Nach der vorliegenden Analyse ist zu Beginn der Zukunftsplanung ein Minimalkonsens innerhalb der entscheidenden Akteure in Verwaltung und Politik²⁵⁸ notwendig, der folgende Prämissen beinhaltet:

- 1.) Die Bevölkerung von Kohlberg wird weiter schrumpfen. Die Schrumpfung ist nicht aufzuhalten.

25.11.2014]; Laut statistischem Landesamt lag die landesweit die durchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung in Baden-Württemberg im Jahr 2009 bei 883 €; s. www.statistik-bw.de [Zugriff am 25.11.2014]

²⁵⁸ Von außen kann nicht beurteilt werden, wer dazu alles gehört; ein Minimum scheinen der Bürgermeister, die Leiterin der Finanzverwaltung sowie der Gemeinderat zu sein; inwiefern der Gemeinderat konsensfähig ist, kann an dieser Stelle nicht festgestellt werden. Eine Mehrheit erscheint allerdings nicht ausreichend. Überzeugungsarbeit hinsichtlich dieses Minimalkonsenses ist bei fehlender Übereinstimmung dann die erste Aufgabe.

- 2.) Kohlberg ist vom demografischen Wandel stärker betroffen als die umliegenden Gemeinden. Offensichtlich werden zu viele Bedürfnisse in Kohlberg nicht befriedigt. Welche dies sind, muss herausgefunden werden. Hierfür reicht es nicht aus, diejenigen zu befragen, die heute in Kohlberg wohnen.
- 3.) Die Bedürfnisse von jungen Familien, Jugendlichen und Pflegebedürftigen sind zentral für die künftige Strategie. Vor allem auf Jugendliche und Pflegebedürftige muss ein Schwerpunkt gesetzt werden, hier gibt es im Vergleich mit den Nachbargemeinden am meisten Abwanderung und am wenigsten Angebote.
- 4.) Der Ortskern von Kohlberg ist unattraktiv und muss den Bedürfnissen der heutigen und der künftigen Bevölkerung entsprechend umgestaltet und aufgewertet werden.
- 5.) Eine familienfreundliche Strategie darf sich angesichts des demografischen Wandels nicht mehr an den Bedürfnissen der Vergangenheit orientieren. Stattdessen muss sie offensiv und investiv begangen werden.

Die Prämissen des Minimalkonsenses sind hier in der Reihenfolge dargestellt, in der sie notwendig angesehen für die Zukunft der Gemeinde Kohlberg. Die 5. Prämisse ist vermutlich auch diejenige, die am meisten Diskussionen befördert, da sie von den individuellen Rollen- und Familienbildern der Entscheidungsträger abhängig ist, möglicherweise auch mit dem je eigenen Lebensentwurf verwoben und daher emotional geführt wird. Es ist daher notwendig, in einem ersten Schritt die Faktenlage darzustellen, wie sie im Moment erhoben werden kann.

6.5.3 Konkrete Vorgehensweise

Für die Gemeinde Kohlberg bietet sich an, auf bewährte Konzepte zurück zu greifen. Dies können beispielsweise der Prozess „Zukunftswerkstatt Familienfreundliche Kommune“ oder der „Generationenworkshop“ der FamilienForschung Baden-Württemberg sein, die beide in *Kapitel 6.1* vorgestellt wurden; für Kohlberg ist eine Kombination verschiedener Ansätze und Erfahrungshintergründe empfehlenswert, da es bislang noch keinen solchen

Prozess gab. Idealerweise wird mit einem generationen- und themenübergreifenden Auftakt gestartet und anschließend eine Differenzierung in Teil-Gruppen vorgenommen.

Der Vorschlag zur konkreten Vorgehensweise für die Zukunftsstrategie der Gemeinde Kohlberg orientiert sich entsprechend an den in 6.1 dargestellten Schritten in einem Gemeindeentwicklungsprozess und wird in *Tabelle X* erläutert. Es handelt sich um eine Skizze, die den Verantwortungsträgerinnen und –trägern präsentiert werden kann, um dann eine Entscheidung über die tatsächliche Ausgestaltung des Prozesses zu treffen.

Was?	Ziel	Beteiligte
Ist-Analyse und Schaffung von detaillierter Kenntnis über Situation	1.) Vermittlung der demografischen Struktur und der Perspektiven der Bevölkerungsentwicklung in Kohlberg und den umliegenden Gemeinden 2.) Vorstellung von Handlungsalternativen 3.) Diskussion und Meinungsbildung über die oben genannten Prämissen des Minimalkonsenses 4.) Verständigung über das weitere Vorgehen	Klausur des Gemeinderats, Bürgermeisters und Leiterin Finanzverwaltung Externe Begleitung
Information und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger	Bürgerschaft wird über den Zukunftsprozess informiert; Ziel muss sein, alle Generationen zu beteiligen. Der Gemeinderat muss vorher festlegen: <ul style="list-style-type: none"> - Worüber werden die Bürgerinnen und Bürger informiert? - Was möchte der Gemeinderat von den Bürgerinnen und Bürgern wissen? Von wem? Wer hat welche Bedürfnisse? - Was dürfen die Bürgerinnen und Bürger entscheiden? Geht es um Bürgerinnen und Bürger oder um Einwohnerinnen und Einwohner? 	<ul style="list-style-type: none"> - Bürgerversammlung - Elterninformation in den Kindergärten - Vereine (hier separat die Jugendabteilungen) - Kirchengemeinden - Nutzer/-innen der Ortsbücherei - Treffpunkt 60 plus - Infostand vor der alten Kelter / beim Rathaus / im Lebensmittelgeschäft / Post und Banken

Tabelle 22a: Vorschlag zur Vorgehensweise in der Gemeinde Kohlberg (Teil I)

Was?	Ziel	Beteiligte
Leitbildprozess ²⁵⁹	Festlegung, welche Ziele mit der räumlichen Entwicklung verfolgt werden sollen ²⁶⁰ .	Gemeinderat, Verwaltung, Bürgerschaft; Neutrale Prozessmoderation
Verständigung über weitere Vorgehensweise	Definition und Priorisierung der Handlungsfelder (Kinder & Familie, Wohnen, Ortskern...), der Potenziale der Gemeinde und daraus resultierenden Konsequenzen	Gemeinderat, Rückbindung mit der Bürgerschaft – siehe oben
Formulierung eines Programms	Stringente, wissenschaftlich fundierte Ableitung eines Programms für die Entwicklung der Kommune. Definition Umsetzungsschritte und ihre Reihenfolge; Maßnahmen- und Finanzplanung inkl. zeitlichen Dimension	Externe Erarbeitung auf Basis des bisherigen Prozesses als Vorschlag, Beschluss durch Gemeinderat

Tabelle 22b: Vorschlag zur Vorgehensweise in der Gemeinde Kohlberg (Teil II)

Es wird darauf verwiesen, dass im Rahmen einer zukunftsweisenden Gesamtstrategie für das Politikfeld „Wohnen im Alter“ das Thema kontinuierlich und nicht nur hin und wieder in den Blick genommen werden sollte. Dahinter liegt der Grundsatz einer ganzheitlichen Gestaltungsaufgabe, die nicht ausschließlich über bauliche Lösungen angegangen werden kann, sondern die integrierte Konzepte braucht. Dazu gehören auch das Wohnumfeld und das „lokale Versorgungssetting“²⁶¹. Prinzipiell gilt dies insgesamt für die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere Jugendlichen. Ein Prozess, der die Bürgerschaft nur einmalig einbezieht und ins Zentrum der weiteren Entwicklung stellt, wird nicht für eine zukunftsfähige Gemeinde sorgen. Insofern ist die Definition eines Leitbildes vorrangig vor singulären, unverbundenen Einzelmaßnahmen, die einem verständlichen, aber nicht zielführenden Aktionismus entspringen würden.

6.6 Handlungsempfehlungen für die Gemeinde Kohlberg

Im Folgenden werden aus den Bedürfnissen, die in 6.2 erläutert wurden, den Praxisbeispielen in 6.3 und der Analyse der demografischen Struktur in Kohlberg in *Kapitel 3* konkrete Vorschläge erarbeitet, welche Bereiche die Gemeinde in

²⁶⁰ Siehe dazu auch 6.1

²⁶¹ Kremer-Preiß / Krämer, , S. 25

welcher Weise gestalten könnte. Diese sind in die Vorgehensweise, die in 6.4 dargestellt wurde, zu Beginn als Handlungsalternativen dem Gemeinderat auf seiner Klausur vorzustellen und zu diskutieren. Entsprechend können die Maßnahmen später im Prozess der Bürgerschaft zur Diskussion gestellt werden. Auch die ortsansässigen Unternehmen können sehr gut mit einbezogen werden, weil sie als Arbeitgeber auf vielfältige Weise von einem attraktiven Ort profitieren.

6.6.1 Allgemeine Empfehlungen

Wichtig ist, dass eine neue Lösung für Kohlberg nur durch einen breiten Beteiligungsprozess ermöglicht werden kann. Die in 6.4.3 vorgeschlagene Vorgehensweise impliziert ein strategisch gesteuertes, gemeinsames Vorgehen von Gemeinderat, Bürgermeister und Verwaltung. Darüber hinaus ist eine professionelle Begleitung des Prozesses notwendig. Weiterhin wurde in 6.4 deutlich, dass Lösungen für konkrete Problemstellungen aus dem demografischen Wandel tragfähig sind, wenn sie durch das bürgerschaftliche Engagement gestützt werden. Dieses kann und muss aktiviert werden. Die Bedingungen sind hierfür in Kohlberg durch die vielfältige Vereinslandschaft ideal. Eine feste Ansprechperson für den Zukunftsprozess und das bürgerschaftliche Engagement ist unabdingbar. Aus diesen Ausführungen wird erneut deutlich, dass es in Kohlberg vor allem darum geht, in die soziale Infrastruktur zu investieren; es braucht für die Menschen feste Ansprechpersonen. Wenn diese vorhanden sind, kann bürgerschaftliches Engagement, Beteiligung von ortsansässigen Unternehmen, Kooperationen mit anderen Kommunen und mit sozialen Trägern organisiert werden und zu einer guten Lösung für die Zukunft Kohlbergs führen.

6.6.2 Kinder und Familien

Ein wichtiger Attraktivitätsfaktor für Familien, die Kinderbetreuung, wurde in Kohlberg durch die gesetzlichen Änderungen der letzten Jahre ausgebaut. Allerdings muss das Angebot kostengünstiger für Familien werden. Durch den sinkenden Bedarf können die verfügbaren Plätze qualitativ hochwertig gehalten werden. Die zeitliche Dimension muss im Sinne der Vereinbarkeit von Familie

und Beruf und einer notwendig höheren Frauenerwerbsquote weiter über den Regelbetrieb hinaus ausgedehnt werden. Es muss davon ausgegangen werden, dass Familien Standortentscheidungen ebenso wie Unternehmen treffen. Kohlberg wirbt nur mit Bauland, das ist für die Zukunft zu wenig.

Darüber hinaus wird für Kohlberg empfohlen, mit den Kindern der Gemeinde gemeinsam zu erforschen, was ihnen im Ort gut gefällt und was ihnen fehlt.

Für Familien ist – wie für alle anderen Einwohnerinnen und Einwohner auch – das Erscheinungsbild des Ortskerns bedeutend, um sich in der Gemeinde wohl zu fühlen. In Kohlberg ist eine absurde Situation entstanden: der Ortskern wurde vernachlässigt, gleichzeitig wurde starke Außenentwicklung betrieben, um eine Ansiedlung junger Familien attraktiv zu machen.

Inzwischen ist hier dringender Handlungsbedarf. Es wird empfohlen, mit den Eigentümern der Häuser, die sich im Ortskern in deutlich sichtbarem sanierungsbedürftigem Zustand befinden, Gespräche über notwendige Veränderungen zu führen. Hierfür ist sehr viel Zeit, Geduld, Diplomatie, Kreativität notwendig. So, wie sich der Ortskern im Moment präsentiert, ist davon auszugehen, dass hier bisher entweder keine Energie verwendet wurde, oder aber, dass die handelnden Akteure nicht erfolgreich waren. Dann ist die Strategie besonders sorgfältig zu wählen; möglicherweise muss die Kommune sich Unterstützung von außen holen.

Kommunale Förderprogramme können einen Anreiz zur Sanierung beinhalten. Dies wird vielerorts bereits erfolgreich betrieben. Interessant scheint jedenfalls die Kombination von Familienfreundlichkeit und Innenentwicklung, wie sie am Beispiel Tuttlingen veranschaulicht wurde. Auch Kohlberg hat hier Potenzial, wenn beispielsweise nicht die gesamte Aufmerksamkeit auf die letzten Bauplätze im Baugebiet „Im Grund“ bleibt, sondern auf der Innenentwicklung. Ein Baukindergeld für Familien z.B. aus dem Wirtschaftsraum Nürtingen wäre eine mögliche Lösung.

6.6.3 Jugendliche

Jugendliche und junge Erwachsene müssen als Zielgruppe in Kohlberg entdeckt werden. Dies kann nur mit ihnen gemeinsam geschehen; es wird empfohlen, die Konzeption des Jugendforums in Frickenhausen zu übernehmen, um die dortigen Erfahrungen zu nutzen und nicht das Rad neu zu erfinden. Der Austausch unter den Jugendlichen beispielsweise in der Schule spricht ebenfalls dafür, hier nicht mit unterschiedlichen Konzepten das gleiche Ziel zu verfolgen, weil das nur verwirren würde. Möglicherweise lassen sich auch Synergien im Sinne gemeinsamer Veranstaltungen schaffen²⁶². Wichtig ist eine feste Ansprechperson für Jugendliche, die ebenfalls gemeinsam mit den umliegenden Gemeinden getragen werden kann. Es wird empfohlen, dass diese Ansprechperson jemand anderes ist als die für den Zukunftsprozess insgesamt zuständige; es braucht – auch im Sinne der anwaltschaftlichen Vertretung – hier eine eigenständige Vertrauensperson für junge Menschen.

6.6.4 Senioren

Besonders hoch ist der Handlungsbedarf für ältere Menschen in Kohlberg. Vorschläge hierzu sind:

- Beratungsangebot zur barrierefreien Umgestaltung des eigenen Wohnraums, dazu das vorhandene Beratungsangebot einer Sozialpädagogin einmal die Woche für zwei Stunden ausbauen, möglicherweise auch aufsuchend oder über die Vereinsstruktur; Beratung auch über Fördermöglichkeiten von Umbaumaßnahmen
- Einrichtung eines ergänzenden kommunalen Förderprogramms zu barrierefreiem Wohnen
- Aufbau eines ähnlichen Angebots wie das Caféstüble des Sozialen Netzwerks Neuffener Tal e.V. auch in Kohlberg; dazu auch Aktivierung von Bürgerinnen und Bürgern für ehrenamtliches Engagement
- Kooperation mit einem Träger der öffentlichen Wohlfahrtspflege zum Aufbau von Assistenzleistungen für ältere Menschen sowie einer Tagespflege und einer kleinen stationären Pflege- und

²⁶² Siehe hierzu auch 6.5.7 *Interkommunale Zusammenarbeit*

Betreuungseinrichtung; dies kann beispielsweise auch eine ambulant betreute Pflegewohngemeinschaft sein.

6.6.5 Schaffung von Synergien: generationenübergreifende Bedürfnisbefriedigung

Alle diese Angebote sind integrierbar in ein generationengerechtes Konzept in der Gemeinde Kohlberg, das über den in 6.1 und 6.4.1 dargestellten Gemeindeentwicklungsprozess gefunden werden muss. Es können Synergien geschaffen werden, indem die Bedürfnisse der Kinder und die Bedürfnisse von Senioren gemeinsam betrachtet werden. So können beispielsweise Begegnungsmöglichkeiten für ältere Menschen im Kindergarten bzw. in angeschlossenen oder frei werdenden Räumen geschaffen werden. Das Potenzial von Menschen in der 3. Lebensphase muss erkannt und erschlossen werden. Die beteiligten Bürgerinnen und Bürger können im Gemeindeentwicklungsprozess ermuntert und begeistert werden, sich zu engagieren. Ideen wären beispielsweise ein Vorlesenetzwerk, Leih-Omas und Leih-Opas, ältere Bürgerinnen und Bürger, die fest in den Kindergartenalltag integriert werden, beispielsweise in die Mahlzeiten, jahreszeitliche Aktivitäten etc. Darüber hinaus könnte das Beratungsangebot für Senioren in den Kindergarten integriert werden. Für die 4. Lebensphase spielen neben der Tagesstrukturierung auch Alltagsbegleitung und Pflege eine Rolle. Hier ist denkbar, ein Tagespflege-Angebot mit dem Kindergarten zu kombinieren. Familienzentren, wie sie in größeren Städten momentan entwickelt werden, sind in einer dörflichen Struktur – gerade in Zusammenarbeit mit den Vereinen und Kirchen – sehr gut denkbar. Eine Verknüpfung mit dem Einzelhandel erscheint sinnvoll. Hier kann weiteres Potenzial der Bürgerinnen und Bürger erschlossen werden. Die Gemeinde Kohlberg muss dies sicher nicht alleine bewältigen, sondern kann sich Unterstützung von erfahrenen Akteuren in der Wohlfahrtspflege holen. Ein konfessionelles Angebot für die Pflege wäre im Vergleich mit den Nachbar-Gemeinden hier sicher ein Alleinstellungsmerkmal und zu diskutieren.

6.6.6 Öffentlicher Nahverkehr

Im Gemeindeentwicklungsprozess ist zu erfragen, welches Modell des vergemeinschafteten Individualverkehrs für die Bürgerschaft in Kohlberg passend ist, dies kann privates Car-Sharing, ein Flexibus, ein ehrenamtlicher Fahrservice über eine gemeinsame Plattform für Fahrten sein, aber auch ganz individuell geklärt werden. Hier ist ein von den anderen Handlungsempfehlungen getrenntes Konzept denkbar. Es muss jedoch auch zwingend unter Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner gesucht werden, weil der Erfolg der gefundenen Lösung von der Akzeptanz der Nutzerinnen und Nutzer abhängig ist.

6.6.7 Naherholung und Tourismus

Die Ortsdurchfahrt von Kohlberg steht momentan in krassem Widerspruch zu den reizvollen Möglichkeiten der Natur. Es wurde schon dargestellt, dass im Ortskern Sanierungsmaßnahmen anstehen, deren konkrete Ausgestaltung den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde. Allerdings kann auch schon jetzt aus der Not eine Tugend gemacht werden, indem der starke Durchgangsverkehr genutzt wird, beispielsweise durch Selbstversorgerstände an der Ortsdurchfahrt, aber auch durch Informationstafeln und Hinweise auf die Wanderparkplätze.

6.6.8 Interkommunale Zusammenarbeit

Der Prozess der Gemeindeentwicklung ist mit den umliegenden Gemeinden zu besprechen, Kooperationen und Synergien sind zu suchen, auszubauen und zu nutzen, wo es nur geht: gemeinsames Personal, gemeinsamer Tourismus, gemeinsame Mobilitäts-Konzepte, gemeinsame Trägersuche für die Bedürfnisse älterer Menschen etc. Die Herausforderungen sind zu groß, als dass Kohlberg sie alleine schaffen würde.

6.7 Konsequenzen Gestaltungsszenario

Auch wenn die Gemeinde Kohlberg die empfohlenen Maßnahmen ergreift, wird die Bevölkerung schrumpfen und älter werden, nur nicht ganz so drastisch wie im sogenannten Erhaltungsszenario, das in Kapitel 5 dargestellt wurde. Die *Tabellen 23 und 24* verdeutlichen dies.

Altersgruppe	2012	2013	2015	2020	2025	2030
Unter 5	120	116	94	87	88	90
5 bis unter 10	110	109	120	97	92	93
10 bis unter 15	122	120	112	121	99	95
15 bis unter 20	128	121	130	112	122	103
20 bis unter 25	128	131	125	122	108	116
25 bis unter 30	107	108	112	123	121	112
30 bis unter 35	131	126	114	120	128	125
35 bis unter 40	144	144	138	122	126	133
40 bis unter 45	165	158	155	141	129	133
45 bis unter 50	208	206	187	158	146	135
50 bis unter 55	181	189	198	185	157	146
55 bis unter 60	128	140	153	191	180	155
60 bis unter 65	143	131	131	146	181	172
65 bis unter 70	116	120	129	123	138	169
70 bis unter 75	152	138	118	118	114	128
75 bis unter 80	87	110	126	105	105	103
80 bis unter 85	57	55	59	99	84	85
85 bis unter 90	31	29	33	40	65	56
90 und mehr	17	16	15	17	24	37
insgesamt	2275	2267	2249	2227	2207	2186

Tabelle 23: Bevölkerungsvorausrechnung mit Wanderungen bis 2030 nach Altersgruppen ²⁶³

Altersgruppe	2012		2020		2030	
bis unter 20 Jahre	480	=> 21,1 %	417	=> 18,7 %	381	=> 17,4 %
20 bis unter 65 Jahre	1335	=> 58,7 %	1308	=> 58,7 %	1227	=> 56,1 %
65 und älter	460	=> 20,2 %	502	=> 22,5 %	578	=> 26,4 %
davon über 85 Jahre	48	=> 2,1 %	57	=> 2,6 %	93	=> 4,3 %

Tabelle 24: verdichtete Bevölkerungsvorausrechnung mit Wanderungen bis 2030 ²⁶⁴

Die vorgeschlagenen Maßnahmen können darüber hinaus dazu verhelfen, auf die veränderten Altersgruppen angemessen und frühzeitig zu reagieren und vorbereitet zu sein. Die strategische Passivität der Gemeinde Kohlberg wird nicht weniger Handlungsdruck erzeugen als ein nach vorne gerichtetes Zukunftsprogramm. Die Frage wird sein, ob die Gemeinde reagieren oder agieren

²⁶³ Eigene Darstellung nach: Statistisches Landesamt, Regionaldaten, <http://www.statistik-bw.de/> [Zugriff 4.12.2014]

²⁶⁴ Eigene Darstellung nach: Statistisches Landesamt, Regionaldaten, <http://www.statistik-bw.de/> [Zugriff 4.12.2014]

möchte, vorausschauend gestalten oder hinter den Entwicklungen her rennend. Aufgrund der hervorragenden Daten des statistischen Landesamtes ist genau dieses eigentlich nicht mehr notwendig.

7 Gegenüberstellung von Erhaltungs- und Gestaltungsszenario am Beispiel Kohlberg

Die Unterschiede in der der Bevölkerungsentwicklung von Kohlberg sind im Entwicklungskorridor des Statistischen Landesamtes für 2030 sehr groß. In der Hauptvariante wird ein Sinken der Bevölkerung bis ins Jahr 2030 auf 2186 Einwohnerinnen und Einwohner berechnet (von 2275 im Jahr 2012). Aus der Grafik in *Kapitel 4* wurde schon deutlich, wie groß die Spannbreite zwischen dem oberen Rand mit einer Bevölkerung von 2274 Personen und dem unteren Rand mit gerade noch 1967 Einwohnerinnen und Einwohnern ist²⁶⁵. Beim oberen Rand wäre die Bevölkerung annähernd gleich groß wie 2012, beim unteren Rand um über 300 Menschen kleiner.

Detaillierter kann eine Analyse erfolgen, wenn man sich die prognostizierten Bevölkerungsanteile der verschiedenen Altersgruppen in ihrer verdichteten Form für die Varianten „mit Wanderung“ und „ohne Wanderung“ im Vergleich anschaut, dies erfolgt in Tabelle X.

	unter 20 Jahre	20 bis unter 65 Jahre	65 Jahre und älter	davon über 85 Jahre
2012	480 (21,1%)	1335 (58,7%)	460 (20,2%)	48 (2,1%)
2020 ohne Wanderung	404 (18,1 %)	1306 (58,6 %)	518 (23,3 %)	58 (2,6 %)
2020 mit Wanderung	417 (18,7 %)	1308 (58,7 %)	502 (22,5 %)	57 (2,6 %)
2030 ohne Wanderung	340 (15,9 %)	1176 (55 %)	621 (29,1 %)	101 (4,7%)
2030 mit Wanderung	381 (17,4 %)	1227 (56,1 %)	578 (26,4 %)	93 (4,3 %)

*Tabelle 25: verdichtete Bevölkerungsvorausrechnung mit und ohne Wanderungen bis 2030*²⁶⁶

²⁶⁵ <http://www.statistik-bw.de/> [Zugriff 4.12.2014]

²⁶⁶ Eigene Darstellung nach: Statistisches Landesamt, Regionaldaten, <http://www.statistik-bw.de/> [Zugriff 4.12.2014]

In der Variante ohne Wanderung werden für 2030 40 junge Menschen weniger prognostiziert, vor allem der Anteil der über 65jährigen wäre dafür entsprechend höher (29,1 % statt 26,4 %, das entspricht einem Unterschied von 43 Personen). Bei der erwerbsfähigen Bevölkerung – also den Menschen zwischen 20 und unter 65 Jahren - beträgt der Unterschied 51 Personen zwischen den Varianten ohne Wanderung (1176) und mit Wanderung (1227). Interessant ist, dass der Anteil der Hochaltrigen in der Variante mit Wanderung um 8 Personen niedriger ist, was beispielsweise im Vorhalten von Pflegeleistungen durchaus ein relevanter Unterschied ist.

Die Trends des demografischen Wandels – höhere Lebenserwartung und weniger Kinder – finden sich in allen Varianten; die absolute Anzahl an Einwohnerinnen und Einwohnern für Kohlberg hingegen ist durchaus abhängig vom Vorgehen der Gemeinde. Die Gestaltungsmöglichkeiten von Kohlberg sind groß, die Unterschiede zwischen einem abwartenden oder reaktiven Vorgehen und einem visionären, aktiven Prozess sind deutlich.

8 Fazit und Ausblick

Unabhängig davon, ob es eine aktive oder weiterhin abwartende Strategie gibt: Kohlberg muss in jedem Fall handeln. Der demografische Wandel wird eben nicht in den nächsten Jahren „passieren“, sondern in den nächsten Jahren werden Effekte von Entwicklungen der letzten Jahrzehnte zum Ausdruck kommen. Wer vor 30 Jahren nicht geboren wurde, kann heute keine Kinder in die Welt setzen. Aber die jungen Menschen, die da sind, werden Entscheidungen treffen können, wo sie leben möchten. Und auf diesen Wettbewerb – auch um die bereits ansässige Bevölkerung, das wurde bei der Darstellung der Familienwanderungen in 3.1.3 deutlich, ist Kohlberg überhaupt nicht vorbereitet. Es ist sehr viel Nachholbedarf da, um vom Wohnort zum Lebensort für die Einwohnerinnen und Einwohner zu werden. Die Innenentwicklung sei hier nur noch einmal als ein Beispiel aufgeführt.

Gleichzeitig wird die Lebenserwartung der Menschen aller Voraussicht nach weiter steigen, egal, wie schön der Ortskern von Kohlberg ist. Aber für die steigende Anzahl von Menschen mit Assistenz- und Pflegebedarf gibt es im

Moment keine Angebote in Kohlberg. Hier ist Gemeinde zum Handeln gezwungen, auch durch den Altenhilfeplan des Landkreises Esslingen. Etwas positives kann dem späten Agieren von Kohlberg durchaus noch abgewonnen werden; es gibt viele gute – und sicher auch einige schlechte – Beispiele für kommunale Strategien und Handlungsoptionen, von denen nun gelernt werden kann. Viele mögliche Partner haben bereits hilfreiche Erfahrungen, die Kohlberg nun nicht selbst machen muss. Dafür ist es notwendig, sich Unterstützung von außen zu holen und die anderswo gewonnenen Erkenntnisse für das Dorf nutzbar zu machen. Die vom Gemeinderat beschlossene Bürgerbeteiligung wird allein nicht als neue Strategie ausreichen, um Kohlberg zukunftsfähig zu machen. Isoliert bleibt sie eine reaktive Einzelmaßnahme, die nicht in ein strategisches Konzept zur Zukunftsfähigkeit der Kommune eingebunden ist.

Es ist fraglich, ob die Akteure in Kohlberg wirklich willens und in der Lage sind, das Ruder herum zu reißen und aktiv die Strategie für die Zukunft zu steuern. Dies kann von außen nicht beurteilt, sondern höchstens angefragt werden. Es kann vielfältige Gründe dafür geben, warum in Kohlberg noch keine Handlungsschritte unternommen wurden und es bleibt nur zu hoffen, dass diese Gründe für die Zukunft nicht mehr bestehen. Die Verantwortlichen in Kohlberg müssen schnellstmöglich reagieren, um die bereits eingesetzte Entwicklung abzumildern und das Dorf zukunftsfähig zu machen. Wenn sie dies tun, besteht sehr viel Grund zu der Annahme, dass Kohlberg seine Potenziale ausschöpft und 2030 ein Dorf ist, mit dem sich seine Einwohnerinnen und Einwohner identifizieren und in dem sie nicht nur wohnen, sondern gerne leben.

Anlage 1 Fotografien des sanierungsbedürftigen Ortskerns von Kohlberg





Literatur- und Quellenverzeichnis

Brachat-Schwarz, Werner: Der Alterungsprozess der Gesellschaft wird sich auch in Zukunft unvermindert fortsetzen – Neue Bevölkerungsvorausrechnung für Baden-Württemberg bis zum Jahr 2060, in: *Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.), Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 8/2014* (zitiert als Brachat-Schwarz 1)

Brachat-Schwarz, Werner: Reurbanisierung - Gibt es eine „Renaissance der Städte“ in Baden-Württemberg?, in: *Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.), Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 11/2008* (zitiert als Brachat-Schwarz 2)

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Leben und Wohnen für alle Lebensalter. Bedarfsgerecht, barrierefrei, selbstbestimmt, 2009

Dehne, Peter: Ein Umbau der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen ist notwendig, in: *Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (Hrsg.), Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen unter Druck, Wie reagieren auf den demografischen Wandel?*, 2013, S. 6-8

Deutsche Stiftung Weltbevölkerung: Datenreport 2009, zitiert nach: <http://www.agenda21-treffpunkt.de/> [Zugriff am 11.10.2014]

Deutsche Stiftung Weltbevölkerung: Datenreport 2014 der Stiftung Weltbevölkerung: Soziale und demografische Daten weltweit, 2014, zitiert nach Statistisches Bundesamt (Destatis), <https://www.destatis.de> [Zugriff 11.10.2014]

Deutsches Institut für Urbanistik: Städte für ein nachhaltiges Deutschland, Gemeinsam mit Bund und Ländern für eine zukunftsfähige Entwicklung, auf *Veranlassung der Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister des Dialogs „Nachhaltige Stadt“*, texte Nr. 26, Juni 2011

Dominé, Attina: Dynamik des ländlichen Raums Baden-Württembergs wird schwächer, in: *Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.), Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 5/2007*

Europäische Kommission, <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home/> [Zugriff 18.10.2014]

Gemeindetag Baden-Württemberg: 10-Punkte-Programms für den ländlichen Raum, in: *Die Gemeinde 19/2007*, S. 783 ff.

Goerres, Achim / Tepe, Markus: Für die Kleinen ist uns nichts zu teuer? Kindergartengebühren und ihre Determinanten in Deutschlands 95 bevölkerungsreichsten Städten zwischen 2007 und 2010, in: *dms – der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management*, 6. Jg., Heft 1/2013, S. 169-190

Hahne, Ulf: Herausforderungen des demographischen Wandels für Angebote der Daseinsvorsorge, in: *Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (Hrsg.),*

Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen unter Druck, Wie reagieren auf den demografischen Wandel?, 2013, S. 9-12

Hercksen, Hans: Dorfläden – Bezugspunkte für Nahversorgung und Lebensqualität in ländlichen Räumen, in: *Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (Hrsg.), Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen unter Druck, Wie reagieren auf den demografischen Wandel?*, 2013, S. 30-33

Hochstetter, Bernhard: Stadt – Land – Flucht? Teil I: Analysen zu aktuellen Wanderungstrends in Baden-Württemberg, in: *Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.), Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 9/2013* (zitiert als Hochstetter 1)

Hochstetter, Bernhard: Stadt – Land – Flucht? Teil II: Wie die Kinder der Babyboomer und die Bildungsexpansion das Wanderungsgeschehen in Baden-Württemberg beeinflussen, in: *Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.), Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 10/2013* (zitiert als Hochstetter 2)

<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/160142/umfrage/arbeitslosenquote-in-den-eu-laendern/> [Zugriff 18.10.2014]

<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/198957/umfrage/hoehe-der-wirtschaftsleistung-und-staatsverschuldung-im-laendervergleich/> [Zugriff 9.11.2014]

http://de.wikipedia.org/wiki/Frauen-_und_Familienpolitik_der_DDR#1970er-Jahre [Zugriff 11.10.2014]

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1151_de.htm [Zugriff 18.10.2014]

<http://frickenhausen.kdrs.de/Lde/start/gemeinde/Jugendforum.html> [Zugriff 27.11.2014]

<http://hoeri-mit.de/hoeri-mit/> [Zugriff 27.11.2014]

<http://www.alb-biosphaere.de/staedte-und-gemeinden> [Zugriff 21.11.2014]

<http://www.augsburger-allgemeine.de/guenzburg/Gemeinde-will-attraktiv-fuer-Senioren-sein-id31629197.html> [Zugriff 25.11.2014]

http://www.bib-demografie.de/SharedDocs/Glossareintraege/DE/N/natuerliche_bevoelkerungsbe-wegung.html?nn=3071458 [Zugriff 26.10.2014]

<http://www.bundesnetzagentur.de> [Zugriff 16.11.2014]

<http://www.cafe-baecker-mayer.de> [Zugriff 15.11.2014]

<http://www.demografie-portal.de/SharedDocs/Handeln/DE/Konzepte/Bund/Demografiestrategie/Inhalt.html> [Zugriff 19.10.2014]

<http://www.demografie-portal.de/> [Zugriff 25.10.2014]

http://www.eo-bamberg.de/eob/dcms/sites/caritas/kreis_stadt/kronach/einrichtungen/pflege/InderHeimatwohnen-Teuschnitz.html [Zugriff 27.11.2014]
<http://www.fairtrade-towns.de/> [Zugriff 8.11.2014]
<http://www.familienfreundliche-kommune.de> [Zugriff am 4.12.2014]
<http://www.fka-kohlberg-kappishaeusern.de> [Zugriff 22.11.2014]
<http://www.google.de/maps> [Zugriff 15.11.2014]
<http://www.kk-es.de/fuer-patienten/klinik-nuertingen/> [Zugriff 16.11.2014]
<http://www.koenigsbronn.de/de/Leben+Wohnen/Zukunftsoffensive> [Zugriff 27.11.2014]
<http://www.kohlberg.de> [Zugriff 15.11.2014; 22.11.2014]
<http://www.kohlberg-wuerttemberg.de/> [Zugriff 11.11.2014]
http://www.kohlberg-wuerttemberg.de/uploads/media/Benutzungsordnung_fuer_die_Kindergaerten_der_Gemeinde_Kohlberg.pdf [Zugriff: 20.11.2014]
<http://www.kommbio.de> [Zugriff 8.11.2014]
<http://www.kommunalwahl-bw.de/> [Zugriff 8.11.2014]
<http://www.ljrbw.de/Zukunftsfaehigkeit> [Zugriff 25.11.2014]
<http://www.markttreff-sh.de/> [Zugriff 23.11.2014]
<http://www.musikverein-kohlberg.de> [Zugriff 22.11.2014]
<http://www.nachhaltigkeit.info> [Zugriff 8.11.2014]
<http://www.region-stuttgart.org/aufgaben-und-projekte/regionalplanung/> [Zugriff 9.11.2014]
http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/BildungKultur/Landesdaten/HS_StudentenAkt.asp?HAW [Zugriff 26.10.2014]
<http://www.statistik-bw.de/> [Zugriff 10.11.2014]
<http://www.statistik-bw.de/Pressemitt/2013013.asp> [Zugriff 18.10.2014]
<http://www.tev-kreis-es.de> [Zugriff 9.11.2014]
<http://www.tuttlingen.de/de/Leben-in-Tuttlingen/Bauen+Wohnen/Innenstadtkindergeld> [Zugriff 27.11.2014]
<http://www.vvs.de> [Zugriff 15.11.2014]
http://www.weeberpartner.de/de/kita_vergleich_b [Zugriff 23.11.2014]
<http://www.weinstube-schultes.de> [Zugriff 16.11.2014]
<http://www.wirtschaftsraum-nuertingen.de/daten-und-fakten/regionale-grundstueckspreise/> [Zugriff 9.11.2014]

<http://www.wiwo.de/politik/deutschland/kritik-an-familienpolitik-denn-sie-wissen-was-sie-tun/8880056.html> [Zugriff 9.11.2014]

<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-01/reaktion-studie-familienpolitik> [Zugriff 9.11.2014]

<http://www2.mvi.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/68465/> [Zugriff 23.11.2014]

https://www.landwirtschaft-bw.info/pb/,Lde/755409_1068084_648179 [Zugriff 19.10.2014]

https://www.landwirtschaft-bw.info/pb/MLR.Foerderung,Lde_DE/Startseite/Agrarpolitik/MEPL+III [Zugriff 20.10.2014]

Kirchesch, Moritz / Ortwein / Hercksen, Hans / Schulz-Hönerhoff, Barbara: Einleitung, in: *Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (Hrsg.), Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen unter Druck, Wie reagieren auf den demografischen Wandel?*, 2013, S. 4-5

Kirchesch, Moritz: Mobilität als Basis der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen, in: *Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (Hrsg.), Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen unter Druck, Wie reagieren auf den demografischen Wandel?*, 2013, S. 13-16

Knopp: Herausforderungen und Chancen der demografischen Entwicklung für eine sozialraumorientierte Soziale Arbeit in Deutschland, www.sozialraum.de [Zugriff 4.12.2014]

Kremer-Preiß, Ursula / Krämer, Stefan: Wohnen im Alter, Rahmenbedingungen und Strategien der Bundesländer, in: *Kuratorium Deutsche Altenhilfe (Hrsg.), PRO ALTER, Das Fachmagazin für Lebensqualität*, 46. Jahrgang, Mai/Juni 2014, S. 19-25

Landesentwicklungsbericht (LEB), Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg 2005, zitiert nach https://www.landwirtschaft-bw.info/pb/,Lde/755409_1068084_648179, [Zugriff 19.10.2014]

Mayer, Tilmann: Demografiepolitik – gestalten oder verwalten? in: *Aus Politik und Zeitgeschichte 10-11/2011*, 2011

Mitteilungsblatt Kohlberg Nummer 44 vom 31.10.2014

Mitteilungsblatt Kohlberg Nummer 46 vom 14.11.2014

Mitteilungsblatt Kohlberg Nummer 47 vom 21.11.2014

Neu, Claudia: Daseinsvorsorge, Eine Einführung, in: *Neu, Claudia (Hrsg.), Daseinsvorsorge – Eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung*, 2009

Neumann, Felix: Wahlrecht ab Geburt, in: *KjG-Diözesanverband Freiburg (Hrsg.), Wahlpaket. Politik mit Kindern und Jugendlichen?!*, 2006

Reschl, Richard / Rogg, Walter: Wirtschaftliche Prosperität, demographischer Wandel und Migration, in: *Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.), Der Bürger im Staat 3/2007* (zitiert als Reschl / Rogg 1)

Reschl, Richard / Rogg, Walter: Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklungsplanung, *Studienbrief für den berufsbegleitenden Master-Studiengang Public Management, Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen, Ludwigsburg*, 2011 (zitiert als Reschl / Rogg 2)

Reschl, Richard: Vom Leben in der Stadt – Gemeinden und Kreise als soziale Gebilde, in: Mann / Püttner (Hrsg.), *Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis, Band 1 Grundlagen und Kommunalverfassung*, 2007

Ridderbusch, Jens: Demografie und Familie im Ländlichen Raum, in: *Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.), Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 2/2008*

Schaubild des Monats, Neue Modellrechnung zur Entwicklung der Schüler- und Schulabgängerzahlen, in: *Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.), Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 8/2014*, S. 54

Schmidt, Heike / Hochstetter, Bernhard: Erste regionalisierte Bevölkerungsvorausrechnung nach dem Zensus, in: *Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.), Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 9/2014*, S. 3-12 (zitiert als Schmidt / Hochstetter 1)

Schmidt, Heike / Hochstetter, Bernhard: Von der Vergangenheit in die Zukunft. Rahmenbedingungen und methodische Herausforderungen der regionalen Bevölkerungsvorausrechnung auf Basis 2012, in: *Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.), Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 10/2014*, S. 11-18 (zitiert als Schmidt / Hochstetter 2)

Schmidt, Heike: Polarisierung im Wanderungsgeschehen, in: *Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.), Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 8/2013*

Schraad-Tischler, Daniel / Azahaf, Najim: Generationengerechtigkeit in alternden Gesellschaften – ein OECD-Ländervergleich, *Editorial in: Bertelsmann-Stiftung, ebd.*, 2013

Schulz-Hönerhoff, Barbara: Interkommunale Zusammenarbeit – Instrument zur Sicherung der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen, in: *Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (Hrsg.), Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen unter Druck, Wie reagieren auf den demografischen Wandel?*, 2013, S. 34-39

Schwentker, Björn / Vaupel, James: Eine Kultur des Wandels, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte 10-11/2011*, 2011

Siedentop, Stefan / Junesch, Richard / Uphues, Norbert: Institut für Raumordnung und Entwicklungsplanung (IREUS), Der Beitrag der ländlichen Räume Baden-Württembergs zu wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Kohäsion – Positionsbestimmung und Zukunftsszenarien, 2011

Sozialdezernat Landkreis Esslingen: Kreispflegeplan Landkreis Esslingen, Teilplan stationäre Pflege bis 2020, 23. Juni 2014

Städtetag Baden-Württemberg: Hinweise und Empfehlungen zur Bürgermitwirkung in der Kommunalpolitik, 2012

Statistisches Bundesamt (Destatis): Bevölkerungsstand, <https://www.destatis.de> [Zugriff 11.10.2014, 18.10.2014]

Statistisches Bundesamt: Gemeindeverzeichnis Gebietsstand 30.09.2014 (3. Quartal), Erscheinungsmonat September 2014

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Einkommen und Lebensbedingungen in Baden-Württemberg, Ergebnisse der Erhebung „Leben in Europa“ (EU-SILC) 2011, Faltblatt 2013

Swoboda, Jan: Vorwort, in: Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (Hrsg.), Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen unter Druck, Wie reagieren auf den demografischen Wandel?, 2013, S. 2

Thalheimer, Frank: Landwirtschaft in Baden-Württemberg und der Eu, in: *Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.), Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg* 9//2014

TÜV Rheinland: Bericht zum Breitbandatlas Mitte 2014 im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI), zitiert nach: www.zukunft-breitband.de [Zugriff 16.11.2014]

von Loeffelholz, Hans Dietrich: Demografischer Wandel und Migration als Megatrends, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 10-11/2011, 2011

Wékel, Julian: Stadtentwicklungsplanung, in: *Henckel, Dietrich et al. (Hrsg.), Planen- Bauen – Umwelt, Ein Handbuch*, 2010

Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg: Landesentwicklungsplan, 2002

Erklärung der Verfasserin

Ich versichere, dass ich diese Master-Thesis selbständig und nur unter Verwendung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe.

Alexandra Stork